

Nr. 5/80 Mai

G2766EX

zivilschutz magazin



Bundestagsabgeordnete fragen

Zivile Verteidigung, Zivilschutz und Katastrophenschutz
im Deutschen Bundestag

Der Staatssekretär im Bundesministerium des Innern, Dr. Fröhlich, hat die Fragen des Abg. Dr. Schachtschabel (SPD)

„In welchem Umfang ist der für Katastrophenfälle aller Art erforderliche Zivilschutz ausgebaut worden, und inwieweit sind nach der Beurteilung der Bundesregierung die Bundesländer hierbei ihren Verpflichtungen nachgekommen?“

Hält die Bundesregierung den zur Zeit erreichten Stand des Zivilschutzes für ausreichend?“

wie folgt beantwortet:

„Im Bereich des erweiterten Katastrophenschutzes ist der Verstärkungsteil, für den der Bund im Rahmen des Zivilschutzes verantwortlich ist, so ausgebaut worden, daß zur Zeit ca. 135000 Helfer, gegliedert in 7210 Einheiten und Einrichtungen, zur Verfügung stehen, die auf Kosten des Bundes ausgestattet und ausgebildet werden. Zusätzlich werden zur Zeit 40 ABC-Züge mit 1680 Helfern aufgestellt, die den Ländern nicht nur für Einsätze im Verteidigungsfall, sondern wie alle anderen Einheiten und Einrichtungen des vom Bund aufgestellten Verstärkungsteiles, auch für Einsätze bei Katastrophen und Unglücksfällen im Frieden zur Verfügung stehen.

Für Maßnahmen zur Abwehr von Schäden und Gefahren bei Katastrophen im Frieden sind die Länder ausschließlich zuständig. Sie unterliegen dabei nicht einer Aufsicht des Bundes. Aus Bundessicht kann gesagt werden, daß größere Katastrophen in den letzten Jahren gezeigt haben, daß insbesondere die Führungsorganisation des Katastrophenschutzes in den Kreisen und kreisfreien Städten noch nicht die Leistungsfähigkeit erreicht hat, die auch für die Bewältigung der größeren Schadensfälle eines Verteidigungsfalls unbedingte Voraussetzung ist. Die Länder haben dieses Defizit erkannt. Zu seiner Beseitigung haben sie in Abstimmung mit dem Bund ein einheitliches Modell einer Katastrophenschutzleitung und technischen Einsatzleitung erarbeitet, das im Juni 1979 von der Innenministerkonferenz verabschiedet worden ist. Zur Zeit setzen die Bundesländer dieses Modell organisatorisch und personell um. Der Bund bietet im Rahmen seiner Zuständigkeit verstärkt Ausbildungsmöglichkeiten für das Führungspersonal des Katastrophenschutzes in den Kreisen und kreisfreien Städ-

ten an. Die Länder machen von diesem Angebot des Bundes regen Gebrauch.

Der gegenwärtige Stand des Zivilschutzes ist in der vom Bundesminister des Innern im September 1979 herausgegebenen Broschüre ‚Zivilschutz heute – für den Bürger – mit dem Bürger –‘ dargestellt, die allen Mitgliedern des Deutschen Bundestages zugeleitet worden ist. Aus den Angaben dieser Broschüre können Sie entnehmen, daß in einzelnen Bereichen des Zivilschutzes noch Lücken bestehen. Dies ist im übrigen auch in einem dem Haushaltsausschuß und dem Innenausschuß erstatteten 2. Bericht über den Sachstand der Vorhaben der Bundesregierung auf dem Gebiet der zivilen Verteidigung für die 8. Wahlperiode vom 25. September 1979 dargelegt.

Was den speziellen Bereich des Katastrophenschutzes anbetrifft, so sieht hier die Bundesregierung im Einvernehmen mit den Ländern die Modernisierung und Komplettierung der bereits aufgestellten Einheiten und Einrichtungen in einem mehrjährigen Sachprogramm als vorrangig vor der Aufstellung neuer Einheiten an.

Im Rahmen dieser Konsolidierungsmaßnahmen sollen bis 1983 durch die Beschaffung von mehr als 6000 Fahrzeugen die bestehenden Ausstattungslücken wesentlich reduziert werden. Über das Maß des weiteren Ausbaus des vom Bund zu tragenden Teils des Katastrophenschutzes wird nach der Konsolidierung des vorhandenen Standes politisch zu entscheiden sein.“

*

Der Staatssekretär im Bundesministerium des Innern, Dr. Fröhlich hat die Fragen des Abg. Gerster – Mainz – (CDU/CSU)

„Wo sind die in der Informationsbroschüre des Bundesministeriums des Innern ‚Zivilschutz heute‘ auf Seite 72 für Hessen aufgeführten 5 Betreuungsleitzüge stationiert, und von welchen Organisationen werden diese gestellt?“

Wie viele Betreuungsleitzüge sind für Rheinland-Pfalz aufgestellt und wo befinden sich diese?“

wie folgt beantwortet:

„In Hessen sind inzwischen 6 Betreuungsleitzüge vorhanden; sie sind stationiert wie folgt:

Stadt Darmstadt (DRK)
Stadt Kassel (DRK)
Stadt Wiesbaden (JUH)
Landkreis Bergstraße (MHD)
Landkreis Kassel
(ASB und DRK je zur Hälfte)
Landkreis Main-Kinzig (DRK).

In Rheinland-Pfalz sind 16 Betreuungsleitzüge aufgestellt worden, und zwar
1 im Landkreis Ahrweiler (DRK)
1 im Landkreis Altenkirchen
(org. unabhängige Regieeinheit)
1 im Landkreis Alzey-Worms (DRK)
1 im Landkreis Bad Dürkheim (ASB)
1 im Landkreis Germersheim (MHD)
2 im Landkreis Mainz-Bingen (MHD)
2 im Landkreis Mayen-Koblenz
(org. unabhängige Regieeinheiten)
1 im Landkreis Pirmasens (DRK)
2 im Landkreis Trier-Saarburg (MHD)
2 im Landkreis Westerwaldkreis
(org. unabhängige Regieeinheiten).“

*

Der Parl. Staatssekretär beim Bundesminister des Innern, von Schoeler, hat die Frage des Abg. Hasinger (CDU/CSU)

„Ist der Bundesregierung bekannt, daß verschiedene Verbände des Katastrophenschutzes, insbesondere im Land Nordrhein-Westfalen, zur Deckung ihrer Verpflichtungen im Jahre 1979 bereits Mittel aus dem Etat 1980 einsetzen mußten, so daß für das Jahr 1980 mit finanziellen Lücken und sogar dem Fehlen liquider Mittel zu rechnen ist, und gedenkt die Bundesregierung hier Abhilfe zu schaffen?“

wie folgt beantwortet:

„Der unerwartet starke Anstieg der Heizöl- und Benzinpreise im vergangenen Jahr hat bei den Einheiten des erweiterten Katastrophenschutzes die im Haushalt 1979 vorgesehenen Ansätze für die Bewirtschaftung der Unterkünfte und den Betrieb der Fahrzeuge vorzeitig erschöpft. Aus diesem Grunde hatte ich das Bundesamt für Zivilschutz bereits mit Erlaß vom 6. Juli 1979 angewiesen, die Kostensteigerungen im Bereich des erweiterten Katastrophenschutzes im einzelnen zu ermitteln, um für die anderweitig nicht abdeckbaren Mehrkosten überplanmäßige Ausgaben beantragen zu können. Dies ist im November 1979 abgeschlossen worden.

Der Bundesminister der Finanzen hat am 10. Dezember 1979 der Bereitstellung überplanmäßiger Mittel in Höhe von 700000 DM zugestimmt. Damit konnten die bei einem Teil der Einheiten kurzfristig aufgetretenen Schwierigkeiten behoben werden, so daß die Notwendigkeit einer vorzeitigen Verfügung über Haushaltsmittel des Jahres 1980 entfallen ist.“

zivilschutz magazin



5/80 Mai

Impressum

Herausgegeben im Auftrag des Bundesministeriums des Innern vom Bundesverband für den Selbstschutz Eupener Straße 74, 5 Köln 41
Telefon: (0221) 49881

Verlag:

Bundesverband für den Selbstschutz
Das „ZS-MAGAZIN“ erscheint monatlich

Chefredakteur:

O. Ulrich Weidner

Redaktion:

Jochen von Arnim
Helmut Freutel
Ulrike von Gimborn
Erich W. van gen Hassend
Dr. Evelyn Henselder

Layout:

Jan Peter Lichtenford
4020 Mettmann

Druck, Herstellung und Vertrieb

A. Bernecker,
Postfach 140, 3508 Melsungen
Tel.: (05661) 8086, Telex: 09-9960

Anschrift der Redaktion:

Eupener Straße 74, 5 Köln 41
Postfach: 450247, Ruf (0221) 49881

Manuskripte und Bilder nur an die Redaktion. Für unverlangt eingesandte Beiträge keine Gewähr. Nachdruck einzelner Beiträge, auch im Auszug, nur mit Quellenangabe und mit Genehmigung der Redaktion gestattet.

Mit Namen gezeichnete Beiträge geben die Meinung der Verfasser wieder und müssen nicht unbedingt mit der Auffassung der Redaktion übereinstimmen.

Einzelpreis je Heft DM 2,80.
Abonnement vierteljährlich DM 8,40,
jährlich DM 33,60.

Im Bezugspreis von DM 2,80 je Heft sind 6,5 Prozent Mehrwertsteuer enthalten. Die Kündigung eines Abonnements kann nur zum Schluß eines Kalender- vierteljahres erfolgen. Sie muß bis spätestens an dessen erstem Tag beim Vertrieb eingehen. Bestellungen beim Vertrieb.

Bei Nichterscheinen der Zeitschrift im Falle höherer Gewalt oder bei Störung des Arbeitsfriedens besteht kein Anspruch auf Haftung.

Inhalt

„Hundert Mark pro Kopf und Jahr“ 9

... für den Grundschutz der Bevölkerung: Carl Friedrich von Weizsäcker fordert dringend einen Wandel des öffentlichen Bewußtseins in Fragen des Bevölkerungsschutzes.

„Unser Bereich ist nicht so mitgewachsen, wie es erforderlich ist“ 13

Bundesinnenminister Baum vor THW-Helfern: Die zivile Verteidigung braucht Offensivgeist.



„Auch Zivilverteidigung dient der Friedenssicherung“ 17

Bremens Innensenator Fröhlich: die Bedeutung der Zivilverteidigung im Rahmen der Entspannung und Friedenssicherung.

„Sabotage hält Helfer in Atem“ 20

2700 Helfer bei großer Katastrophenschutzübung in Köln im Einsatz.

„Hunger, Krankheit, Angst“ 23

Ein weiterer Bericht aus den Flüchtlingslagern an der thailändisch-kambodschanischen Grenze.

„Eine harte, gefährliche Knochenarbeit“ 26

THW-Helfer erwecken Schwarzwald-Flößerei für einen Kulturfilm noch einmal zum Leben.

„Harte Nüsse für Fußgänger“ 29

Hilfsorganisationen richteten Sicherheitswettbewerb aus.

„Schnellere und wirksamere Hilfe durch Koordinierung und Vorplanung“ 32

Einbeziehung der Krankenhäuser in die Katastrophenschutzplanung auf Kreisebene.

„Das Minimagazin“ U 3

In diesem Monat:
Notverpflegung – Kompimate.



Umschau

CDU-Verteidigungsexperte Weiskirch: Schutzraumbau liegt im argen

Der Schutzraumbau für die Zivilbevölkerung liegt nach Meinung des CDU-Verteidigungsexperten Willi Weiskirch in der Bundesrepublik im argen. In einem Interview wies Weiskirch darauf hin, daß bei der Bevölkerung von über 60 Millionen Bundesbürgern nach Ansicht von Experten nur knapp zwei Millionen Plätze in atomisicheren Bunkern zur Verfügung stehen. Die Sowjets könnten dagegen die zehn- bis fünfzehnfache Zahl in ihren Schutzräumen unterbringen. Für die Bundesrepublik, so meinte Weiskirch, sollte die Afghanistan-Krise ein letztes Alarmsignal sein, jetzt endlich mehr Kraft und Geld in den zivilen Bevölkerungsschutz zu investieren. Die Frage, ob und wie die Bevölkerung gegen einen Atomkrieg geschützt werden kann, sei für die Verteidigungskraft der Bundesrepublik und der ganzen NATO-Allianz von entscheidender Bedeutung. Weiskirch forderte die Bundesregierung auf, Maßnahmen einzuleiten, mit denen die verhängnisvolle Lücke im Verteidigungsnetz geschlossen werden könne.

NRW-Innenminister erhielt Ehrenkreuz in Gold des DFV

Innenminister Dr. Burkhard Hirsch erhielt am 22. April 1980 aus der Hand des 1. Vorsitzenden des Landesfeuerwehrverbandes NRW, Bezirksbrandmeister a. D. Willy Real, das Feuerwehrehrenkreuz in Gold, das ihm der Präsident des Deutschen Feuerwehrverbandes, Bürger, verliehen hat.

Der Deutsche Feuerwehrverband repräsentiert rund 850000 freiwillige Feuerwehrleute. Mit der Verleihung soll der Einsatz von Minister Dr. Hirsch für die Verbesserung des Feuerschutzes in Nordrhein-Westfalen, die Förderung der Freiwilligen Feuerwehren und sein energisches Eintreten für die Verabschiedung des Bundesfeuerschutzsteuergesetzes, das den Gemeinden künftig eine ausreichende Zusatzfinanzierung sichert, gewürdigt werden.

Katastrophenschutzschule Niedersachsen unter neuer Leitung

Mit Wirkung vom 1. Dezember 1979 ernannte Innenminister Möcklinghoff Eduard Stanowski zum neuen Leiter der Katastrophenschutzschule Niedersachsen in Bad Nenndorf. Stanowski, der zunächst seit Juli 1979 mit der Führung der Schule beauftragt war, übernahm damit die Verantwortung und den Aufgabenbereich des aus Altersgründen ausgeschiedenen Hans Wichert.

Eduard Stanowski kam 1953 zum Technischen Hilfswerk und war mehrere Jahre Bereitschaftsführer beim ehemaligen



Luftschutzhilfsdienst. Seit 1969 war er an der Katastrophenschutzschule des Bundes in Ahrweiler als Lehrgruppenleiter tätig. Stanowski ist einer großen Zahl von Helfern aus dem ganzen Bundesgebiet bekannt. Er leitete eine Vielzahl von Lehrgangsarten, u. a. die Lehrgänge Didaktik/Methodik, die er im Auftrag des Bundesamtes für Zivilschutz konzipierte, sowie Lehrgänge für Mitglieder des KatS-Stabes des Hauptverwaltungsbeamten.

F.D.P.-MdB Möllemann: Sirensignale sind weitgehend unbekannt

Eine verstärkte Aufklärungsarbeit über die Bedeutung der verschiedenen Sirensignale hat in Bonn der sicherheitspolitische Sprecher der F.D.P.-Bundestagsfraktion, Jürgen W. Möllemann, verlangt. Bei dem letzten Probealarm habe sich wieder einmal gezeigt, daß vielen Bürgern die Bedeutung der Signale trotz vorheriger Ankündigung weitgehend unbekannt seien. Solche Probealarme verfehlten jedoch ihren Zweck, wenn die

meisten Bürger das Heulen der Sirenen lediglich als unangenehme Belästigung empfänden und kaum etwas mit den Signalen anzufangen wüßten. Möllemann hält begleitende aufklärende Maßnahmen und Probealarme in wesentlich kürzeren Abständen schon deshalb für geboten, weil der Sirenenalarm auch erhebliche Bedeutung für zivile Katastrophenfälle habe.

In diesem Zusammenhang setzte sich Möllemann erneut für eine stärkere Förderung und Unterstützung der Katastrophenschutzorganisationen ein. Sie leisteten unter oft schwierigen Bedingungen einen wertvollen Dienst für die Allgemeinheit.

200 Jahre alter Hamburger Hafenspeicher ausgebrannt

Aus noch ungeklärter Ursache brach am 29. April 1980 in einem etwa 200 Jahre alten Hamburger Hafenspeicher ein Feuer aus, dessen starke Rauchentwicklung die Löscharbeiten behinderte. Menschenleben waren nicht gefährdet, da sich zu früher Stunde niemand in dem unter Denkmalschutz stehenden Gebäude aufhielt.



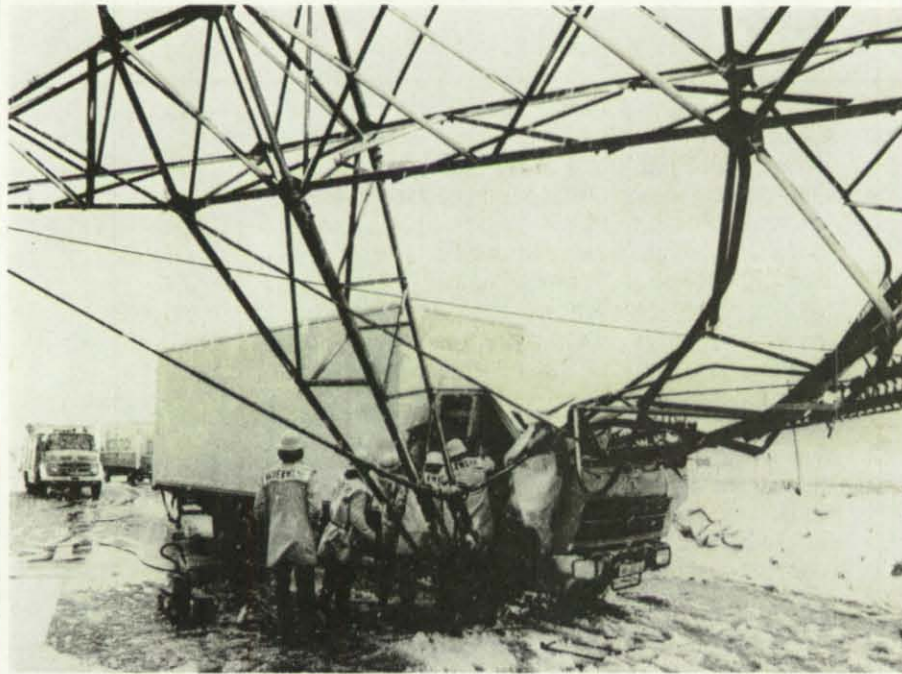
Schneechaos in Südbayern

Der Süden von Bayern wurde Ende April von einem Schneewetter heimgesucht. Innerhalb von 24 Stunden fielen in München 15 Zentimeter Neuschnee. In anderen Landesteilen stieg die Schneedecke auf 35 Zentimeter an. Ganze Landkreise wurden von der Stromversorgung abgeschnitten, zahlreiche Zugverbindungen lahmgelegt, viele Autobahnen, Bundes- und Landstraßen waren unpassierbar. Unter der Last des großflockigen nassen Schnees knickten

Äste und Bäume, stürzten Leitungsmasten um und rissen Stromleitungen ab. Viele Berufstätige kamen wegen der katastrophalen Verkehrsverhältnisse zu spät zur Arbeit. Über eine Million DM Sachschaden entstand allein in Oberbayern. Nach Angaben des bayerischen

rund 5500 Stromleitungen wurden unterbrochen.

Unser Bild zeigt einen Lkw, dessen Führerhaus von einem unter der Schneelast umstürzenden Hochspannungsmasten getroffen wurde. Während der Fahrer sich durch einen Sprung aus



Wirtschaftsministeriums verursachte der Schnee insgesamt Schäden in Höhe von ca. 30 Millionen DM. Mehr als 1000 Leitungsmasten brachen zusammen,

dem Führerhaus retten konnte, wurde sein 21-jähriger Beifahrer, der an diesem Tag seine erste Fahrt machte, tödlich verletzt.

Hochwasser bedrohte Nordbayern

Schneesmelze und anhaltender Regen führten Ende April in Nordbayern zu akuter Hochwassergefahr. In Mittelfranken waren weite Wiesenflächen und vie-

le Straßen überschwemmt. In Harburg bei Donauwörth hatte die über die Ufer getretene Würnitz bereits die Bundesstraße überflutet.



Die Relation der Ausgaben und die Rolle der Feuerwehren

Der Staatssekretär im BMI, Dr. Fröhlich, hat die Fragen der Abg. Frau Hoffmann – Hoya – (CDU/CSU)

„Kann die Bundesregierung darüber Auskunft geben, welche Relation zwischen den finanziellen Aufwendungen für den Verteidigungsetat und den Aufwendungen für den Schutz der zivilen Bevölkerung im gegenwärtigen Haushaltsplan besteht?“

Bestehen bei der Bundesregierung Pläne, den Etatansatz für den Zivilschutz unter Berücksichtigung der besonderen außenpolitischen Konstellation zu erhöhen?

Welche Rolle spielen nach Meinung der Bundesregierung die freiwilligen Feuerwehren im Konzept des Zivilschutzes?

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß bei der derzeit geltenden Regelung die Kreise und Gemeinden mit der Finanzierung von Katastrophen- und Zivilschutzmaßnahmen, die die freiwilligen Feuerwehren ausführen, überfordert sind?“

wie folgt beantwortet:

„Die Relation zwischen ziviler Verteidigung einschließlich Zivilschutz und militärischer Verteidigung liegt für den Haushalt 1980 bei 1:52. Diese Zahl betrifft nur die Leistungen des Bundes. Nicht enthalten sind hierin die Aufwendungen der Länder und Kommunen für den friedensmäßigen Katastrophenschutz einschließlich Feuerwehren.

Grundsätzlich ist zum Ausgabenverhältnis zwischen ziviler und militärischer Verteidigung anzumerken, daß die Höhe des Ausgabenbedarfs für die beiden Bereiche auf unterschiedlichen Maßnahmen und Notwendigkeiten beruht, die eine Vergleichbarkeit der Gesamtausgaben weitgehend ausschließen. So erfordern die Personalausgaben im Bereich der militärischen Verteidigung einen verhältnismäßig hohen Anteil der Gesamtausgaben, während Personalkosten für die in der zivilen Verteidigung überwiegend mitwirkenden freiwilligen Helfer überhaupt nicht anfallen. Ebenso ist der z. T. außerordentlich hohe militärische Beschaffungsbedarf mit den Bedürfnissen der zivilen Verteidigung nicht vergleichbar.

Die Bundesregierung hat in jüngster Zeit die Ansätze für den Zivilschutz beträchtlich erhöht (von 445,9 Millionen DM in 1977 auf 625,4 Millionen DM in 1980).

Die mittelfristige Finanzplanung sieht auch für die nächsten Jahre eine gewis-

se Steigerung in diesem Bereich vor. Die Verhandlungen mit dem Bundesminister der Finanzen über den Haushalt 1981 und die Finanzplanung bis 1984 stehen jedoch noch bevor.

Die Freiwilligen Feuerwehren wirken kraft Gesetzes über die Erweiterung des Katastrophenschutzes vom 9. Juli 1968 im erweiterten Katastrophenschutz, der ein Teilgebiet des Zivilschutzes ist, mit. Sie sind die Träger der Fachdienste Brandschutzdienst und ABC-Dienst. Der Brandschutzdienst rettet Menschen, schützt Sachen vor Feuer und bekämpft Brände. Der ABC-Dienst stellt die durch atomare, biologische und chemische Mittel drohenden Gefahren fest: er dekontaminiert Menschen und Sachen. Der Bund finanziert im Brandschutzdienst ca. 26000 und im ABC-Dienst ca. 8000 freiwillige Feuerwehrmänner einschließlich ihrer Ausstattung. Die Freiwillige Feuerwehr ist die tragende Säule dieser wichtigen Fachdienste.

Die von den Freiwilligen Feuerwehren bei friedensmäßigen Katastrophen wahrzunehmenden Aufgaben sind Sache der Länder und unterliegen daher nicht der Beurteilung der Bundesregierung.

Für die Zivilschutzaufgaben der Freiwilligen Feuerwehren im Brandschutz- und ABC-Dienst des erweiterten Katastrophenschutzes werden alle Zweckausgaben vom Bund getragen. Im Rahmen der Bundesauftragsverwaltung des Zivilschutzes tragen Länder und Gemeinden gemeinsam nur die persönlichen und sächlichen Verwaltungskosten, wie dies auch auf anderen Aufgabengebieten üblich ist. Die Kreise und Gemeinden sind damit nicht überfordert."

Hessen und Rheinland-Pfalz: gemeinsame Katastrophenschutzübung

Die Deutsche Presse-Agentur schrieb über eine gemeinsame Katastrophenschutzübung der Länder Hessen und Rheinland-Pfalz Anfang Mai:

„Im größten europäischen Kernkraftwerk Biblis spielte sich am Samstag der „atomare Ernstfall“ ab. Für die erste länderübergreifende Katastrophenschutzübung in der Umgebung des Reaktors wurde pünktlich um 6.33 Uhr der Alarm ausgelöst. Angenommen wurde ein Rohrleitungsbruch im Reaktor A, in dessen Folge auch noch das Kühlsystem ausfiel und Radioaktivität über den Kamin freigesetzt wurde.

Alles verlief nach Plan: Um 8 Uhr waren die Einsatzzentralen im hessischen Hepenheim und im rheinland-pfälzischen

Veranstaltungsplan der BVS-Bundesschule

Der Bundesverband für den Selbstschutz führt im 2. Halbjahr 1980 an der BVS-Bundesschule in Bad Neuenahr-Ahrweiler die nachfolgenden Veranstaltungen durch. Teilnehmermeldungen sind der BVS-Bundesschule mindestens vier Wochen vor Veranstaltungsbeginn durch die BVS-Landesstellen vorzulegen.

Nr.	Veranstaltung	In der Zeit vom	bis
52	Abschlußlehrgang „Öffentlichkeitsarbeit“	1. 7.	4. 7.
53	Aufbaulehrgang „Waffenwirkungen und Schutzmöglichkeiten“	1. 7.	4. 7.
54	Fortbildungslehrgang „Redner und Fachlehrer“	1. 7.	4. 7.
55	Abschlußlehrgang „Öffentlichkeitsarbeit“	8. 7.	11. 7.
56	Fortbildungslehrgang „Redner und Fachlehrer“	8. 7.	11. 7.
57	Informationsseminar „Waffenwirkungen und Schutzmöglichkeiten“	8. 7.	11. 7.
58	Grundlagenlehrgang „Selbstschutzführung“	19. 8.	22. 8.
59	Fortbildungslehrgang „Redner und Fachlehrer“	19. 8.	22. 8.
60	Informationsseminar „Zivile Verteidigung“	19. 8.	22. 8.
61	Aufbaulehrgang „Selbstschutzführung“	26. 8.	29. 8.
62	Abschlußlehrgang „Öffentlichkeitsarbeit“	26. 8.	29. 8.
63	Informationsseminar „Zivile Verteidigung“	26. 8.	29. 8.
64	Aufbaulehrgang „Selbstschutzführung“	2. 9.	5. 9.
65	Fortbildungslehrgang „Redner und Fachlehrer“	2. 9.	5. 9.
66	Informationsseminar „Waffenwirkungen und Schutzmöglichkeiten“	2. 9.	5. 9.
67	Abschlußlehrgang „Waffenwirkungen und Schutzmöglichkeiten“	9. 9.	12. 9.
68	Aufbaulehrgang „Fach- und Sachbearbeiter“	9. 9.	12. 9.
69	Aufbaulehrgang „Bergungs- und Sanitätsdienst“	9. 9.	12. 9.
70	Aufbaulehrgang „Brandschutzdienst“	16. 9.	19. 9.
71	Grundlagenlehrgang „Selbstschutzführung“	16. 9.	19. 9.
72	Informationsseminar „Zivile Verteidigung“	16. 9.	19. 9.
73	Grundlagenlehrgang „Waffenwirkungen und Schutzmöglichkeiten“	23. 9.	26. 9.



74	Aufbaulehrgang „Bergungs- und Sanitätsdienst“	23. 9.	26. 9.
75	Grundlagenlehrgang „Beauftragter“	23. 9.	26. 9.
76	Aufbaulehrgang „Öffentlichkeitsarbeit“	30. 9.	3. 10.
77	Fortbildungslehrgang „Redner und Fachlehrer“	30. 9.	3. 10.
78	Informationsseminar „Zivile Verteidigung“	30. 9.	3. 10.
79	Grundlagenlehrgang „Schutzbau“, Teil I	7. 10.	9. 10.
80	Grundlagenlehrgang „Selbstschutzführung“	7. 10.	10. 10.
81	Fortbildungslehrgang „Beauftragter“	7. 10.	10. 10.
82	Informationsseminar „Waffenwirkungen und Schutzmöglichkeiten“	7. 10.	10. 10.
83	Abschlußlehrgang „Brandschutzdienst“	14. 10.	17. 10.
84	Fortbildungslehrgang „Redner und Fachlehrer“	14. 10.	17. 10.
85	Informationsseminar „Zivile Verteidigung“	14. 10.	17. 10.
86	Abschlußlehrgang „Bergungs- und Sanitätsdienst“	21. 10.	24. 10.
87	Fortbildungslehrgang „Redner und Fachlehrer“	21. 10.	24. 10.
88	Informationsseminar „Zivile Verteidigung“	21. 10.	24. 10.
89	Sonderlehrgang „Filmvorführer THW“	28. 10.	30. 10.
90	Aufbaulehrgang „Selbstschutzführung“	28. 10.	31. 10.
91	Informationsseminar „Waffenwirkungen und Schutzmöglichkeiten“	28. 10.	31. 10.
92	Aufbaulehrgang „Waffenwirkungen und Schutzmöglichkeiten“	4. 11.	7. 11.
93	Grundlagenlehrgang „Selbstschutzführung“	4. 11.	7. 11.
94	Informationsseminar „Zivile Verteidigung“	4. 11.	7. 11.
95	Aufbaulehrgang „Fach- und Sachbearbeiter“	11. 11.	14. 11.
96	BVS-Arbeitsseminar „Rhetorik“	11. 11.	14. 11.
97	Informationsseminar „Zivile Verteidigung“	11. 11.	14. 11.
98	Grundlagenlehrgang „Schutzbau“, Teil II	25. 11.	27. 11.
99	Abschlußlehrgang „Öffentlichkeitsarbeit“	25. 11.	28. 11.
100	Fortbildungslehrgang „Beauftragter“	25. 11.	28. 11.
101	Abschlußlehrgang „Waffenwirkungen und Schutzmöglichkeiten“	2. 12.	5. 12.
102	Grundlagenlehrgang „Dienststellenleiter“	2. 12.	5. 12.
103	Informationsseminar „Zivile Verteidigung“	2. 12.	5. 12.
104	Aufbaulehrgang „Selbstschutzführung“	9. 12.	12. 12.
105	Fortbildungslehrgang „Redner und Fachlehrer“	9. 12.	12. 12.
106	Abschlußlehrgang „Öffentlichkeitsarbeit“	9. 12.	12. 12.

19. Juni 1980, an der Katastrophenschutzschule Bayern in Geretsried ein Seminar „Brandschutzausbildung im Werkschutz“. Das Seminar ist vor allem für die Führungskräfte im Werkschutz gedacht, um deren Kenntnisse im vorbeugenden und abwehrenden Brandschutz zu vertiefen. Der zweite Teil des Seminars wird am 20. und 21. November 1980 stattfinden.

BVS-Lehrfilm für landwirtschaftliche Betriebe

Im Hinblick auf die bevorstehende Herausgabe der Empfehlung des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten für den Selbstschutz in landwirtschaftlichen Betrieben hat der Bundesverband für den Selbstschutz einen Lehrfilm „Selbstschutz in landwirtschaftlichen Betrieben“ hergestellt. Der Film schildert insbesondere vorbeugende Selbstschutz-Maßnahmen in der Landwirtschaft im Falle des Einsatzes von ABC-Kampfmitteln, schwerpunktmäßig Gefahren durch radioaktiven Niederschlag. Darüber hinaus werden Verhaltensweisen bei Eintritt des radioaktiven Niederschlages und die daraus folgenden abwehrenden Selbstschutz-Maßnahmen dargestellt.

Der Lehrfilm ist für den Einsatz im Rahmen des Selbstschutz-Ergänzungslehrganges (L) – für landwirtschaftliche Betriebe – vorgesehen, kann aber auch gezielt bei Aufklärungs- und Öffentlichkeitsveranstaltungen für landwirtschaftlich orientierte Personengruppen (Landfrauenverbände, Bauernverbände, Landwirtschaftskammern etc.) gezeigt werden.

Neustadt besetzt, um 10.06 Uhr wurde, wie verabredet, in beiden Ländern Katastrophalarm gegeben. Zu diesem Zeitpunkt waren in Hessen und Rheinland-Pfalz je 500 Hilfskräfte mobilisiert.

Bis hierhin hatte sich die Katastrophe planen lassen, doch nun galt es, das tatsächliche Zusammenwirken von Einsatzleitung und Hilfsdiensten zu proben. Da nur zwei von 17 möglichen hessischen ABC-Zügen und einige Strahlenmeßtrupps zum praktischen Einsatz gerufen wurden und diese, wie ihre Kollegen auf der anderen Rheinseite, schon vorher davon wußten, waren Pannen nahezu ausgeschlossen.

Auch mit der Bevölkerung brauchte man nicht zu rechnen, sie blieb von der Übung unberührt. Schwierig gestaltete sich aber offenbar die Verständigung zwischen den Strahlenexperten, die das Ausmaß der entstandenen Gefahrensituation abschätzen sollten, und jenen Mitgliedern in der Einsatzleitung, die mit

Strahlenschutz bisher nur vom Schreibtisch aus zu tun hatten.

Der Einsatzleiter auf der hessischen Seite, Landrat Dr. Lothar Bergmann, faßte die Erfahrungen zusammen: „Es gab nicht nur angenehme Überraschungen, wir haben erstaunlich viel dazugelernt.“

Unser dpa-Foto zeigt die Untersuchung des Geländes nach möglicher Radioaktivität. Der angenommene Störfall wird übrigens von Fachleuten als „nahezu unmöglich“ bezeichnet.

Brandschutzausbildung im Werkschutz

Der Bayerische Verband für Sicherheit in der Wirtschaft e. V., 8000 München 19, Nymphenburger Str. 147, veranstaltet von Mittwoch, 18., bis Donnerstag,

Gurtverschlüsse: demnächst einheitlich nach DIN

Die Verschlüsse von Sicherheitsgurten für Personenkraftwagen sollen endlich einheitlich werden. Nach einem neuen Norm-Entwurf (für die DIN 75400) sind künftig nur noch Schiebetasterverschlüsse zulässig, die durch Druck auf eine rote Taste nach unten geöffnet werden. Ein Retter, der einen Unfallverletzten aus dem Wagen befreien will, braucht dann nicht mehr erst den Öffnungsmechanismus (Taste seitlich, vorne, hinten) zu enträtseln. Nach Ansicht des ADAC ist es unverständlich, daß sich bisher noch einige wenige Autohersteller sträubten und sozusagen einen markentypischen Knopfdruck beibehalten wollten. Die meisten bauen bereits die einheitlichen Schiebetastenschlösser ein.

Waldbrände in Bayern

Mehrere Waldbrände brachten die ersten heißen April-Tage in Nordbayern.

Auf der Autobahn Hof-Nürnberg (unser Bild) kam es zu erheblichen Verkehrsbehinderungen, da der Wald entlang der Autobahn auf einer Strecke von fast sieben Kilometern in Flammen stand.

Frage nach dem Stellenwert der Zivilverteidigung

Der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister des Innern, von Schoeler, hat die Fragen des CDU/CSU-Bundestagsabgeordneten Link:

„Trifft es zu, daß die zivile Verteidigung und der Zivilschutz der Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland nicht annähernd der NATO-Konzeption (20:1 von militärischer und ziviler Verteidigung) entspricht und darüber hinaus derartige Lücken und Mängel im organisatorischen, personellen und technischen Bereich aufweist, daß ein Funktionieren im Ernstfall nicht gewährleistet ist?“

Ist die Bundesregierung bereit, den Stellenwert der Zivilverteidigung und des zivilen Bevölkerungsschutzes den Erfordernissen der NATO anzupassen, und in welchem zeitlichen Rahmen beabsichtigt die Bundesregierung die dringend notwendigen Maßnahmen, wie z. B. den Katastrophenschutz, den Selbstschutz, die überörtlichen Hilfsdienste, den Schutzbau und das Gesundheitswesen in ausreichendem Umfang sicherzustellen?“

wie folgt beantwortet:

„Die NATO hat unter dem Gesichtspunkt einer effektiven Gesamtverteidigung den Mitgliedsländern mehrfach empfohlen, der zivilen Verteidigung als wesentlichem Teilelement der Gesamtverteidigung mehr Gewicht beizumessen und dies auch durch Bereitstellung entsprechender Mittel zum Ausdruck zu bringen. Ziel soll ein ausgewogenes Verhältnis zwischen den Ausgaben für die militärische und die zivile Verteidigung sein. Ein festes Zahlenverhältnis wurde von der NATO nicht angegeben.

Die Bundesregierung hat in der konkreten Ausgestaltung ihrer Verteidigungspolitik stets die Auffassung vertreten, daß wirksame Verteidigung und Glaubwürdigkeit der Abschreckung neben den militärischen ausreichende zivile Vertei-



digungsanstrengungen einschließlich des Schutzes der Bevölkerung voraussetzen. Bei der Vielzahl der Aufgaben auf dem Gebiet der zivilen Verteidigung und wegen der begrenzten Haushaltsmittel konnten nicht alle Vorhaben der zivilen Verteidigung gleichmäßig gefördert werden. Die Bundesregierung hat daher mit Beschlüssen vom 6. Juli und 21. Dezember 1977 ihre Aktivitäten in der 8. Wahlperiode schwerpunktmäßig auf die Gebiete mit dem größten Nachholbedarf konzentriert und sodann die Mittel für die zivile Verteidigung Schritt für Schritt erhöht. Dies hatte auch eine Änderung des Verhältnisses der Ausgaben für die militärische und die zivile Verteidigung zur Folge:

1977 = 1 zu 60
1978 = 1 zu 53
1979 = 1 zu 50 und
1980 = 1 zu 52.

In der Bewertung dieser Verhältniszahlen ist einzubeziehen, daß die militärische Verteidigung wegen des sehr schnellen waffentechnischen Fortschritts durch hohe investive Aufwendungen sowie durch erhebliche Personalkosten gekennzeichnet ist. Die zivile Verteidigung ist durch technische Innovationen weniger betroffen und hat zudem wegen weitgehender Abstützung auf freiwillige Helfer im Zivilschutz weniger Personalkosten zu verzeichnen. Ferner ist darauf hinzuweisen, daß die Einheiten und Einrichtungen des friedensmäßigen Katastrophenschutzes der Länder im Verteidigungsfall auch der zivilen Verteidigung zugute kommen. Unter Berücksichtigung

der Aufwendungen für die zivile Verteidigung (von 1969 bis 1980: 6 Milliarden 842 Millionen DM, davon Zivilschutz: 5 Milliarden 150 Millionen DM) und der deutlichen Fortschritte bei der rechtlichen und organisatorischen Ausgestaltung der zivilen Verteidigung, läßt sich nicht der Schluß ziehen, ein Funktionieren der zivilen Verteidigung sei im Ernstfall insgesamt nicht gewährleistet.

Der Stellenwert der zivilen Verteidigung wird von der Bundesregierung nicht geringer eingeschätzt als von der NATO. Sie hat daher die Mittel für den finanzintensiven Bereich der zivilen Verteidigung, den Zivilschutz, kontinuierlich aufgestockt. So sind gegenüber 1979 die Ansätze 1980 beim erweiterten Katastrophenschutz um 16,5 Millionen DM (+ 6,8%), beim Technischen Hilfswerk um 3,0 Millionen DM (+ 11,6%), bei den Zuschüssen an die Hilfsorganisationen für Erste Hilfe, Ausbildung von Schwesternhelferinnen um 1,3 Millionen DM (+ 7,1%), beim Selbstschutz um 1,9 Millionen DM (+ 3,7%), beim Schutzbau um 16,5 Millionen DM (+ 38,7%) und bei den Maßnahmen für den Schutz der Gesundheit um 1,2 Millionen DM (+ 4,9%) gestiegen. In der Finanzplanung bis 1983 sind weitere Steigerungen vorgesehen, so z. B. im Schutzbaubereich von 59,1 Millionen DM in 1980 auf 67,8 Millionen DM in 1981, 87,5 Millionen DM in 1982 und 88,3 Millionen DM in 1983.

Es wird weiterer Erhöhungen dieser Mittel bedürfen, die natürlich die allgemeine Haushaltslage nicht außer acht lassen dürfen.“

Lastwagen fuhr in Wohnhaus

Ein Lastwagen mit Anhänger prallte am 22. April 1980 – vermutlich wegen überhöhter Geschwindigkeit – gegen ein Wohn- und Geschäftsgebäude in dem Schlitzer Ortsteil Queck (Vogelsbergkreis) und richtete dabei Totalschaden an. Zwei Bewohner des Hauses mußten mit schweren Verletzungen ins Krankenhaus gebracht werden. Der Sachschaden wird auf eine knappe halbe Million Mark geschätzt.

Baden-Württemberg fordert Verbesserung des Zivilschutzes

Die „Süddeutsche Zeitung“ berichtete Ende April aus Stuttgart:

„Auf dem Hintergrund der gegenwärtigen weltpolitischen Konflikte hält die baden-württembergische Landesregierung eine Verbesserung des Zivilschutzes für nötig. So müsse überprüft werden, ob nicht eine allgemeine Schutzbaupflicht bei Neubauten einzuführen sei, erklärte der Staatssekretär im Stuttgarter Innenministerium Robert Ruder (CDU). Bei der Eröffnung einer landeseigenen Ausstellung zum Thema ‚Selbstschutz, Schutzraumbau und Warndienst‘ warf Ruder dem Bund vor, nur unzureichende Vorkehrungen getroffen zu haben. Es sei an der Zeit, daß der Bund den Verfassungsauftrag, Leben und Gesundheit seiner Bürger zu schützen, ernster nehme. Nur für zwei bis drei Prozent der Bevölkerung stünden in der Bundesrepublik ausgebaute Schutzräume zur Verfügung, in Dänemark dagegen für 25 Prozent, in Norwegen für 40 Prozent, in Schweden für 65 Prozent und in der Schweiz sogar für 90 Prozent. Offenbar seien lautstarke Proteste der Bevölkerung nötig, um das Gewissen derer zu schärfen, die im Bund Verantwortung für den Zivilschutz trügen, sagte Ruder. Er teilte mit, daß Baden-Württemberg künftig bei allen landeseigenen Neu- und Erweiterungsbauten für die darin Beschäftigten Schutzräume bauen werde.“

Bundesinnenministerium und DRK trafen Vereinbarung über DRK-Hilfszug

Bundesinnenminister Gerhart Rudolf Baum und der Präsident des Deutschen Roten Kreuzes, Staatssekretär a. D. Walter Bargatzky, haben eine Vereinbarung über einen schon seit geraumer Zeit aufgestellten Hilfszug des Deutschen Roten Kreuzes, der für humanitäre Hilfe-

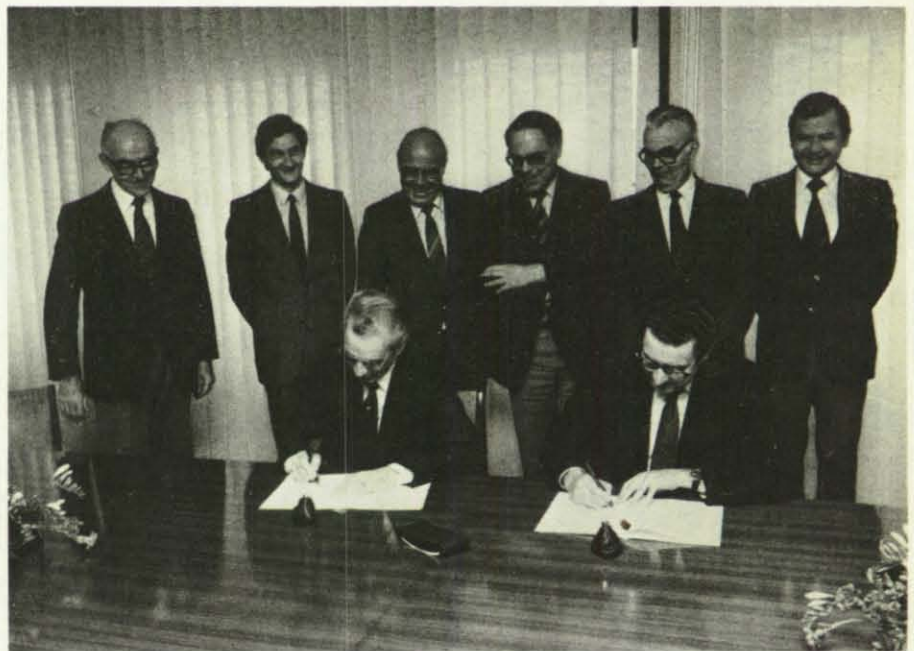


leistungen bei Katastrophen und Notständen im In- und Ausland eingesetzt wird, unterzeichnet. Damit ist die auf diesem Sektor bestehende enge Zusammenarbeit auf eine gesicherte rechtliche Grundlage gestellt worden. Der Hilfszug des Deutschen Roten Kreuzes ist mit finanzieller Unterstützung der Bundesregierung zu einem leistungsstarken Instrument ausgebaut worden, das sich in zahlreichen Einsätzen hervorragend bewährt hat. Der motorisierte Zug besteht aus einer Zentralstaffel und neun weiteren Staffeln, die in den Ländern stationiert sind. Ihm gehören mehr als 4000 engagierte Helferinnen und Helfer des Deutschen Roten Kreuzes an.

Das Deutsche Rote Kreuz übernimmt mit der Vereinbarung die Verpflichtung, den Hilfszug in einem ständig einsatzbereiten Zustand zu halten und ihn im Spannungs- und Verteidigungsfall dem Bund für Zwecke des Katastrophenschutzes zur Verfügung zu stellen.

Für die Bereitstellung des Hilfszuges gewährt die Bundesregierung dem Deutschen Roten Kreuz eine jährliche Zuwendung.

Die Vereinbarung stellt einen wichtigen Beitrag zu der vom Bundesministerium des Innern mit Nachdruck betriebenen Konsolidierung des Katastrophenschutzes dar.



DRK-Präsident Walter Bargatzky wurde 70

Der Präsident des Deutschen Roten Kreuzes, Walter Bargatzky, vollendete am 13. April sein 70. Lebensjahr. Er steht seit 1967 als Präsident an der Spitze des 3,5 Millionen Mitglieder zählenden Verbandes, an dessen Wiederbegründung nach dem Kriege er schon beteiligt war. Von 1950 bis 1967 war Bargatzky, der von 1963 bis 1966 Staatssekretär im Bundesgesundheitsministerium war, bereits Rot-Kreuz-Vizepräsident.

Am 10. Juli 1967 wurde er als Nachfolger von Hans Ritter von Lex zum Präsidenten des DRK in der Bundesrepublik Deutschland gewählt. Bisher wurde er stets von der Bundesversammlung des DRK, dem höchsten Beschlußgremium der Organisation, einstimmig wiedergewählt, zuletzt am 16. Juni 1979 in Berlin.

Allein und mit anderen Freunden des Roten Kreuzes hat er unzählige internationale Hilfsaktionen angeregt und eingeleitet, hat die Bevölkerung oftmals zu größter Spendenbereitschaft bewegt, hat auf vielen internationalen Konferenzen seine Idee von der „kämpferischen Neutralität“ des Roten Kreuzes verkündet ebenso wie die Notwendigkeit der Modernisierung der Genfer Abkommen durch Zusatzprotokolle. Bargatzky verhandelte auch mit der sowjetischen Rotkreuzgesellschaft über die Rückführung deutschstämmiger Sowjetbürger; und auch an den Vorverhandlungen um eine Vereinbarung mit Polen über die Fortsetzung der Umsiedlung war er beteiligt.

In jüngster Zeit hat sich der DRK-Präsident aktiv in die internationale Hilfstätigkeit des Roten Kreuzes eingeschaltet. Sein Entschluß zu Kauf und Umrüstung des Hilfsschiffes FLORA, seine leidenschaftlichen Appelle, den südost-

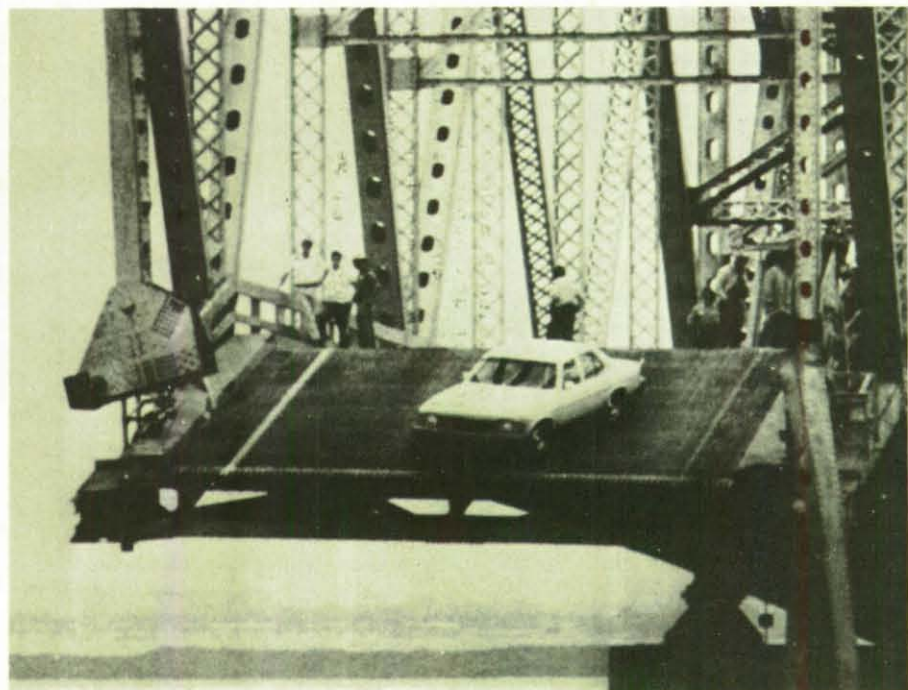


asiatischen Flüchtlingen alle erdenkliche Hilfe zu bringen, und seine Vorstöße zugunsten eines nationalen Hilfsfonds fanden Beachtung.

Frachter rammte Autobahnbrücke

Mindestens 31 Menschen kamen am 9. Mai 1980 im US-Bundesstaat Florida ums Leben, nachdem ein Frachter die Autobahnbrücke über die Bucht von Tampa gerammt und teilweise zum Einsturz gebracht hatte. Die Fahrbahn stürzte auf einer Länge von ca. 200 Metern in die Tiefe, mit ihr ein Bus mit 23 Fahrgästen und mehrere Personen-

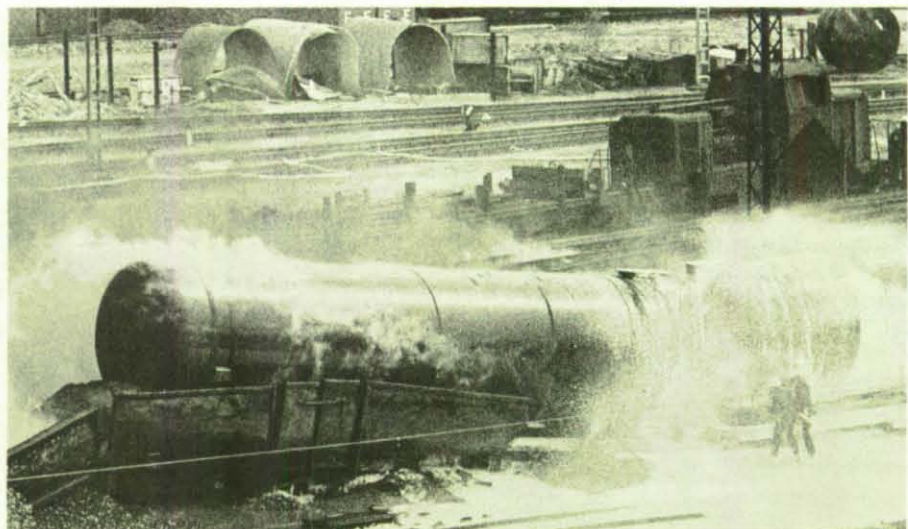
wagen. Nur ein Überlebender konnte aufgefunden werden. Unser Bild zeigt einen PKW, der buchstäblich Zentimeter vor dem Abgrund zum Stand kam. Ein ähnliches Unglück hatte sich am 18. Januar dieses Jahres in Schweden ereignet, als ebenfalls ein Frachtschiff zu nächtlicher Stunde eine Brücke zum Einsturz gebracht hatte.



Flüssiggas-Kesselwagen explodierte

Bei einem Rangierungslück auf dem Güterbahnhof von Nürnberg explodierte am 8. Mai 1980 ein mit Flüssiggas gefüllter Kesselwagen, zwei Personen wurden dabei verletzt, es entstand beträchtlicher

Sachschaden. Mit Schaum verhinderte die Feuerwehr das Übergreifen der Flammen auf einen zweiten angekoppelten und ebenfalls mit Flüssiggas gefüllten Kesselwagen.



Carl Friedrich von Weizsäcker:

Hundert Mark pro Kopf und Jahr

... für den Grundschutz der Bevölkerung – Eine Verzehnfachung der Ausgaben für den Zivilschutz ist möglich und notwendig – Wandel des öffentlichen Bewußtseins in Fragen des Bevölkerungsschutzes tut dringend not

Unter dem Titel „Falls es doch wieder Krieg gibt . . .“ veröffentlichte die deutsche Wochenzeitung „Die Zeit“ in ihrer Ausgabe vom 16. Mai den Wortlaut eines Vortrages von Prof. Carl Friedrich von Weizsäcker vor dem Technischen Überwachungsverein in München. „Geradezu beschwörend“ – so „Die Zeit“ – hat sich der Direktor des Starnberger Max-Planck-Instituts für einen verstärkten Bevölkerungsschutz eingesetzt. Er geht davon aus, daß Hiroshima ein Zeichen gesetzt habe, die seit Jahrtausenden dauernde Ära der Kriege zu beenden, ja die Institution des Krieges zu überwinden. Das entbinde aber nicht von der Pflicht der Fürsorge für Opfer der nichtatomaren Kriege.

Bezogen auf die Bundesrepublik, meinte von Weizsäcker, sei die Vorstellung, Zivilschutzmaßnahmen könnten von der Sowjetunion als Vorbereitung auf einen Angriffskrieg aufgefaßt werden, militärisch absurd. Es sei vielmehr eine delikate politische Frage, wie weit die Sowjetunion in forcierten Zivilschutzmaßnahmen ein Indiz zum Widerstand gegen mögliche militärische Drohungen aus dem Osten sehe. Man dürfe trotz der atomaren Rüstung der beiden Großmächte nicht von vornherein davon ausgehen, daß im Fall eines Krieges die totale Zerstörung der Bundesrepublik wahrscheinlich sei. Dazu habe die Sowjetunion ein viel zu vitales Interesse, die westeuropäische Wirtschaft zu nutzen.

Daraus folgert von Weizsäcker, daß die Zivilschutzplanung das breite Spektrum möglicher begrenzter Waffeneinsätze in Betracht ziehen müsse. Die Planer des Bevölkerungsschutzes seien in der gleichen Lage wie der Arzt, der dem hippokratischen Eid verpflichtet ist: Wenn Mittel zur Hilfe vorhanden sind, dürfen sie den Mitmenschen nicht vorenthalten werden. Die wichtigsten Maßnahmen seien die Sicherstellung des Existenzminimums durch Vorräte; Schutzräume in möglichst großer Zahl; die Verzehnfachung der heutigen jährlichen Ausgaben für Zivilschutz; improvisierbare Maßnahmen, wie Abdichten von Kellerräumen, Vorratshaltung in privaten Haushalten etc. Wesentlich sei aber, das Bewußtsein für Fragen des Bevölkerungsschutzes zu schärfen.

Hier der Wortlaut des Vortrages, den wir mit freundlicher Genehmigung der „Zeit“-Redaktion abdrucken:

Dringend not tut heute ein Wandel des öffentlichen Bewußtseins in Fragen des Bevölkerungsschutzes. Es handelt sich darum, seit Jahrzehnten Versäumtes rasch, maßvoll, entschlossen und ohne Panik nachzuholen. Der Grund dafür ist rein humanitär. Menschen müssen geschützt werden: Wir, unsere Angehörigen, unsere Kinder und Enkel, unsere Freunde und Mitbürger. Begrenzte Kriegshandlungen in unserem Lande sind möglich, und ob es, vielleicht in wenigen Jahren, zu ihnen kommt, hängt nicht von uns allein ab.

Die Meinung, der Friede sei schon gesichert, war immer ein Irrtum. Die Meinung, jeder mögliche Krieg sei so übergroß, daß es keinen Schutz gegen ihn gebe, ist ebenfalls irrig. Es macht einen Unterschied, ob wir für den Schutz etwas tun oder nicht.

I. Das grundsätzliche Für und Wider

Schutz der nichtkämpfenden Bevölkerung gegen die Krieger ist ein uraltes Anliegen in der Menschheit. Da und dort in unseren Wäldern finden wir die verfallenen Ringwälle vorgeschichtlicher Fluchtburgen. Schon die ältesten Hochkulturen schützten das gefährdete Gefüge ihres zivilen Lebens, das heißt ihrer Überlebensfähigkeit als Kultur, durch Stadtmauern. Das Kriegsvölkerrecht der Neuzeit suchte den Krieg zu humanisieren durch rechtlichen Schutz der Nichtkombattanten. Die technischen Mittel unseres Jahrhunderts haben den Krieg fortschreitend wieder barbarisiert.

Zivilschutz im modernen Sinne war die Reaktion auf die Erfindung des Bombenflugzeugs. Diejenigen unter uns, die den Zweiten Weltkrieg mitgemacht haben, zumal die Zivilisten unter ihnen, erinnern sich an die Nächte im Luftschutzkeller, an die rauchenden Trümmer unserer Städte. Und hier beginnt das Paradox. Dieses unserem Gedächtnis eingebrannte Bild ist vielleicht ein Hauptgrund unseres bisher unüberwindlichen seelischen Widerstands dagegen, noch einmal im Ernst an Zivilschutz zu denken.

Treten wir in die rationale Analyse des Problems ein, vor dem das Vorhaben des Zivilschutzes heute, im Zeitalter der Atom-

bombe steht. Im seelischen Widerstand gegen Zivilschutz liegt ein Kern welthistorischer Vernunft. Hiroshima ist der Menschheit zum Zeichen der Aufgabe geworden, die seit Jahrtausenden dauernde Ära der Kriege zu beenden. Im Lichte dieser Aufgabe kann man das Bemühen, einen möglichen Atomkrieg zu überleben, nicht bloß als zwecklos, sondern sogar als unmoralisch empfinden. Wenn wir diesen Krieg überleben lernen, werden wir ihn dann nicht führen?

Ich bin überzeugt, daß die veränderte menschliche Haltung zum Krieg, aus der diese Fragen hervorgehen, langfristig recht hat. Es kommt in der Tat darauf an, die Institution des Kriegs zu überwinden. Diese Erkenntnis aber entbindet uns offenkundig nicht von der mitmenschlichen Pflicht der Fürsorge für die Opfer der nichtatomaren Kriege, die heute ständig stattfinden.

Und sie entbindet uns, so müssen wir begreifen lernen, auch nicht von der Prüfung, ob Vorsorge möglich ist für den vielleicht atomaren Krieg, der bald in unserem Lande geführt werden könnte.

Wir überprüfen also die beiden einander gegenüberstehenden Gründe, die gegen den Zivilschutz vorgebracht werden können: „Gegen den Atomkrieg gibt es keinen Schutz“ und „Schutzvorbereitungen machen den Atomkrieg wahrscheinlicher“.

Jede der beiden Fragen stellt sich in verschiedener Gestalt, je nach dem Lande, dem der Schutz gelten soll. Die beiden Weltmächte haben riesige Territorien, sie sind voneinander entfernt, und sie haben politisch die Entscheidung über Krieg und Frieden in ihrer Hand. Für sie ist die technische Möglichkeit eines effektiven Zivilschutzes jedenfalls nicht von vornherein von der Hand zu weisen. Eben deshalb hat das Argument, ein funktionierender Zivilschutz werde ihnen eines Tages den Entschluß zum Krieg erleichtern, eine gewisse Stärke. Die Sowjetunion hat in der Tat ein Zivilschutzprogramm in Form ausführlicher gedruckter Anweisungen. Notvorräte für die Bevölkerung werden angelegt, Schutzräume für Arbeiter in verteidigungswichtigen Industrien gebaut, Schutzmaßnahmen mit der Bevölkerung eingeübt. In den Vereinigten Staaten ist seit Jahren eine Debatte über diese Fragen im Gange.

In Deutschland nun – und zwar in beiden deutschen Staaten – ist die Lage gerade

umgekehrt als bei den Weltmächten. Sprechen wir nur von der Bundesrepublik, für die wir selbst zu entscheiden haben! Unser Land ist klein, es liegt geographisch nahe beim einzigen möglichen Gegner, und ihm fehlt sowohl die militärische Macht wie der politische Spielraum, um einen Krieg gegen diesen Gegner zu beginnen.

Die Vorstellung, wir könnten durch die eingeschränkten Zivilschutzmaßnahmen, die wir treffen können, einen Angriffskrieg gegen den Warschauer Pakt vorbereiten, ist militärisch absurd. Was wir unter diesem Aspekt bedenken müssen, ist nur, ob die sowjetische Führung Zivilschutzmaßnahmen, die wir ergreifen, als Indiz dafür nehmen kann, daß wir uns darauf vorbereiten, einer etwaigen militärischen Drohung ihrerseits überhaupt ernstlichen Widerstand zu leisten. Das ist eine delikate politische Frage. Die eigentliche Frage für uns ist jedoch, ob ein effektiver Schutz in unserem Lande überhaupt denkbar ist.

Eine allgemein gehaltene Antwort auf diese Frage ist leicht zu geben: Die mögliche Schutzwirkung hängt von der Größe des Waffeneinsatzes ab. Dabei gibt es zwei Extreme, für welche Schutzvorbereitungen belanglos sind, und dazwischen ein weites Spektrum möglicher Kriegshandlungen, in welchem das Überleben vieler Menschen, ja des Volkes davon abhängen kann, daß Schutzmaßnahmen vorbereitet waren.

● Das eine Extrem ist der Fall, in dem Schutzvorkehrungen überflüssig sind. Dazu ist nicht nur der wünschenswerteste aller Fälle zu rechnen, nämlich die unbegrenzte Fortdauer des heutigen Friedens. Auch die Möglichkeit der sofortigen Kapitulation gehört hierher, der militärischen Besetzung ohne militärischen Widerstand, wie 1968 in der Tschechoslowakei.

● Das andere Extrem ist die technisch mögliche totale Zerstörung unseres Landes durch nukleare Waffen mit Megatonnen-Sprengköpfen und radioaktiver Nachwirkung. Die Mittelstreckenraketen, welche die Sowjetunion schon in den sechziger Jahren gegen Westeuropa in Stellung gebracht hat, reichen dazu aus. Hiergegen kann uns kein technisch, finanziell und politisch möglicher Bunkerbau schützen. Aber die beiden Extreme sind, soweit wir heute schätzen können, nicht die militärpolitisch wahrscheinlichen Fälle. Die Fortdauer des Friedens ist nicht selbstverständlich. Jedenfalls haben unsere demokratisch gewählten Regierungen seit dem Wiederbewaffnungsbeschluss Adenauers von 1954 mit einer Mehrheit in der Bevölkerung für eine Politik rechnen können, welche die Aufrechterhaltung des Friedens in Freiheit durch eine kampffähige Bundeswehr im Rahmen des NATO-Bündnisses zu garantieren sucht. Diese Politik muß den effektiven Einsatz der Bundeswehr vorbereiten, in der Hoffnung, ihn eben, weil er

effektiv wäre, nie verwirklichen zu müssen. Diese Politik darf also nicht so handeln, als käme nur ein unbegrenzt dauernder Friede oder eines Tages die sofortige Kapitulation in Betracht. Abschreckung kann nicht glaubwürdig, also nicht wirksam sein, wenn vorweg klar ist, daß die Bereitschaft zu kämpfen nicht besteht. Dies ist das militärpolitische Argument für Bevölkerungsschutz, den man unter diesem Aspekt als Zivilverteidigung im Rahmen der Gesamtverteidigung bezeichnet.

Ich hebe jedoch hervor, daß mein eigenes Argument von dieser verteidigungspolitischen oder abschreckungspolitischen Überlegung vollkommen unabhängig ist. Ich gehe davon aus, daß Krieg in der Welt, auch in Europa, möglich ist, und daß er unser Land durchziehen könnte, selbst wenn wir uns entschlossen, uns gegen keine Invasion zu verteidigen. Ein Blick auf unsere geographische Lage genügt, um diese Möglichkeit zu erkennen. Die beiden Länder Europas, die seit Jahrzehnten sorgfältige Zivilschutzprogramme verwirklichen, sind Neutrale: Schweden und die Schweiz. Auch diese sind freilich traditionell verteidigungswillig. Aber sie wissen auch, daß sie im Ernstfall mit oder ohne eigene militärische Verteidigung den Durchzug radioaktiver Wolken und etwaige Schlachten der Armeen der beiden Pakte auf ihrem Territorium nicht würden verhindern können. Unserer geographischen Lage gemäß gilt dies für uns noch viel mehr. Selbst wenn wir die NATO verließen und uns neutral erklärten, wäre unser Land im Falle eines europäischen Krieges alsbald Kriegsschauplatz.

Auch das Extrem der totalen Zerstörung ist politisch nicht der von vornherein wahrscheinliche Fall. Im Krieg zerstört man allenfalls einen solchen Gegner total, den man aufs höchste fürchtet oder haßt, und den zu beherrschen oder zu versöhnen man sich nicht zutraut. Das vernünftige vitale Interesse der Sowjetunion ist nicht, Westeuropa zu verwüsten, sondern Westeuropas Wirtschaftskraft für sich zu nutzen.

Auch müßte die Sowjetunion mit der Möglichkeit eines für sie fast ebenso zerstörerischen Gegenschlags rechnen. Jedenfalls bereitet sich die NATO gemäß ihrer Doktrin der flexiblen Reaktion auf denkbare Kriegshandlungen auf allen möglichen Eskalationsniveaus vor, von konventionellen über die taktischen Atomwaffen bis zu Mittelstrecken- und Interkontinentalraketen.

Zivilschutzplanung muß also das Spektrum möglicher begrenzter Waffeneinsätze in Betracht ziehen. Aber vermutlich hat man in unserem Lande auch deshalb so wenig für den Zivilschutz getan, weil man wußte, wie unrealistisch das Ausgehen von irgendeinem abstrakt vorausgesetzten „Kriegsbild“ ist. Die Bewilligung größerer Mittel oder die Durchführung der an sich

1965 schon beschlossenen, aber dann ausgesetzten Schutzraumbaupflicht hätten eine öffentliche Debatte erzeugt, welche Beunruhigung ohne präzise Information verbreitet hätte. Das Bewußtsein der Öffentlichkeit und der Politiker selbst war für diese Fragestellung nicht reif.

II. Die heutige Weltlage

Im vergangenen Winter hat sich der außenpolitische Bewußtseinszustand in unserem Lande wie in der ganzen westlichen Welt verändert. Man spricht von der Möglichkeit eines Krieges der Weltmächte; eines Krieges, in den auch wir verwickelt würden. Prognosen sind ungewiß. Ich muß mich daher zur Subjektivität, zur Unbeweisbarkeit meiner eigenen Beurteilung der Weltlage bekennen. Aber schon die bloße Möglichkeit, daß diese Beurteilung richtig sein könnte, macht, wenn mich nicht alles täuscht, neue Maßnahmen im Bevölkerungsschutz unausweichlich. Und der veränderte Bewußtseinszustand der Öffentlichkeit macht den Entschluß zu solchen Maßnahmen möglich.

Vier Vorgänge kennzeichnen die Verschlechterung im weltpolitischen Klima: das vorläufige Scheitern der Ratifizierung von SALT II im amerikanischen Senat, der NATO-Nachrüstungsbeschluss, die Geiselnahme in Teheran, die sowjetische Besetzung von Afghanistan. Jeder einzelne dieser Vorgänge wäre vermeidbar gewesen, wenn diejenigen, die sie gewollt und vollzogen haben, anderen Sinnes gewesen wären, als sie tatsächlich waren. Aber die Handelnden waren in jedem Fall der Meinung, etwas Richtiges, ja etwas Notwendiges zu vollziehen. Die Vorgänge waren, so scheint mir, nicht die Ursache, sondern das Symptom einer bereits veränderten Weltlage. Seit langem bereitet sich eine Menschheitskrise vor. Mit, wie ich weiß, unvollständigen Argumenten habe ich seit langem die achtziger Jahre als den ersten tief gefährlichen Zeitraum erwartet. Ihr Beginn enthüllt nun in überraschender Weise das angestaute Krisenpotential.

Der Krisentermin der achtziger Jahre ist nach meinem Urteil vorrangig durch die prekär gewordene Lage des Sowjet-Imperiums bestimmt. Die Wirtschaft des Sowjetblocks befindet sich in sichtbarer Stagnation, vielleicht in Wahrheit in einem systembedingten und darum kaum heilbaren Rückgang. Der technische Vorsprung des Westens hat sich als uneinholbar erwiesen. Die ideologische Überzeugungskraft des „realen Sozialismus“ sowjetischer Prägung ist weltweit auf einen Tiefpunkt gesunken. Wer die Bündnishilfe der Sowjetunion sucht, sucht die Stütze ihrer militärischen Macht. Diese militärische Macht nun dürfte in den achtziger Jahren, verglichen mit dem Rest der Welt, ihren Höhepunkt erreicht haben.

Rein militärisch gesehen stände heute ganz Asien den sowjetischen Panzern offen. Dem westlichen Bündnis ist die Sowjetunion konventionell quantitativ weit überlegen, in taktischen Nuklearwaffen wohl noch unterlegen, in strategischen Waffen gleichwertig, auf den Ozeanen präsent. Diese Rüstung ist in Jahrzehnten zielstrebig aufgebaut worden.

Die Vereinigten Staaten von Amerika, die drei Jahrzehnte lang sich und die freie Welt durch ihre nukleare Überlegenheit gesichert glaubten, haben soeben auf die Erkenntnis der unaufhaltsamen sowjetischen Rüstung mit einem Umschlag der öffentlichen Meinung von Nachgiebigkeit in Härte und mit einem wohl nicht mehr umkehrbaren Entschluß zu neuer Aufrüstung reagiert. Es handelt sich dabei nicht um die militärisch wenig versprechende Schaffung größerer strategischer „Overkill“-Kapazitäten, sondern um vielfältige, auch nukleare Waffen zu spezieller begrenzter Verwendung. Einen langdauernden qualitativen Rüstungswettlauf mit den Vereinigten Staaten kann die Sowjetunion aber technologisch und ökonomisch nicht erfolgreich durchhalten. Das bedeutet, daß die sowjetische Außenpolitik diejenigen Früchte, die überhaupt mit militärischer Stärke zu ernten sind, bald ernten muß.

Wo reifen diese Früchte? Einen Weltkrieg vom Zaun zu brechen, wäre für die Sowjetunion so absurd, so mutmaßlich selbstmörderisch, wie für Amerika. Asiatische Nationen zu unterwerfen und zu beherrschen, wäre heute mehr eine Kalamität als ein Gewinn; hier ist der Widerstand Afghanistans ein Lehrstück. Stützung „befreundeter“ Regime, „Strafexpeditionen“ (selbst gegen den künftigen Haupttrivalen China) und Gewinnung einer Verfügung über das Öl des Persischen Golfs sind plausible Ziele. Politisch in den achtziger Jahren am wichtigsten aber muß für die Sowjetunion ihr Verhältnis zu Europa sein. Nur eine enge Kooperation mit der westeuropäischen Wirtschaft böte Aussicht, der notleidenden Wirtschaft des Sowjetblocks aufzuhelfen. Dies aber darf in sowjetischer Sicht, um nicht in die politische Kapitulation gegenüber dem Kapitalismus umzuschlagen, nur unter einem überwiegenden politischen Einfluß der Sowjetunion auf Westeuropa geschehen. Ein faktischer Zerfall der NATO wäre dafür, noch immer in sowjetischer Sicht, die Vorbedingung. Eine sowjetische Offensive in dieser Richtung, mit Lockung und Drohung, ist zu erwarten.

Diese Lage braucht keinen Weltkrieg und keinen europäischen Krieg hervorzubringen. Aber sie verwickelt Westeuropa in eine politische Schachpartie, die nicht zu halten ist, wen Westeuropa politisch fundamental uneinig oder/und militärisch erpreßbar ist. Deshalb sind die technisch wahrscheinlichen Folgen eines möglichen

Kriegs in unseren Ländern ein Faktor unserer politischen Zukunft, selbst wenn dieser Krieg am Ende nicht stattfindet.

Es ist heute nicht meine Sache, unsere Außenpolitik in dieser Lage zu erörtern. Es sei nur gesagt, daß die Entspannungspolitik in dem einzigen Sinn, den sie auch bisher haben konnte, unvermindert nötig ist; nämlich als ständig wiederholter pragmatischer Ausgleich der im Prinzip unversöhnlichen Interessen der Mächte, so daß der für alle lebensgefährliche Ausgang in einem Krieg vermieden wird. Das ist Zeitgewinn für den unter allen Menschen rings in der Welt fortschreitenden Bewußtseinswandel. Viel wäre erreicht, wenn wir die kommende Krise ohne den großen Krieg zu überstehen vermöchten.

III. Praktische Schritte

Die humanitäre Begründung des Bevölkerungsschutzes stellt sich eine beschränkte, aber unerläßliche Aufgabe. Sie fragt: was geschieht, wenn ein Krieg in unserem Lande nicht nur angedroht, sondern ausgefochten wird. Wer dürfte in der heutigen Weltlage zu sagen wagen, dies könne nicht geschehen? Man muß fragen, was den Menschen unseres Landes im Krieg und nach dem Krieg geschieht. Wer wird die Kriegshandlungen überleben und in welchem körperlichen Zustand? Welche Lebensbedingungen werden die Überlebenden vorfinden? Wie werden sie diese meistern?

Für den, der sich auf das ernsthafte Nachdenken über Kriegsfolgen einläßt, wird zur größten Versuchung die Resignation, die Flucht in die Sehnsucht nach dem Tode. Schon vor Jahrzehnten wurde über den Atomkrieg gesagt: Er wird die Menschheit nicht ausrotten, aber die Überlebenden werden die Toten beneiden. Es ist notwendig, mit aller Entschlossenheit dieser Resignation zu widerstehen.

Der Planer des Bevölkerungsschutzes ist hier in derselben Lage wie der Arzt, der dem hippokratischen Eid verpflichtet ist. Wenn ich Mittel zur Hilfe habe, so ist es nicht in mein Ermessen gestellt, sie dem Mitmenschen, dem sie helfen können, vorzuenthalten. Ich spreche hier nicht für die nur noch formale Anwendung dieses Prinzips in einer technisch in die Länge gezogenen Agonie. Ich spreche von der Hilfe für Menschen, deren Leben noch die Chance einer echten Zukunft hat, auch wenn der Weg dahin ein Weg durch vorhersehbare Leiden ist. Dies aber ist voraussichtlich die Lage der Menschen nach einem Krieg.

Wir müssen zunächst das Bild des Krieges eingrenzen, für den allein eine Schutzvorbereitung sinnvoll ist. Ein solcher Krieg wäre begrenzt in seinen Waffeneinsätzen, aber möglicherweise global in seiner geographischen Erstreckung.

● Begrenzt in den Waffeneinsätzen. Unsere Analyse der Weltlage zeigt kein naheliegendes Motiv für irgendeine Macht, einen Vernichtungsschlag gegen unser Volk zu führen. Der Krieg würde aber wahrscheinlich mit taktischen Einsätzen nuklearer Waffen geführt werden. Die Sowjetunion hat angesichts ihrer Panzerüberlegenheit freilich keinen Anlaß, mit einem Einsatz nuklearer Waffen zu beginnen. Sie ist in der diplomatisch günstigen Lage, der NATO dieses Odium zuschieben zu können. Die NATO kann nach heutigem Kräfteverhältnis einen mit voller konventioneller Stärke gefahrenen Angriff des Warschauer Pakts nur mit Einsatz von nuklearen Gefechtsfeldwaffen auffangen. (Ich verweise jedoch auf die Publikationen von H. Afheldt – Verteidigung und Frieden, Hanser 1977 – und eine in Vorbereitung befindliche Studie des Starnberger Instituts über Panzerabwehr mit infanteristisch eingesetzten, zielgenauen konventionellen Waffen; dies kann aber nur ein langfristiges Umrüstungsprogramm bedeuten.) Für die achtziger Jahre haben wir im Fall eines begrenzten Kriegs in Westeuropa mit nuklearen Einsätzen, also auch mit der Verbreitung von Radioaktivität zu rechnen. Diese könnte sehr erhöht werden, wenn kerntechnische Anlagen aus irgendwelchen Gründen zum Angriffsziel würden.

Die zerstörende Wirkung eines so begrenzten Kriegs wird sehr von seiner Dauer, noch stärker von der Einhaltung einer niedrigen Eskalationsstufe in der Wahl der eingesetzten Waffen abhängen. Die größte Gefahr für die Bevölkerung stellen voraussichtlich die Mittelstreckenraketen dar. Die älteren sowjetischen Raketen (SS-4, SS-5) haben, wie schon gesagt, das Potential zur totalen Vernichtung unseres Landes. Ihr moderner Nachfolger SS-20 ist zielgenau, also gerade auch zu begrenzten militärischen Einsätzen mit kleineren Sprengköpfen verwendbar, was den Einsatz dieser Waffe wahrscheinlicher macht. Die jetzt beschlossene Nachrüstung der NATO (Pershing-2, Cruise Missiles) bedroht zum erstenmal von europäischem Boden aus sowjetisches Territorium. Dies soll die Abschreckung stärken, würde aber den Gegner im Ernstfall zum Präventivschlag auffordern. Abrüstungsverhandlungen mit der Sowjetunion über einen beiderseitigen Abbau oder doch vorerst Dislozierungsstopp dieser Waffen wären die vielleicht wichtigste militärpolitische Komponente einer Entspannungspolitik unter heutigen Bedingungen.

● Global in der geographischen Erstreckung. Warum ist es seit 1945 fast in allen Weltteilen, aber nicht in Europa zum Krieg gekommen? Für die Vereinigten Staaten war Europa politisch zu wichtig, um es fallen zu lassen, für die Sowjetunion war es militärisch zu nahe ihren verletzlichsten Gebieten, um hier einen Krieg zu riskieren.

Diese Bedingungen werden auch in den achtziger Jahren wirksam sein. Eben darum gibt es eine Chance, auch weiterhin den europäischen Krieg zu vermeiden. Eine weltweite Kette von Kriegen wäre vielleicht nötig, um schließlich auch Europa in den Krieg zu ziehen. Aber Kriege in der weiten Welt hat es ständig gegeben und wird es auch in den achtziger Jahren geben. Wenn die vorige Analyse der Weltlage richtig war, könnten sie, von Asien und den Meeren ausgehend, die ganze Welt ergreifen. Das heißt: Falls es zu einem europäischen Krieg kommen sollte, spricht manches dafür, daß er Teil eines weltweiten Krieges sein würde. Er könnte auch dann noch im Waffeneinsatz begrenzt bleiben und, in Europa, von kurzer Dauer sein. Hierüber gibt es keine Gewißheit.

Was folgt hieraus über mögliche praktische Maßnahmen? Ich beginne mit der Seite der Frage, die auch in der bisherigen Zivilschutzdebatte weniger in den Blick genommen worden ist: der globalen Erstreckung. Das würde einen mindestens zeitweiligen Zusammenbruch des Welthandels bedeuten. Neben Japan ist kaum eine Region in ihrer Versorgung so vom Welthandel abhängig wie Mitteleuropa. Ich komme zu einer ersten Schlußfolgerung:

Eine der wichtigsten Maßnahmen zum Bevölkerungsschutz ist die Sicherstellung eines Existenzminimums an längerfristiger Versorgung durch Vorräte und die Ermöglichung einer partiell autarken Binnenwirtschaft.

Schon der erste Schritt zur Formulierung praktischer Konsequenzen führt uns in die Versuchung der Resignation zurück. Wegfall des Öls, ein vielleicht ganz oder teilweise zerstörtes heimisches Verteilungssystem der Energie. Wegfall aller Lebensmittelimporte. Dies angesichts einer auf Export spezialisierten Industrie, einer von den elementaren Bedürfnissen fortspezialisierte Landwirtschaft. Feldbestellung ohne Benzin. Die Zustände nach dem Zweiten Weltkrieg waren viel besser. Die dezentralen Kraftwerke und Bäckereien funktionierten damals noch. Der Welthandel war nicht zusammengebrochen, und wir wurden ihm bald wieder eingefügt. Aber wir haben der Resignation zu widerstehen. Sollte es je zu den hier geschilderten Zuständen kommen, so würde das Überleben der Übriggebliebenen, ihre gesamte Chance einer neuen Zukunft, daran hängen, ob wir heute vorgesorgt haben.

Nachdem wir gesehen haben, was nach dem Krieg nötig sein könnte, wenden wir uns den direkten Kriegseinwirkungen zu. Unter ihnen verdient die Radioaktivität eine besondere Beachtung. Es gibt einen relativ großen Dosisbereich, dessen Belastung den Organismus nicht tötet, aber mit jahrelanger anhaltender, oft nie mehr heilender Wirkung radikal schwächt. Etwas vom

Wichtigsten für den Neubeginn nach dem Krieg ist aber körperliche Gesundheit der Arbeitenden. Ein großer Teil der durch Waffen erzeugten Radioaktivität ist kurzlebig und klingt nach einigen Tagen ab. So lange sollten Menschen sich gegen sie abschirmen können. Zweite Folgerung:

Gegen Radioaktivität abgeschirmte Schutzräume in möglichst großer Zahl sind notwendig.

Hier erreichen wir eine Frage, die präziser Beantwortung fähig ist, die Frage nach den technischen und finanziellen Möglichkeiten. Aber dies würde einen neuen Vortrag erfordern, und ich bin nicht Fachmann in diesem Gebiet. Ich ende mit ungefähren Abschätzungen.

Wir können roh drei Stufen möglicher baulicher Schutzmaßnahmen unterscheiden:

1. Kleine, in bestehenden Bauten oder in Gärten improvisierbare Maßnahmen.
2. Sogenannter Grundschatz, das heißt Schutz gegen Trümmer, Brand und Radioaktivität, sowie B- und C-Kampfstoffe.
3. Bunker, die auch gegen gewisse Sprengwirkungen sichern.

Von diesen Stufen ist die erste sehr wichtig und ohne Zweifel realisierbar. Die zweite ist heute nur noch eingeschränkt realisierbar, verdient aber meines Erachtens starke Förderung. Die dritte Stufe kommt nur ausnahmsweise, vor allem für zentrale Versorgungsanlagen, in Betracht. Ich spreche die drei Stufen rasch, in umgekehrter Reihenfolge, etwas detaillierter durch.

Es hat sich nachträglich als ein Fehler erwiesen, daß die Bundesregierung 1961 ein perfektionistisches Bunkerbauprogramm vorgeschlagen hat, das nach einem Bundestagshearing 1964 mit Recht zurückgezogen wurde. Das Programm wäre unrealisierbar teuer geworden, ohne doch gegen alle plausiblen Kriegsbilder zu schützen. Und es hätte, eben wegen seiner Übergröße, von den osteuropäischen Nationen als revanchistische Kriegsvorbereitung mißverstanden werden können. Dieses Programm wird nicht wieder aufleben.

Schutzräume im Sinne des Grundschatzes haben die Schweiz und Schweden in den letzten Jahren für mehr als 70 Prozent ihrer Bevölkerung bereitgestellt. Hätten wir noch Jahrzehnte Zeit, so könnten wir dasselbe erreichen. Ich möchte die Kosten des bisher angebotenen Grundschatzes pro Kopf der Bevölkerung auf etwa 2000 Mark schätzen. 2000 Mark für 60 Millionen Menschen sind 120 Milliarden Mark. Über 20 Jahre verteilt wären dies jährlich sechs Milliarden, also 100 Mark pro Kopf der Bevölkerung und Jahr. Der Bundeshaushalt für 1980 veranschlagt 38,4 Milliarden für militärische Verteidigung, 740 Millionen für zivile Verteidigung, davon 45 Millionen für Schutzbaumaßnahmen, vom Rest den wichtigsten Teil von rund 300 Millionen für Hilfsdienste

im Katastrophenschutz. 100 Mark pro Kopf der Bevölkerung bleibt unter dem durchschnittlichen heutigen Alkoholkonsum.

Offenkundig würden die Kosten für ein solches Schutzraumprogramm sogar von der Bevölkerung allein aus ihrer eigenen Tasche getragen werden, wenn die Menschen in unserem Lande den Eindruck gewännen, dies sei vernünftig ausgegebenes Geld. Eben dann würde aber auch die Bewilligung der entsprechenden Mittel in den Staatshaushalten keine Schwierigkeit machen. Ich überlasse die Details der Expertendiskussion und ziehe, um diese Diskussion herauszufordern, die dritte Folgerung:

Eine Verzehnfachung der heutigen jährlichen Ausgaben für Zivilschutz ist möglich und notwendig.

Auch dieses Programm ist für die akuten Gefahren zu langfristig. Eine noch weitergehende Steigerung aber würde, wie alle plötzlichen Maßnahmen, auf sehr große technische und organisatorische Schwierigkeiten stoßen. Obendrein würde es als Panikmaßnahme empfunden werden. Es könnte innenpolitisch Panik, außenpolitisch gefährliches Mißtrauen unserer östlichen Nachbarn wachrufen. Vierte Folgerung:

Improvisierbare Maßnahmen sind vordringlich.

Hier sind zu nennen: Abdichtung vorhandener Kellerräume oder im Freien ausgehobener Vertiefungen, Einrichtung der entstandenen Räume für einen Aufenthalt von wenigen Tagen, dazu Vorratshaltung von Lebensmitteln in privaten Haushalten für Monate, Speicherung von Trinkwasser, von medizinischen Vorräten, Ausbildung in Erster Hilfe. Dies kann, bei vernünftiger Anleitung, in einem Haushalt in wenigen Wochen realisiert werden, im ganzen Land in wenigen Jahren.

Für mögliche staatliche Maßnahmen liegen unter anderem die folgenden Vorschläge bereit: Schaffung von Schutzplätzen beim Bau jeder U-Bahn, Tiefgarage, Schule, jedes staatlichen Bürogebäudes. Entwicklung standardisierter Verfahren, die als einfache Selbsthilfemaßnahmen der Hausbesitzer durchgeführt werden können (Verstärkung der Kellerdecken, einfache Filter gegen Fallout und Gas). Änderung des Baurechts, um spätere Nutzung zum Grundschutz möglich zu machen.

Alles technisch Sinnvolle kann getan werden, wenn wir, die Menschen dieses Landes, es als sinnvolle Vorsichtsmaßnahme erkennen; nichts Sinnvolles wird geschehen ohne diese Erkenntnis. Ich ende mit meinem Anfangssatz – der fünften Folgerung:

Dringend notwendig ist heute ein Wandel des öffentlichen Bewußtseins in Fragen des Bevölkerungsschutzes.

Ulrich Weidner / Fotos: Kurt Hilberath
Bundesinnenminister Gerhart Rudolf Baum:

„Unser Bereich ist nicht so mitgewachsen, wie es erforderlich ist“

Die zivile Verteidigung braucht „Offensivgeist“ –
Besuch des Innenministers beim THW in Mönchengladbach

Spontaneität zeichnet nicht nur die Helfer des Technischen Hilfswerkes aus, wenn es darum geht, zu jeder Zeit und überall – man kann fast schon sagen: weltweit – Hilfe zu bringen, wenn Menschen und Sachwerte in Gefahr sind. Ebenso spontan kam dem Ortsbeauftragten des THW-Ortsverbandes Mönchengladbach die Idee, den Bundesminister des Innern zu einem Besuch der vielzitierten „Basis“ einzuladen; als nämlich Ortsbeauftragter Schaphaus im Bundesamt für Zivilschutz in Bonn-Bad Godesberg bei der Verleihung des THW-Ehrenzeichens in Gold an Bundesaußenminister Genscher zugegen war (siehe Zivilschutz-Magazin 3/80, Seite 5). Der so eingeladene Innenminister Baum sagte ebenso spontan seinen Besuch zu, und bereits am Freitag, dem 2. Mai 1980, wehten die Fahnen der Bundesrepublik Deutschland und des THW zu Ehren des hohen Besuchs vor dem Unterkunftsgebäude des THW-Mönchengladbach.

Hier „stimmt“ alles

Während Bundesinnenminister Baum wenige Tage zuvor im sauerländischen Meschede eine THW-Unterkunft, die nicht nur vieles, sondern fast alles zu wünschen übrig läßt, in Augenschein nahm, besuchte er hier in Mönchengladbach einen THW-Ortsverband, bei dem alles „stimmt“. Die 300 Helfer – genauer gesagt 286 Helfer, 4 Helferinnen und 12 Junghelfer – bezogen vor zweieinhalb Jahren die erste in Nordrhein-Westfalen speziell nach den Wünschen und Vorstellungen des THW geplante und gebaute Unterkunft. Das THW in dieser niederrheinischen Stadt blickt auf eine 28jährige Geschichte zurück; es verfügt über sieben Züge (fünf Bergungs- und zwei Instandsetzungszüge), besitzt das Material und technische Know-how für den Bau von Bayley-Brücken und Stegen sowie für Spezialeinsätze aller Art. Ein kleiner Ausschnitt aus der vielseitigen Ausbildungsarbeit beim THW sollte dem Bundesinnenminister bei seinem Besuch geboten werden. Übrigens: Rund 30000 Ausbildungsstunden werden jährlich in Mönchengladbach absolviert.

Ortsbeauftragter Schaphaus, Landesbeauftragter Dipl.-Ing. Drogies, Geschäftsführer Vogt und der Vorsitzende des Ausschusses für Zivilverteidigung des Rates

der Stadt, Kühlen, zugleich Vertreter des Oberbürgermeisters, begrüßten den Gast aus Bonn bei seiner Ankunft. Ein Rundgang durch die Fahrzeughallen, eine praxisnahe Orientierung an verschiedenen Ausbildungsstationen (Arbeiten an Erdkabeln, an Freileitungen, der Einsatz der Sauerstoffpflanze usw.) waren der Auftakt des Minister-Besuches.

Dann stellte sich Innenminister Baum den Fragen der Helfer und Führungskräfte – und die hielten mit ihrer Kritik, ihren Wünschen und Anregungen nicht hinter dem Berg. Baum kennzeichnete die Unterkunft und die Übungsmöglichkeiten des THW in Mönchengladbach als „beispielhaft“ und „großzügig“ und verlieh dem Ortsverband das Prädikat „uneinge-



Begrüßung vor dem Unterkunftsgebäude des THW-Ortsverbandes Mönchengladbach: Bundesinnenminister Baum, THW-Ortsbeauftragter Schaphaus und Landesbeauftragter Drogies.



Rundgang durch die Kraftfahrzeughallen. Der Minister stellte fest: Das THW Mönchengladbach ist uneingeschränkt einsatzfähig.

schränkt einsetzbar". Er räumte jedoch ein, daß Teile der Ausrüstung des THW veraltet sind.

Ungeschminktes Bild

Der Innenminister gab ein ungeschminktes Bild der nicht gerade rosigen Realitäten. Die Relation der Aufwendungen der zivilen zur militärischen Verteidigung weiche von den ursprünglichen Vorstellungen nach wie vor weit ab. Man habe in der Vergangenheit die militärische Verteidigung „vorgezogen“ – das gilt auch heute. So berichtete Baum über den diesjährigen Nachtragshaushalt des Bundes in Höhe von rund 2 Milliarden DM, der in der gleichen Woche im Bundeskabinett behandelt worden war. Der Bundesinnenminister wollte in diesem Haushalt auch die Zivilverteidigung berücksichtigt wissen, vor allem im Hinblick auf eine deutliche Darstellung der Gesamtverteidigung. „Eine Bereitschaft dazu war nicht vorhanden,“ räumte der Minister ein. „Wir müssen negativ feststellen: Unser Bereich ist nicht so mitgewachsen, wie es erforderlich ist,“ meinte Baum. So mußte der Bundesinnenminister noch durch administrative Maßnahmen dafür sorgen, daß der Etatsatz für die zivile Verteidigung nicht durch die fünfprozentige Sperre für sächliche Ausgaben betroffen wurde, die zur Finanzierung des Nachtragshaushaltes für alle Bereiche erlassen wurde.

„Offensivgeist“ erforderlich

„Positiv ist, daß sich die Bevölkerung um die Fragen der Sicherheit kümmert,“ stellte der Innenminister jedoch heraus. Der Bürger müsse auch verstärkt nach solchen Maßnahmen fragen. Während früher das Interesse der Öffentlichkeit an Themen der Sicherheit gering war, sei heute ein verstärktes Problembewußtsein vorhanden. Jedoch sei herauszustellen, daß es nicht nur um den Schutzraumbau gehen dürfe, sondern vor allem um die Hilfe – die in der Bundesrepublik von Ehrenamtlichen getragen wird. Was die Finanzen betrifft, so sei ein „Offensivgeist“ erforderlich, ein neuer Anlauf. Nicht zu vergessen: Die Bereitschaft der Bürger, selbst Opfer zu bringen, ist – so Baum – größer geworden. Aber in vielen Bereichen, etwa beim Schutzraumbau, setze der Bürger zu große Erwartungen in den Staat. Nicht weniger wichtig ist nach Auffassung des Ministers die Antwort auf die Frage: Wie sieht die Hilfe im Katastrophenfall aus? Der Innenminister gab zu, beispielsweise wüßten selbst viele Parlamentarier nicht, daß 1,25 Millionen freiwillige Helfer für den Katastrophenfall bereitstehen und daß diese Helfer eine angemessene Unterstützung erwarten können.



Der Ortsverband Mönchengladbach ist auch für die umliegenden THW-Einheiten Zentrale, wenn es um den Bau von Bayley-Brücken geht.



Er bewegt sich nach oben – der Lkw, unter dem die Hydro-Press angesetzt ist.



Natürlich fehlte bei der Darstellung der Ausbildung auch die Sauerstofflanze nicht.



Innenminister Baum und THW-Landesbeauftragter Drogies überzeugten sich persönlich von der Belastbarkeit des übungsmäßig aufgebauten Trümmersteges.

Die Sorgen des THW

Wo das THW der Schuh besonders drückt, machte Landesbeauftragter Drogies in einem Gespräch mit dem Zivilschutz-Magazin deutlich: Der Landesverband Nordrhein-Westfalen ist mit rund 20000 Helfern der weitaus stärkste Landesverband des THW; von den 146 Ortsverbänden sind 72 „sachgerecht“, 74 dagegen „nicht sachgerecht“ untergebracht – ein großes Problem also die Unterbringung der in 304 Bergungs-, 52 Instandsetzungs- und 5 ABC-Zügen mitwirkenden Helfer. Eine weitere Sorge: die Erhöhung der sogenannten „Selbstbewirtschaftungsmittel“ der Ortsverbände. Hinter diesem Wort verbirgt sich jene Summe, die ein Ortsverband für die Erstattung der Fahrgelder der Helfer (bis 40 Prozent dieser Jahresbeträge), für die Bewirtschaftung der Unterkünfte (etwa bis 30 Prozent), für die Ausbildungsmittel und die Verpflegung jährlich zur Verfügung hat. Diese Mittel sind seit Jahren nicht erhöht worden; dies hat z. B. dazu geführt, daß – so Drogies – der THW-Landesverband NRW im November vergangenen Jahres „stillgelegt“ werden mußte – mangels Geldes.

Zwar seien die generellen Ausgaben für den Katastrophenschutz stetig pauschal erhöht worden, in diesem Bereich aber gebe es einen enormen Nachholbedarf.

Der für Mönchengladbach zuständige THW-Geschäftsführer Vogt meinte dazu, allein die Fahrtkosten der Helfer seien in der Vergangenheit erheblich gestiegen. Zur Zeit stehen den Ortsverbänden für alle Aufwendung je Helfer jährlich 144 DM zur Verfügung, etwa 200 DM müßten nach Meinung Vogts aber bereitgestellt werden.

Landesbeauftragter Drogies plädierte dafür, zunächst den Nachholbedarf zu befriedigen und dann die Gelder der allgemeinen Preissteigerungsrate entsprechend jährlich anzuheben. Drogies wies auch auf die beträchtlichen Kosten für das Ausbildungsmaterial, etwa für den Instandsetzungsdienst hin, hier helfe man sich vielfach mit „Betteln“ bei Firmen und Verwaltungen. In Mönchengladbach hat man z. B. einen guten „Draht“ zu den Stadtwerken, so läßt sich einiges improvisieren. Zu berücksichtigen bei einer Neufestsetzung der Selbstbewirtschaftungsmittel, die seit 1973 nicht erhöht wurden, sei ferner die Verteuerung der Betriebsstoffe für die Fahrzeuge.

So trug Drogies dem Bundesinnenminister vor, daß weitere Einsparungen bei der Ausbildung nicht möglich seien. Bereits jetzt konzentriere man die Ausbildung auf einmal monatlich, um Fahrtkosten zu sparen. Eine weitere Einschränkung müsse zur Gefährdung der Einsatzfähigkeit führen.

Die Hauptprobleme des THW

Auf die Frage von Bundesinnenminister Baum, welche Prioritäten man für die einzelnen Probleme sähe, stellten die Gesprächspartner vom THW folgende Liste auf:

1. Erhöhung der Selbstbewirtschaftungsmittel des THW,
2. Schaffung besserer Unterkünfte,
3. Verbesserung der Ausstattung mit Fahrzeugen.

Weitere wesentliche Punkte, die dem obersten „Chef“ des Technischen Hilfswerks vorgetragen wurden, waren:

● die Frage, welche Möglichkeiten der weiteren Mitarbeit den sogenannten „Althelfern“, also jenen Helfern, die bereits zehn Jahre im THW mitgewirkt haben, eröffnet werden können. Achtzig Prozent dieser Gruppe würde gern weiter THW-Helfer bleiben. Nicht nur, daß diese erfahrenen Leute dringend gebraucht werden, auch sollte das investierte „Kapital“ an Ausbildung nicht verlorengehen. Im Hinblick auf die finanziellen Probleme muß ein Kompromiß gefunden werden, meinte Innenminister Baum, der eine „Seniorengruppe“ eine „vernünftige Sache“ nannte.

● die Frage, wie der Engpaß an persönlicher Ausstattung – und besonders an Bekleidung – bald beseitigt werden kann. „Wir haben Klamotten hier, aber nicht die passenden,“ schilderte ein Helfer drastisch die Situation. Vorhanden sind vielfach Über- und Untergrößen – alles noch aus Zeiten des damaligen Luftschutzhilfsdienstes – jedoch nicht die gängigen Paßformen.

Und weiter in Stichworten: die Pauschalierung der Aufwandsentschädigung für Führungskräfte, die „praxisferne Bürokratie“, mehr Freiheiten für die „unteren Ebenen“ usw. bis hin zum fehlenden Kompressor und Mast-Setzgerät.

„Wir stecken nie auf“

Da ein Innenminister nicht wie die Glücksgöttin Fortuna mit dem prallen Füllhorn reisen kann, wies Baum auf die überall herrschenden Finanzschwierigkeiten hin und erklärte offen, daß man einige Ziele habe aufgeben müssen, dafür die bestehenden Einheiten aber besser und vernünftig ausrüsten will. Der Gast aus Bonn sicherte nachdrücklich zu, er werde sich mit Kräften einsetzen, damit die Situation langsam besser wird. „Lassen Sie sich trotzdem nicht unterkriegen,“ rief Baum den Helfern zu, und Mönchengladbachs THW-Ortsbeauftragter Schaphaus versicherte dem Minister abschließend: „Wir stecken nie auf!“



Wünsche und Kritik äußerten Helferschaft und Führungspersonal – von den Selbstbewirtschaftungsmitteln bis zur Dienstbekleidung reichten die Themen.

STELLENAUSSCHREIBUNG

Beim Bundesverband für den Selbstschutz, bundesunmittelbare Körperschaft des öffentlichen Rechts (Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern) ist alsbald die Stelle des

Leiters der BVS-Landesstelle Nordrhein-Westfalen in Recklinghausen

neu zu besetzen.

Der BVS informiert

die Bevölkerung über die Wirkung von Angriffswaffen und über Schutzmöglichkeiten, insbesondere über Maßnahmen und Aufgaben des Selbstschutzes.

Der BVS unterstützt

die Gemeinden und Landkreise, Behörden und Betriebe bei der Unterrichtung und Ausbildung der Bevölkerung im Selbstschutz.

Von dem Stelleninhaber werden Führungseigenschaften, organisatorische Fähigkeiten, Durchsetzungsvermögen und Erfahrung im Umgang mit Mitarbeitern verlangt. Er hat neben ca. 230 hauptamtlichen auch ca. 1500 ehrenamtliche Mitarbeiter zu führen, deren Einsatz sowie Aus- und Fortbildung zu überwachen ist.

Zu seinen Aufgaben gehört die Kontaktaufnahme und die Zusammenarbeit mit dem zuständigen Innenministerium, mit Parteien, Organisationen und Massenmedien. Es werden daher Kontaktfähigkeit sowie Verhandlungsgeschick vorausgesetzt.

Wenn Sie glauben, diesen vielfältigen Aufgaben gewachsen zu sein und möglichst über umfassende Kenntnisse und Erfahrungen im Zivil-, Katastrophen- und Selbstschutz verfügen, dann sollten Sie sich bewerben.

Erwünscht ist ein Hochschulabschluß oder das Vorliegen gleichwertiger Fähigkeiten und Erfahrungen.

Geboten werden eine Vergütung bis Vergütungsgruppe Ib BAT sowie die im öffentlichen Dienst üblichen Sozialleistungen.

Bewerbungen sind mit allen erforderlichen Unterlagen (Personalbogen, Lebenslauf, Lichtbild, Ausbildungs- und Befähigungsnachweisen) bis zum 20. Juni 1980 an den

Bundesverband für den Selbstschutz – Bundeshauptstelle – Eupener Straße 74 – 5000 Köln 41

zu richten: Ein Personalbogen wird auf schriftliche Anforderung übersandt.

Helmut Fröhlich, Innensenator der Freien Hansestadt Bremen:

Auch Zivilverteidigung dient der Friedenssicherung

Die Rolle der Zivilverteidigung im Rahmen der Entspannung und Friedenssicherung

Der Innensenator der Freien Hansestadt Bremen, Helmut Fröhlich, hat im April bemerkenswerte grundsätzliche Ausführungen über die Rolle der Zivilverteidigung im Rahmen der Entspannung und Friedenssicherung gemacht.

Fröhlich betonte, daß in den Diskussionen über dieses Thema die Bedeutung der zivilen Verteidigung oft übersehen wird. Der Senator erklärte:

Der sowjetische Einmarsch in Afghanistan – der Überfall auf ein fast wehrloses Volk – hat gerade der deutschen Bevölkerung bewußt werden lassen, welche Bedeutung der Bundeswehr als Instrument der Konflikt- oder deutlicher, der Kriegsverhinderung zukommt.

Und so ist es nicht verwunderlich, daß in Krisenzeiten die Betrachtung unserer Gesamtverteidigung schlagartig in den Mittelpunkt unseres politischen Geschehens rückt.

Sehr oft wird aber in der breiten Öffentlichkeit darauf abgestellt, daß unser Verteidigungsbündnis – der Nordatlantische Pakt also – die gesamte Verantwortung für die Verteidigung der Bundesrepublik Deutschland trage. Dabei wird aber häufig übersehen, daß im Frieden, also im jetzigen Zustand, die militärischen wie die zivilen Verteidigungsanstrengungen in rein nationaler Verantwortung wahrzunehmen sind.

Die Hauptfunktion der Allianz

Die NATO als kollektives Verteidigungsbündnis bildet sehr wohl ein wirksames Forum und Zentrum für den Austausch von Informationen und Auffassungen, und nur so und auf diese Weise kann jeder der Bündnispartner seine Politik aufgrund eingehender Kenntnis der Probleme und Ziele der anderen festlegen.

Die Atlantische Allianz hat daher zwei Hauptfunktionen:

1. Eine ausreichende politische Solidarität und eine ausreichende militärische Stärke aufrechtzuerhalten, um gegenüber Aggressionen und anderen Formen von

Druckanwendung abschreckend zu wirken und das Gebiet der Mitgliedstaaten zu verteidigen, falls es zu einer Aggression kommt.

2. Die stetige Suche nach Fortschritten in Richtung auf dauerhaftere Beziehungen zwischen den Blöcken, mit deren Hilfe die grundlegenden politischen Fragen gelöst werden können.

Eine Politik der Entspannung und militärische Sicherheit stellen keinen Widerspruch, sondern eine gegenseitige Ergänzung dar.

Um die Funktionsfähigkeit dieser militärischen Sicherheit zu garantieren, also das sogenannte globale Gleichgewicht aufrechtzuerhalten, ist es notwendig, daß die Bündnispartner auch ihre zivile Verteidigungskomponente auf einen wirksamen Bereitschaftsstand bringen und ihn auch halten.

Daher bildet die zivile Verteidigung einen gleichrangigen Bestandteil der nationalen Gesamtverteidigung. Die zivilen Mittel und Möglichkeiten einer Nation müssen deshalb im Bedarfsfall zur Unterstützung der gesamten Verteidigungsanstrengungen rasch mobilisierbar sein.

Aus diesem Grunde umfassen die zivilen Verteidigungsplanungen einen außerordentlich weiten Bereich, der von der Aufrechterhaltung der allgemeinen Verwaltung sowie von Ruhe und Ordnung und der Mobilisierung und Heranziehung aller nationalen Mittel, wie Arbeitskräfte der Industrie bis hin zur Sicherstellung der Nahrungsmittel- und Brennstoffversorgung und des Transportwesens, geht.

NATO-Ausschuß für zivile Verteidigungsplanung

Unabhängig von der nationalen Verantwortung für die Organisation der gesamten Verteidigung besteht jedoch bei allen Mitgliedern des Atlantischen Bündnisses das Bedürfnis an Konsultationen und Kooperationen. Zu diesem Zweck ist bei der NATO der Ausschuß für zivile Verteidigungsplanung eingerichtet worden. Hier werden im

Auftrag des NATO-Rates grundsätzliche Richtlinien für die zivilen Planungen erarbeitet und als Ausdruck des kollektiven Willens der Mitgliedsregierungen im gemeinsamen Einvernehmen beschlossen.

Mehrere Planungsausschüsse unterstützen die Tätigkeit des Ausschusses für zivile Verteidigung. Planungsschwerpunkte sind das Versorgungs- und Transportwesen. Überdies befaßt sich ein weiterer Ausschuß mit den Problemen der Aufrechterhaltung der zivilen Fernmeldeverbindungen im Kriegsfall.

Auch der Zivilschutz wird wegen seiner immensen Bedeutung als notwendige Vorsorge für die Bewohner der Mitgliedsländer in einem Planungsausschuß gesondert behandelt.

Die hier erarbeiteten Pläne und Verfahren werden in Rahmenübungen, wie u. a. in HILEX und WINTEX und in Ausbildungsveranstaltungen, getestet und unterliegen der ständigen Überprüfung und Verbesserung.

Wie wir nun gesehen haben, ist die zivile Verteidigung ein Element der Gesamtverteidigung und bildet mit der militärischen Verteidigung eine Zusammenfassung von Maßnahmen zur politischen Gefahrenabwehr.

Für die zivilen Behörden und auch für die Bevölkerung bedeutet dies, bereits im Frieden ausreichende Vorbereitungen zu treffen, um auf Krisensituationen entsprechend reagieren zu können. Für den Fall einer bewaffneten Auseinandersetzung muß daher ein einsatzfähiges nationales Instrumentarium aufgebaut sein, welches die geeigneten Versorgungs- und Schutzmaßnahmen für die Zivilbevölkerung sowie eine ausreichende zivile Unterstützung der Streitkräfte ermöglicht.

Schutz der Bevölkerung

Ohne Schutz der Zivilbevölkerung ist in unserer geographischen Lage eine auf Friedenssicherung gerichtete militärische Abschreckung ungläubwürdig. Alle Maßnahmen, alle Aufwendungen für die militärische und für die zivile Verteidigung sind unter Einbeziehung dieser Erkenntnis auf ein angemessenes Verhältnis zueinander abzustellen.

Daß, aber ein in etwa ausreichender Schutz ohne die freiwillige, ehrenamtliche, aktive Mitarbeit der Bürger in den sogenannten Hilfsorganisationen, wie Arbeiter-Samariter-Bund, Malteser-Hilfsdienst, Deutsches Rotes Kreuz, um nur einige zu nennen, und ohne die Selbsthilfe der Bürger nicht zu erlangen ist, muß ich an dieser Stelle einmal deutlich unterstreichen, denn der finanziellen Belastung unseres Staatswesens sind auch Grenzen gesetzt. Selbstverständlich will und muß eine staatliche Unterstützung dieses Element der Freiwilligkeit untermauern.

Hier möchte ich ein Zahlenbeispiel einführen: Zur Zeit wirken etwa 1,5 Millionen Helfer im Katastrophenschutz auf Bundesebene mit. Davon werden etwa rund 135000 Helfer für Aufgaben im Verteidigungsfall vom Bund ausgebildet und mit Gerät ausgestattet. Wird diese Art der Unterstützung der Ausbildung vom Bund vernachlässigt oder aus finanziellen Gründen eingeschränkt, so hat dies natürlich Auswirkungen auf die Bereitschaft zur weiteren Mitwirkung der Helfer. Wenn notwendige Investitionen und auch Materialersatz ausbleiben, hat das auch zur Folge, daß die Moral der Helfer und auch der Truppe und der Bevölkerung sinkt.

Entwicklung in der Sowjetunion

In diesem Zusammenhang will ich kurz die Anstrengungen auf diesem Sektor in der Sowjetunion ansprechen.

Seit 1972 beobachten wir eine forcierte Weiterentwicklung der Zivilverteidigung im Warschauer Pakt, vor allem aber in der Sowjetunion, die diesen Teil der Gesamtverteidigung als einen wichtigen Bestandteil ihrer Strategie betrachtet. Zivilverteidigung wird hier militärisch geführt. Der Hauptverwaltung Zivilverteidigung im Verteidigungsministerium steht ein Armeegeneral vor, dem knapp 100 Generale als örtliche Leiter, die über das gesamte Land verteilt sind, unterstehen. Dieser Organisation sind etwa 100000 Soldaten in Bataillonen gegliedert zugeordnet. Die Offiziere dieser Verbände werden an einer speziellen Militärakademie für Zivilverteidigung, die in Moskau ihren Sitz hat, ausgebildet.

Es kann – und ich betone, es kann – daraus abgeleitet werden, daß der potentielle Gegner Offensivabsichten eher realisieren kann, wenn er in allen Bereichen sein gewaltiges Hinterland als Versorgungsbasis gegen Waffeneinwirkungen umfassend schützen kann. Ich will den Streit um offensiv oder defensiv nicht erneut beleben, aber es steht nicht nur für mich fest, daß man nahezu alle Waffen und auch nahezu alle Mittel offensiv wie defensiv einsetzen kann.

Wie ohnehin die gesamte Politik der Sowjetunion langfristig angelegt ist, so sind auch hier die Ziele, nämlich die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Sowjetunion durch Dislozierung und durch Verbunkerung kriegswichtiger Industriebetriebe im Konfliktfall aufrechtzuerhalten und durch Ausbau vorhandener und Errichtung neuer Schutzeinrichtungen für die Zivilbevölkerung gegen Massenvernichtungsmittel, auch unter Einbeziehung großer finanzieller Opfer, für die mittelbare Zukunft ausgelegt.

Die in letzter Zeit im Westen aufkommenden Befürchtungen, daß durch diesen stetigen Ausbau der Zivilverteidigung das strategische Gleichgewicht zugunsten der Sowjetunion unmittelbar verändert werde, sind nicht nur von Politikern, sondern auch von Militärs unter Berücksichtigung der vorliegenden Erkenntnisse als zur Zeit unberechtigt zurückgewiesen worden. Jedoch wurde dabei eingeräumt – und hier stimme ich überein – daß dieses Vorhaben sehr aufmerksam verfolgt werden muß und bei einer erkennbaren Veränderung des Gleichgewichts zeitgerechte Mittel zur Gegensteuerung eingesetzt werden müssen.

Hauptaufgaben der Zivilverteidigung

Und eines dieser bereits vorhandenen Mittel ist unsere eigene, in nationaler Verantwortung liegende Zivilverteidigung. Sie umfaßt alle nichtmilitärischen Maßnahmen zum Schutz der Bundesrepublik und ihrer Bevölkerung und ist – wie ich schon bereits ansprach – ein fester Bestandteil der Gesamtverteidigung. Ihr sind vier Hauptaufgaben gestellt:

1. Der Zivilschutz, d. h. der Schutz von Leben und Gesundheit der Bevölkerung vor Kriegseinwirkungen. Zum Zivilschutz gehören u. a. der Selbstschutz der Bürger als ein wichtiges Element der Freiwilligkeit zur Gefahrenabwehr, die Warnung und Alarmierung der Bevölkerung bei Gefahr, und Hilfe durch zivile Einheiten unter Einsatz von Katastrophenschutzorganisationen mit Spezialgerät bei besonderen Gefahrenlagen. Hinzuzufügen wäre noch, daß die Einrichtung von zusätzlichen Krankenhäusern und die Sicherstellung der ärztlichen Versorgung der Bevölkerung und der Schutzbau von immenser Bedeutung auf dem Sektor Zivilschutz sind.

2. Die Versorgung des zivilen wie des militärischen Bereichs mit Gütern und Leistungen der Land- und Ernährungswirtschaft, der Wasser- und Energieversorgung, der gewerblichen Wirtschaft, des Verkehrs-, Post- und Fernmeldewesens. Auch die Weiteraufrechterhaltung des täglichen Ar-

beitslebens und die Fortführung der sozialen Sicherung gehören hierzu.

3. Eine weitere wichtige Aufgabe der zivilen Seite ist die Unterstützung der Streitkräfte zur Gewährleistung ihrer Operationsfreiheit und -fähigkeit auf unserem nationalen Territorium. Die Streitkräfte können ihren Verteidigungsauftrag nur dann erfüllen, wenn die erforderliche zivile Unterstützung reibungslos erfolgen kann. Daher stehen eine Reihe von Spezialmaßnahmen der zivilen Seite, wie Erfassung, Musterung und Bereitstellung von Material, in unmittelbarem Zusammenhang mit der Herstellung der militärischen Verteidigungsbereitschaft.

4. Und als letzte bedeutende Aufgabe die Aufrechterhaltung der Staats- und Regierungsgewalt als Voraussetzung für das Funktionieren aller bereits genannten Maßnahmen der zivilen, aber auch der militärischen Verteidigung. Hierzu ist eine Vielzahl von gesetzlichen Maßnahmen geschaffen worden, um den Verwaltungsorganen aller Gebietskörperschaften, wie Bund, Ländern und Gemeinden, die Handlungsfähigkeit zur Sicherung der inneren Ordnung, eine Weiterführung des Gesetzgebungsverfahrens und auch der Rechtsprechung zu ermöglichen. In diese Vielzahl sind auch die Sicherstellungsgesetze und das Bundesleistungsrecht einbezogen. Ein besonders aufgebauter Alarmplan, der bei allen Gebietskörperschaften geführt wird, enthält die notwendigen Maßnahmen, die zu bestimmten Zeiten gleichzeitig und gleichmäßig anlaufen müssen, um unser demokratisches Staatswesen auch in Kriegszeiten voll funktionsfähig zu halten.

Diese vier hier kurz angerissenen und auch nur knapp erläuterten Hauptaufgaben werden sich im Verteidigungsfall nicht zu jeder Zeit und an jedem Ort ohne Einschränkungen, ohne Beeinträchtigungen des täglichen Lebensablaufs erfüllen lassen.

Überlebenschancen erhöhen

Ich möchte hier aber unterstreichen, daß ausreichende Verteidigungsvorkehrungen und -maßnahmen die Überlebenschancen der Bürger unseres Landes im Konfliktfall beträchtlich erhöhen. Eine verantwortungsvolle, auf die Zukunft ausgerichtete und auf das Gemeinwohl bedachte Politik darf und kann diese Vorkehrungen deshalb nicht außer acht lassen.

Dabei weiß ich auch sehr wohl, daß ein Einsatz von Nuklearwaffen auf unserem Territorium praktisch jedes Leben vernichten würde. Ich bin aber auch hier mit vielen anderen Politikern der Meinung, daß das bislang gewährte strategische Gleichgewicht auf dem Gebiet der Atomwaffen einen derartigen Vernichtungskampf aus-

schließt, solange sicher ist, daß der Angreifer bei einem Gegenschlag selbst vernichtet werden kann. Dies setzt aber immer das Vorhandensein eines angemessenen Potentials zum Gegenschlag voraus.

Dagegen ist eine konventionelle Auseinandersetzung, die auf örtlich beschränkte Absichten ausgerichtet ist und die man mit dem Begriff „begrenzter Krieg“ umschreibt, nicht gänzlich auszuschließen. Auch für diesen Fall wird eine allumfassende, alles abdeckende zivile Verteidigung nicht erreichbar sein. So sind alle Maßnahmen der zivilen Verteidigung darauf ausgerichtet, im Konfliktfall außerhalb von unmittelbaren Schadensgebieten einen in etwa geordneten Lebensablauf sicherzustellen oder dort, wo er zum Erliegen kam, ihn wiederherzustellen. Hierbei hat sich die Zivilverteidigung auf ein breites Band möglicher Schutzmaßnahmen einzustellen, denn Ort, Zeit, Art und Ziel der Aggression werden in unserer konkreten Situation vom potentiellen Gegner bestimmt.

Flexible Konzeption

Jede Festschreibung unserer Abwehrplanungen auf eine bestimmte Art einer gewaltsamen Auseinandersetzung würde unweigerlich zu Fehlüberlegungen und somit zu Fehlinvestitionen führen. Daher muß die zivile Verteidigung – und hier besonders der Zivilschutz – in der Grundkonzeption äußerst flexibel sein, um den verschiedenen Formen der möglichen Kriegsbilder entgegenwirken zu können.

Maßnahmen, durch die Verluste der Zivilbevölkerung von vornherein gemindert oder gar verhindert werden können, stehen zweifelsfrei an erster Stelle der vorbeugenden Konzeptionierung. An dieser Stelle ein weiteres Beispiel. Zwei Möglichkeiten bieten sich unter Berücksichtigung der Erfahrung des letzten Krieges hier an:

1. Verlegung der Menschen aus den bedrohten Wohnorten in weniger gefährdete Gebiete.

2. Ausbau vorhandener und Errichtung neuer Schutzbauten zur wohnortgebundenen Unterbringung der Menschen.

Beide Möglichkeiten enthalten bei genauer Betrachtung eine Anzahl von Problemen. Gegen Bevölkerungsverlegungen spricht wohl am stärksten die Tatsache, daß es in der Bundesrepublik keine ungefährdeten Gebiete gibt. Eine schutzlose Verlegung zeigt zudem weitere Schwierigkeiten auf; zum einen die Versorgung unterwegs und zum anderen die Belastung der Verkehrswege. Der militärische Aufmarsch und die militärische Logistik könnten behindert werden oder zum Erliegen kommen.

Dagegen läßt sich ein Schutzzuwachs durch bauliche Maßnahmen erreichen. Seit 1950 hat die Bundesrepublik Deutschland insgesamt den Bau von 1874 000 Schutzplätzen unmittelbar gefördert. In einem Finanzsonderprogramm für die Jahre 1979 bis 1982 werden zu den bereits mit rund 40 Millionen DM pro Jahr veranschlagten Ausgaben noch rund 20 Millionen DM pro Jahr für den Schutzplatzbau hinzukommen. Jedoch lassen sich auch langfristig 60 Millionen Menschen nicht in Bunkern, Tiefgaragen und U-Bahn-Anlagen verbringen.

Selbstschutz ist die Basis

Ich habe dieses Beispiel angeführt, um aufzuzeigen, mit welchen enormen Schwierigkeiten bei allen Planungen, bei allen Überlegungen die in der Verantwortung stehenden Zivilverteidiger zu ringen haben und hoffe, damit das Problembewußtsein gefördert zu haben und hoffe auch, das Verständnis dafür wecken zu können, daß die Zivilverteidigung in allen Bereichen nicht ohne ein vertretbares Maß an Selbsthilfe aller Bewohner unseres Landes auskommen kann.

Auf eine einfache Formel gebracht heißt das: „Selbsthilfe ist der Weg zum Selbstschutz, und Selbstschutz ist die Basis des Zivilschutzes.“

Eine politische Aufgabe

Zum Schluß noch ein kurzes Wort zu den Zuständigkeiten. Im allgemeinen ist die Organisation der zivilen Verteidigung in den Verwaltungsaufbau von Bund, Ländern und Gemeinden eingegliedert. Nur in wenigen Teilbereichen hat der Bund einen eigenen mehrstufigen Aufbau, wie z. B. beim Verkehrs-, Post- und Fernmeldedienst, beim Warndienst und beim Bundesverband für den Selbstschutz.

In der Regel wird die Hauptlast der Planungen von den Innenministerien getragen.

Der Bundesminister des Innern und die Innenminister und Innensenatoren der Bundesländer koordinieren ihre Zielvorstellungen der zivilen Verteidigung und legen die Prioritäten fest, denn schon allein aus finanziellen Gründen ließen sich bislang und lassen sich auch zukünftig nicht alle Vorhaben gleichzeitig verwirklichen.

Aber über den Erfolg aller Anstrengungen entscheidet letztlich unser Wille und unsere innere Bereitschaft, unseren demokratischen Staat, unsere freiheitliche Lebensordnung gegen jeden äußeren Angriff auch unter Opfern und Entbehrungen zu verteidigen. Die Stärkung der inneren Widerstandskraft ist aber auch eine politische Aufgabe.

STELLENAUSSCHREIBUNG

Beim Bundesverband für den Selbstschutz, bundesunmittelbare Körperschaft des öffentlichen Rechts (Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern), ist ab 1. September 1980 eine Planstelle des gehobenen Dienstes bei der BVS-Bundeshauptstelle in Köln als

Sachbearbeiter für Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen, Bes.-Gr. A 13g BBesO

zu besetzen.

Gesucht wird ein Beamter, der die Laufbahnprüfung in der allgemeinen und inneren Verwaltung des Bundes abgelegt hat, selbständiges Arbeiten in verantwortungsvoller Position gewohnt ist und über entsprechende Erfahrungen verfügt.

Wir bieten ein angenehmes Betriebsklima sowie die Sozialleistungen des öffentlichen Dienstes.

Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen (Personalbogen, Lichtbild, handgeschriebener Lebenslauf, Ausbildungs- und Befähigungsnachweise) sind bis zum 20. Juni 1980 zu richten an den

Bundesverband für den Selbstschutz – Bundeshauptstelle – Eupener Straße 74 – 5000 Köln 41

Ein Personalbogen wird auf schriftliche Anforderung übersandt.

Ulrike von Gimborn / Fotos: Günter Sers
Große Katastrophenschutzübung in Köln:

„Sabotage“ hält Helfer in Atem

Zusammenspiel zwischen KSL und TEL erprobt – Rund 2700 Helfer bei Regen und Sturm im Einsatz

Viel Phantasie entwickelten Mitglieder der Kölner Feuerwehrschnule, als sie vor einem Jahr daran gingen, die bisher größte Katastrophenschutzübung in Köln zu planen, bei der die Zusammenarbeit zwischen der Katastrophenschutz-Leitung und der Technischen Einsatzleitung geübt werden sollte. Vor einem Jahr also, als von der Afghanistan-Krise und der Geiselnahme des amerikanischen Botschaftspersonals in Teheran und deren politischen Folgen noch keine Rede war – in einer Pressebesprechung ausdrücklich betont – wurde als Ausgangslage für die Übung folgendes angenommen: Durch besondere Ereignisse in den östlichen Nachbarstaaten erfolgt ein Abbruch der außenpolitischen Beziehungen zu diesen Ländern.

Sanktionen der westlichen Staaten werden angekündigt. Durch die immer häufiger vorkommenden Anschläge subversiver Kräfte in der Bundesrepublik wächst die Unruhe in der Bevölkerung. Die Feststellung des Spannungsfalls durch den Bundestag ist in den nächsten Tagen zu erwarten.

Die besondere Lage in Köln: Nach Terroranschlägen im Bereich des Regierungsbezirks Köln und der Androhung von Gewaltmaßnahmen anlässlich einer Lagebesprechung des Bundeskanzlers am 19. April in Köln wird die Bereitstellung von Einheiten und Einrichtungen des Katastrophenschutzes in der Stadt Köln, die Einrichtung von vier Technischen Einsatzleitungen und eines Hilfskrankenhauses ab 8.00 Uhr und die Arbeitsbereitschaft für die Katastrophenschutz-Leitung ab 9.00 Uhr durch Oberstadtdirektor Kurt Rossa angeordnet.

Sabotageakte

Laut „Drehbuch“ der Übung ist dies auch dringend erforderlich. Die Sabotageakte erfolgen Schlag auf Schlag: Im Westen Kölns wird ein Munitionsbunker in die Luft gejagt; in unmittelbarer Nähe zünden kurz darauf in einer Gasübernahmestation Sprengkörper; in einer Chemiefabrik kommt es zu weiteren Explosionen; im Süden der Stadt entgleist ein D-Zug; im Osten stürzt ein Flugzeug auf einen Campingplatz; in einem dichtbesiedelten Wohn- und Industriegebiet erfolgen mehrere Detonationen in einem Kabelwerk.

Soweit die vorgegebene Lage für die Übung. In der Praxis haben die rund 2700

Bei der bisher größten Katastrophenschutzübung in Köln wurde das Zusammenspiel zwischen Katastrophenschutz-Leitung und Technischer Einsatzleitung erprobt. Unser Bild zeigt die KSL in der Kölner Hauptfeuerwache.



Mobil untergebracht waren die Technischen Einsatzleitungen, die als Bindeglieder zwischen der KSL und den Einheiten am Einsatzort fungierten.



Da bei der Übung auch Obdachlose eingeplant waren, richtete man eine Stelle zur Auskunft über Personenschäden ein, in der auch die Obdachlosen registriert wurden.

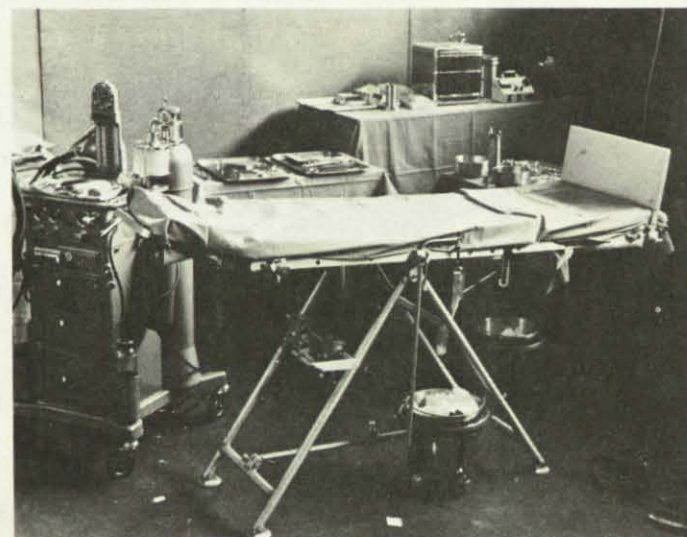




Aus einem D-Zug, in dem Feuer ausgebrochen war, mußten zahlreiche „Verletzte“ geborgen werden.



Vor dem Transport in das Hilfskrankenhaus wurden die „Verletzte“ am Unglücksort erstversorgt.



Ein Blick in den Operationssaal des Hilfskrankenhauses, das in zwei Hallen der Kölner Messe eingerichtet worden war.

Helfer (Köln verfügt insgesamt über rund 5600 Helfer) des Arbeiter-Samariter-Bundes, des Deutschen Roten Kreuzes, der Johanniter-Unfall-Hilfe, des Malteser-Hilfsdienstes, des Technischen Hilfswerks, der Freiwilligen und der Berufsfeuerwehr alle Hände voll zu tun, um einen einigermaßen reibungslosen Ablauf der Großübung zu gewährleisten. Deshalb wird auch schon zwei Tage zuvor das Hilfskrankenhaus in zwei Hallen der Kölner Messe aufgebaut, mit einer Kapazität von 200 Betten – es ist übrigens das einzige Hilfskrankenhaus, über das die Fast-Millionen-Stadt Köln verfügt. Zu allem Überfluß herrscht am Samstag, dem 19. April 1980, ein Wetter, bei dem man keinen Hund vor die Tür jagen würde; es gießt stundenlang in Strömen, bei fast winterlichen Temperaturen. Sturmböen peitschen übers Land; bei manchen Verletzten-Darstellern weiß man nicht mehr, ob sie wegen sehr realistischer „Schock-Bemalung“ oder wegen der Kälte so erbarmungswürdig aussehen.

Schornsteinsprengung

In die Übung eingeplant sind natürlich Tote, Verschüttete und Verletzte (insgesamt 260) und 100 obdachlos Gewordene – letztere sinnigerweise von Studenten dargestellt, wie ein Sprecher der Berufsfeuerwehr nicht ganz ohne Ironie bemerkt.

Ab 9.00 Uhr steht das Funk-Telefon bei der Katastrophenschutz-Leitung in der Kölner Feuerwehrzentrale nicht mehr still – für den Funkverkehr sind der Malteser-Hilfsdienst und Regieeinheiten der Stadt zuständig. Der erste Alarm kommt aus dem Kabelwerk, in dem mehrere Sprengsätze detoniert waren. Hier müssen zahlreiche Verletzte vom Malteser-Hilfsdienst geborgen, versorgt und zum Verbandplatz, von dort zum Hilfskrankenhaus transportiert werden. Die Berufsfeuerwehr übernimmt die Brandbekämpfung und Wasserförderung, das THW Bergungsarbeiten und die Sprengung eines durch die Explosion ramponierten Schornsteins. Die Esse fällt programmgemäß Schlag 12.00 Uhr mit einem lauten Knall – zum Gaudium der Beobachter, die das spannende Geschehen mit neugierigem Interesse verfolgen.

Zehn Minuten später entgleisen nach einer Explosion vier Waggons eines D-Zuges auf dem Gelände eines Kölner Güterbahnhofes. Die Waggons sind laut Drehbuch voll besetzt, rund 90 Menschen mit Schädelbasisbrüchen, Schocks, inneren Verletzungen usw. werden von Helfern des Deutschen Roten Kreuzes aus den Abteilen geborgen, erstversorgt und ins Hilfskrankenhaus transportiert. Das THW und die Berufsfeuerwehr werden auch hier zur Brandbekämpfung eingesetzt, das THW baut eine Rampe, um die Verletzten scho-

nender und schneller transportieren zu können. Es herrscht große Hektik, vor allem in den engen Gängen der Waggonen, in denen Tragen mit etwas voluminöseren Verletzten-Darstellern leicht zur Seite geneigt werden müssen, um die Verletzten überhaupt ins Freie bringen zu können. Dabei wird auch schon einmal vergessen, daß an den Tragen Gurte sind, mit Hilfe derer die Lage der Verletzten stabilisiert werden könnte.

Das schwierigste an diesem Einsatzabschnitt aber sei zunächst gewesen, von der Bundesbahn vier ausrangierte Waggonen zu bekommen, dazu seien Gespräche quer durch die Bundesrepublik notwendig gewesen, versicherte einer der Mitorganisatoren der Übung.

Menschen verschüttet

Wieder ein paar Minuten später fliegt ein Munitionsbunker in die Luft. Ein Waldbrand greift um sich, in einer Chemiefabrik werden Menschen durch Explosionen verschüttet. Um es den Helfern nicht zu leicht zu machen, bricht der Waldbrand in einer „wasserlosen“ Gegend aus. Das THW muß eine Schlauchbrücke über eine stark befahrene Straße bauen, über die die Schläuche gelegt werden können, die Wasserentnahmestelle – eine Kiesgrube – liegt etwa einen halben Kilometer von dem Unglücksort entfernt.

Wieder ist die Berufsfeuerwehr eingeteilt, um den Brand zu löschen, um die Wasserförderung kümmert sie sich zusammen mit dem THW. Hier kommt wegen der explodierten Munition auch der ABC-Zug der Regieeinheiten zum Einsatz. Bei der Chemiefabrik schließlich wird wieder das Bergen, die Brandbekämpfung, die Erstversorgung der Verletzten auf einem Verbandplatz und ihr Transport in das Hilfskrankenhaus geübt. Letztere Aufgaben teilen sich die Feuerwehr und der Arbeiter-Samariter-Bund.

Sorgfalt – auch bei Übungen

Schließlich werden im Osten der Stadt nach einem Flugzeugabsturz – eine ausgehende Militärmaschine wurde von der Bundeswehr zur Verfügung gestellt – etwa 60 Verletzte geborgen, erstversorgt und zum Hilfskrankenhaus befördert. Dort herrscht zwischenzeitlich Hochbetrieb. Pausenlos treffen die Verletzten von allen Einsatzorten ein, werden registriert, versorgt, behandelt, geröntgt, operiert und auf die Stationen gebracht. Registrierung und Versorgung teilen sich das Deutsche Rote Kreuz und die Johanniter-Unfall-Hilfe. Die Zusammenarbeit klappt nach Aussagen der Beteiligten verhältnismäßig gut. Und doch passieren hier wieder die üblichen Fehler,

Oberstadtdirektor Kurt Rossa (Mitte), als Hauptverwaltungsbeamter verantwortlich für den Katastrophenschutz, informierte sich über den Ablauf der Übung; hier in der Ambulanz des Hilfskrankenhauses.



Das Hilfskrankenhaus hat eine Kapazität von 200 Betten und kann innerhalb eines Tages – einschließlich aller medizinischen Einrichtungen – aufgebaut werden.



wie bei vielen Übungen dieser Art. Schock-Patienten werden liegengelassen, anstatt in Schock-Lage gebracht zu werden, Stöpsel von Infusionsflaschen nicht desinfiziert, bevor die Infusion angelegt wird, im OP liegt das Besteck zwar sauberlich geordnet, aber offen auf den Tischen, zwischendurch wird in den Krankenzimmern eine Entspannungs-Zigarette geraucht. Das sind Dinge, die sich leicht vermeiden lassen, eine Übung ist nicht zuletzt dafür da, daß diese Abläufe einfach stimmen, falls es wirklich einmal zum Ernstfall kommen sollte – obwohl dann bestimmt sorgfältiger gearbeitet wird.

Zu wenig Fahrzeuge

In einer Messehalle werden auch die Obdachlosen registriert, sie erhalten neue Unterkünfte zugewiesen. Um 13.00 Uhr ist die Übung offiziell beendet. Ob bis dahin sämtliche Verletzte ins Hilfskrankenhaus gebracht worden waren, ist fraglich, da – trotz der 350 Einsatzfahrzeuge aller Art – Fahrzeuge für den Abtransport der Verletzten fehlten.

In einer ersten Manöverkritik meint denn auch der für den Katastrophenschutz zuständige Beigeordnete Keil, es sei ja nur eine Übung gewesen, aus der man lernen müsse, der Gesamteindruck sei aber schon ziemlich positiv. Eines der Übungsziele, nämlich der reibungslose Kontakt zwischen Katastrophenschutz-Leitung und den Technischen Einsatzleitungen, sei nicht voll erreicht worden; ferner müßten die Fachdienste künftig besser zusammenarbeiten. Wann die nächste Übung dieser Größenordnung stattfinden wird, ist völlig offen – das ist schließlich eine Frage des Geldes. Diese Übung hat rund 40000 Mark gekostet.

Der Einsatz aller Beteiligten – nicht zuletzt in Anbetracht der Witterungsverhältnisse – ist nicht hoch genug einzuschätzen. Und auch nicht der Erfolgsanteil der warmen Erbsensuppe, die zentral auf dem Messengelände für 3000 Hungerige gekocht und rechtzeitig zu allen Einsatzpunkten geliefert werden mußte. Die weckte selbst die „Toten“ wieder auf.

Flüchtlingscamps in Thailand:

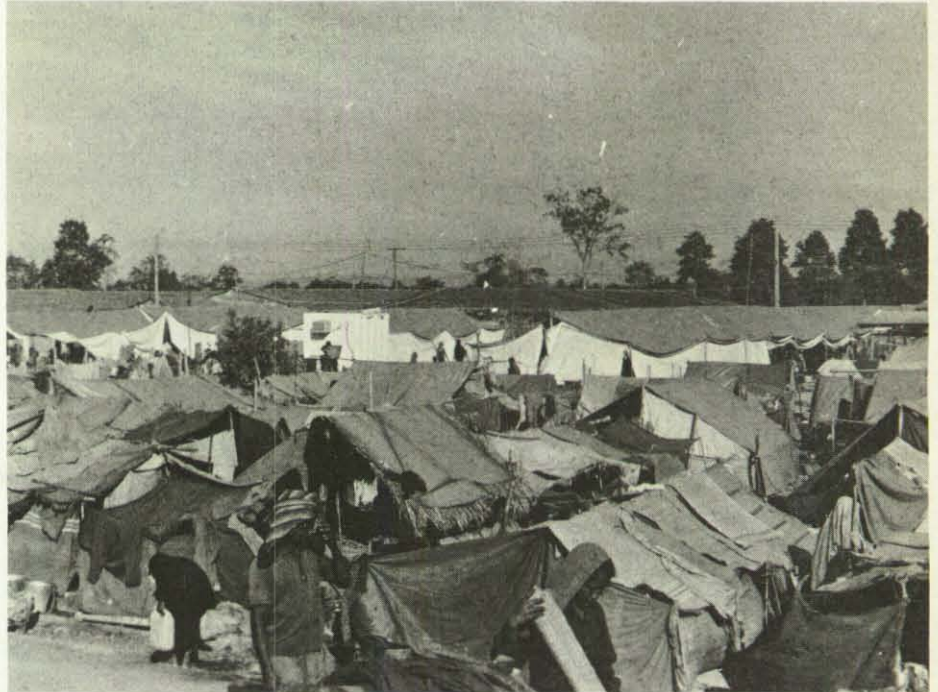
Hunger, Krankheit, Angst

Internationale Zusammenarbeit der Hilfsorganisationen –
Unvorstellbares Leid in den Auffanglagern

In der letzten Ausgabe des Zivilschutz-Magazins schilderte Erich St. Funck, der im Auftrag des Deutschen Roten Kreuzes einige Monate an der thailändischen Grenze mithalf, die Not der Flüchtlinge zu lindern, den Aufbau eines Gesundheitszentrums in Aranyaprathet. Damit war seine Mission aber noch nicht beendet. Vielmehr war Funck auch direkt an der Grenze in den provisorischen, eiligst errichteten Auffanglagern im Einsatz. Sein Bericht spiegelt persönliche Erschütterung wider:

Einige Kilometer südlich von Aranyaprathet versuchen einige thailändische Ärzte und Schwestern verzweifelt im Dschungel – nur rund einen Kilometer von der nicht genau bestimmbaren Grenze zu Kambodscha entfernt – Hilfe zu leisten, die eigentlich nur als symbolhaft bezeichnet werden kann. Sie tun ihr Bestes unter unerträglichen Umständen.

Pol Poths Truppen jagten über 40 000 Menschen über die Grenze nach Thailand, teilweise durch – von den Truppen gelegte – Minenfelder. Ihnen waren offensichtlich die Verhungerten selbst eine Last geworden, obwohl die Rekrutierung der Pol-Poth-Truppen aus diesem Kreis der Landbevölkerung erfolgte und jetzt auch noch geschieht, soweit die Bevölkerung kampffähig ist. Die Flüchtlinge glauben, dem Elend glücklich entronnen zu sein. Doch die Ereignisse seit 1975, die ständige Flucht vor den Soldaten, der Hunger, der Verlust der Familienangehörigen und die Einbuße der Hauptnahrungsmittel-Quelle, der Reisfelder, haben sich tief in ihr Innerstes gegraben. Sie werden wohl nie mehr vergessen können, und viele werden nicht überleben.



Im Camp Sakeo, etwa 60 Kilometer von der thailändisch-kambodschanischen Grenze entfernt, leben fast 40 000 Flüchtlinge – zum Teil unter unvorstellbaren Umständen.

Die Auffanglager in unmittelbarer Nähe der Grenze sind zum Landesinneren Thailands durch Stacheldraht abgesichert.

Ressentiments

Die jetzt an der Grenze lebenden Flüchtlinge, die im Busch unter Plastikplanen lagern, haben sich oftmals durch ganz Kambodscha geschlagen, um Thailand, das Land ihrer Träume, das Land, in dem es genug zu essen gibt, zu erreichen. Sie wollen aber nicht hierbleiben, sie wollen zurück in ihre angestammte Heimat. Nur nicht unter dem Regime von Pol Poth, nicht unter dem der Vietnamesen mit der von ihnen eingesetzten Regierung – sie möch-

ten in ein freies Kambodscha. Können ihre Erwartungen erfüllt werden? Sie sind in Thailand und von den Thais nicht besonders geliebt. Etwa 450 Jahre kriegerische Auseinandersetzungen haben auf beiden Seiten Ressentiments hinterlassen. Die Versorgung mit Medikamenten und Verpflegung ist in den ersten Tagen gleich Null. Die thailändische Regierung hofft, daß diese Menschen vielleicht wieder in ihr Land zurückkehren. Das Rote Kreuz von Thailand aber kennt keine Vorbehalte und hilft im Rahmen des Möglichen. Langsam setzt die Versorgung mit Verpflegung, Medikamenten und Wasser ein. Die Weltöffentlichkeit ist noch zu wenig wacherüttelt,

kennt noch zu wenig die furchtbare Tragödie dieses Volkes der Khmer.

Stacheldrahtverhau

Sofort zieht das thailändische Militär einen Stacheldrahtverhau um das Grenzlager, setzt ein großes Truppenkontingent im Halbkreis um das Camp ein, damit Flüchtlinge keine Möglichkeit haben, in das Landesinnere auszubrechen. Der Weg nach Kambodscha dagegen bleibt offen. UN-Generalsekretär Waldheim bezeichnete die Situation in diesem Gebiet als „eine der größten Tragödien unserer Zeit“. Die Menschen, die hier lagern, sind ausgemer-

gelt, zum Teil bis zum Skelett abgemagert, Verzweiflung steht in ihren Augen. Malaria-Fieber schüttelt rund 60% der Flüchtlinge, Typhus, Cholera grassieren, ganz abgesehen von anderen Krankheiten und Verwundungen. Fast täglich schlagen Granaten in diese Lagerstätte ein und fordern Opfer. Auch die thailändische Armee und die Bevölkerung der grenznahen Dörfer, die man zu räumen beginnt, sind davon betroffen, so daß man von Flüchtlingen im eigenen Lande sprechen kann.

Was kann man tun, und was ist zu tun, um diesen Menschen wenigstens die allernotwendigsten Hilfen zu geben? Es dürfte wohl eine der vordringlichsten Aufgaben der westlichen Welt sein, mitzuhelfen, die Not zu lindern.

Trauriger Alltag

Soun, ein kleines Mädchen von drei bis vier Jahren, liegt fast verhungert auf dem nackten Boden und ist kaum eines Ausdrucks fähig. Die Mutter daneben schaut nur ins Leere und ist so kraftlos, daß sie sich nicht einmal mehr um das eigene Kind kümmern kann. Ein paar Meter weiter bekommt eine Frau eine Infusion. Doch keiner hat bemerkt, daß es zu spät ist. Die Frau ist tot, nur der Tropf läuft weiter. Es kann nicht operiert werden, da die Voraussetzungen nicht gegeben sind. Die Menschen sterben im Dschungel, an der Grenze in Thailand, dem Land, von dem sie sich eine Verbesserung ihrer schrecklichen Lebensumstände erhofften. Zweimal am Tage wird das Gelände nach Leichen abgesucht, die leblosen Körper eingesammelt und zum Verbrennungsplatz gebracht. Trauriger Alltag!

Angehörige des thailändischen Roten Kreuzes opfern sich auf, können aber die Probleme nicht allein bewältigen. Die Flüchtlingswelle wird immer größer. Es entstehen weitere Lager an der Grenze. Die Zahl der Flüchtlinge geht in die Hunderttausende. Die Situation ist fast überall die gleiche: Hunger, Krankheit, Angst. Viel zu spät wurden die Bürger der freien Welt auf die unmenschlichen Zustände im Grenzgebiet aufmerksam. Erst als Korrespondenten und Fernseh-Teams nichts beschönigend aus dem Grenzgebiet berichteten, lief weltweit – auch von privaten Spendern – die Hilfsaktion für die Flüchtlinge an. Plötzlich standen Gelder und Sachspenden in fast schwindelerregender Höhe zur Verfügung. Die Hilfsorganisationen, von Amerika angefangen, über Finnland, Israel und vielen anderen Staaten, stellten ihre Einrichtungen und Helfer zur Verfügung. Aber es reicht immer noch nicht.

Internationaler Druck setzte auf die thailändische Regierung ein, um diese zu veranlassen, alles Menschenmögliche zu tun, ausländischen Organisationen den nötigen



Links: Ärzte und Helfer des DRK betreuen viele tausend Flüchtlinge, zahlreiche Menschen sind krank und unterernährt. – Rechts: Große Augen blicken in eine ungewisse Zukunft.



Links: Hoffnung kann es nur geben, wenn die Hilfe für die kambodschanischen Flüchtlinge fortgesetzt wird. – Rechts: Trotz der widrigen Umstände können manche der Heimatlosen schon wieder lächeln.

Spielraum zu geben, die Qualen der Flüchtlinge zu lindern und eine Übergangslösung zu finden, deren Ende selbstverständlich unter den augenblicklich gegebenen Aspekten nicht abzusehen ist.

Gesundheitszentrum

Als eine der ersten Organisationen half das Deutsche Rote Kreuz, als es das Gesundheitszentrum in der thailändischen Grenzstadt Aranyaprathet errichtete, mit Ärzteteams und Helfern in die Lager ging und das Nötigste jeglicher Art, von Medikamenten bis zu Moskitonetzen, Insektenvertilgungsmitteln, Notarztwagen, Zelten, Notstromaggregaten, Geländewagen usw. lieferte. Die Mittel wurden in kurzer Zeit durch Spenden der deutschen Bevölkerung, Bundes- und Eigenmittel aufgebracht.

Gleichzeitig wurde ein Teil der Flüchtlinge von der Grenze in das Landesinnere verlegt. Es galt in erster Linie, sie medizinisch zu versorgen und ausreichend zu verpflegen. Etwa 60 Kilometer von der Grenze entfernt ebnete man in kurzer Zeit mit

Bulldozern ein Gelände ein, umgab es mit starken Stacheldrahtverhauen und bereitete die Aufnahme der Flüchtlinge vor. Mit Bussen und Lkw brachte man dann in einigen Tagen etwa 37000 Flüchtlinge aus der Gefahrenzone an der Grenze in dieses „holding center“, mit Namen Sakeo. Dieser Name ist inzwischen in der ganzen Welt bekannt geworden. Hier hoffen die Überlebenden dieses nicht endenwollenden Krieges. Sie kamen halb verhungert und krank in Sakeo an, waren kaum in der Lage, selbständig zu gehen oder sich zu waschen. In den ersten Tagen starben etwa 40 Flüchtlinge, doch dank des Einsatzes der internationalen Hilfsorganisationen, in Verbindung mit den thailändischen Behörden, konnte die Todesrate in kurzer Zeit erheblich gesenkt werden.

Aber immer noch sind die Verhältnisse unvorstellbar. Die Menschen leben auf engstem Raum zusammengedrängt, ihr Dach über dem Kopf ist eine kleine Plastikplane, an vier Bambusstäben befestigt. Das Wasser wird mit Tankwagen herangefahren. Inzwischen beginnt man Brunnen zu

bohren. Der Münchener Tropenarzt Dr. Hans Nothdurft vom DRK ist für die medizinische Zusammenarbeit in diesem Lager verantwortlich. Er hat eine vorbildliche Krankenstation aufgebaut und kümmert sich mit seinen Kollegen von den anderen Hilfsorganisationen um die Notleidenden.

Inzwischen wurde auch der Malteser-Hilfsdienst mit medizinischen Teams und Not-hospitälern, letztere in anderen Lagern, tätig. Es gibt für die Helfer keine Sonn- und Feiertage; der Einsatz läuft rund um die Uhr. In der Krankenstation von Sakeo sind jetzt 30 Ärzte, 70 Krankenschwestern, 25 Dolmetscher und 150 Helfer tätig.

2300 Kalorien täglich

Die Versorgung der Flüchtlinge ist unter den gegebenen Umständen gesichert. Sie werden mit einer Diät, die 2300 Kalorien hat, täglich versorgt, der allgemeine Gesundheitszustand bessert sich von Tag zu Tag. Dank der vielen Spenden konnten Kindergärten und Spielplätze eingerichtet werden. Die deutsche Botschaft in Bangkok kaufte ausreichend Spielzeug. Inzwischen steigen Drachen in den Himmel, und manches Kind lächelt schon wieder. Die Eltern können dies noch nicht, zu sehr sind sie von der Vergangenheit geprägt, wissen nicht, was die Zukunft bringt, welche Leiden ihnen eventuell noch bevorstehen.

Die Menschen leben auch in der Angst vor kambodschanischen Infiltranten, die sich in das Lager eingeschlichen und die Flüchtlinge voll unter Kontrolle haben. Trotz Bewachung durch das Thai-Militär ist es nicht zu verhindern, daß jede Nacht einige dieser Leute (nachdem sie durchgefüttert worden sind) verschwinden und sich neue einschleusen. Das geschieht in einem bestimmten Rhythmus, und es ist anzunehmen, daß sie dann wieder in den Dschungel gehen, um den Krieg gegen die Vietnamesen und ihr Marionettenregime Heng Samrin weiterzuführen. „Waffen im Kampf gegen Vietnam“ nennen die Khmer-Führer denn auch die Pillen, die ihnen zur Malaria-Prophylaxe ausgehändigt werden. Die Angst besteht weiter. Wann wird sich das ändern?

„Task Force“

Es gibt große Probleme auch für die Helfer und die Organisationen. Um eine gute Zusammenarbeit der Hilfsorganisationen zu gewährleisten, hat das Internationale Komitee vom Roten Kreuz in Genf (IKRK) in Abstimmung mit dem thailändischen Roten Kreuz eine „Task Force“ gebildet. In Bangkok und im Grenzgebiet gibt es kleine Stäbe dieser „Task Force“, die die Mittel an die einzelnen Brennpunkte verteilen und gleichzeitig überwachen, daß nichts in falsche Kanäle fließt. Es dürfte als garantiert

Camp Sakeo: die Kinder-Krankenstation.



Nicht nur Malaria, Typhus und Cholera, auch Unterernährung und Verletzungen durch Waffen müssen bekämpft und behandelt werden.



Das kostbare Wasser wird mit Tankwagen in die Lager transportiert; mit Eimern stehen die Menschen Schlange, um sich zu versorgen.



angesehen werden, daß alle Spenden dahin gelangen, wo sie hinkommen sollen.

In der letzten Zeit wurde vom DRK ein Feldlazarett mit 210 Betten und kompletter Chirurgie auf dem Luftweg in das Krisengebiet gebracht. Es wurde in einem Camp mit rund 10000 Flüchtlingen der „Khmer Serrai“ – der Freien Khmer – errichtet, etwa zehn Kilometer von der Grenze zu Kambodscha entfernt. Es steht unter der Leitung von Dr. v. Rheinbaben vom DRK. Das Ärzteteam hatte in der ersten Woche schon 50 Operationen durchzuführen, in der Hauptsache Verwundungen durch Granatsplitter, Minen und Gewehrschüsse.

Die erste Entbindung wurde zum Anlaß einer kleinen Feier genommen.

In diesem Bericht soll aber auch nicht vergessen werden, wie hart die Helfer des Malteser-Hilfsdienstes, der Johanniter-Unfall-Hilfe und des Deutschen Roten Kreuzes im Grenzgebiet von Thailand und Laos im Rahmen der Familienzusammenführung gearbeitet haben. Es befinden sich auf beiden Seiten der Grenze mehrere hunderttausend Flüchtlinge der Roten und der Freien Khmer. Es sollte unser aller Anliegen sein, diesen Menschen zu helfen, um ihnen eine Überlebenschance zu geben.

Dr. Winfried Krahl und Dr. Peter Striegel, Institut für Landespflege, Freiburg
THW-Helfer erwecken Flößerei nochmals zum Leben

„Eine harte, gefährliche Knochenarbeit“

800 freiwillige Arbeitsstunden für einen Kulturfilm

Ein seltenes, wenn nicht sogar einmaliges Schauspiel erlebten kürzlich Wanderer, Urlauber und Schaulustige im kleinen Enztal bei Calmbach (Nordschwarzwald): Junge Männer liefen geschäftig in alten Flößberachten herum, und auf dem gestauten Wasser einer wiederhergestellten „Floßstube“ schwamm ein schmales, langes Floß, aus Schwarzwaldtannen zusammengebunden, nach alten Plänen gebaut. Und hätten die Kameraleute und die blauen Wagen des Technischen Hilfswerks nicht danebengestanden, so hätte man sich beim Anblick dieser Szene zurückversetzt geglaubt in die Zeit des Anfangs dieses Jahrhunderts.

Romantik verschwunden

Vor ca. 80 Jahren war das letzte Floß auf diesen Schwarzwaldbächen heruntergeschwommen, und heute erinnert noch Wilhelm Hauff's Märchen „Das kalte Herz“ an die harte Arbeit, welche die Flößer zu verrichten hatten. Inzwischen ist dieses Handwerk ausgestorben; der Lkw und die Eisenbahn haben den Holztransport übernommen. Von der Romantik des Flößerberufs ist fast nur noch die Erinnerung geblieben, und lediglich in Museen, in rekonstruierten Floßweihern im Enztal, in Straßennamen, Bildstöcken und Wandbildern hat die Flößerei auch heute noch lesbare Präsenz. Lebende Zeugen jener Zeit sind selten geworden, nur noch die ältesten Bewohner der Schwarzwaldtäler wissen davon. Ihre Erinnerungen wurden nun in einem Kulturfilm über die Flößerei im Nordschwarzwald festgehalten, den die Forstdirektion Karlsruhe an den Urplätzen drehte, um dieses ehemals bedeutende Handwerk als ein Stück forstgeschichtlicher Vergangenheit für die Nachwelt auf Zelluloid zu bannen.

Hauptabnehmer war Holland

Über fünf Jahrhunderte bestand die Flößerei im Nordschwarzwald, die Flößerzünfte spielten in den Orten eine bedeutende Rolle. Zu einem starken Wirtschaftszweig wurde das Gewerbe allerdings erst im 18. Jahrhundert.

Die rasante Aufwärtsentwicklung leitete Herzog Carl Eugen von Württemberg ein, denn er brauchte viel Geld für seine zahl-



Zu den Floßbau-Vorarbeiten gehörte auch das Drehen von sogenannten Wieden. Mit Wieden werden später die nebeneinanderliegenden Baumstämme zusammengebunden.



Auch die Arbeit mit den Leinen kam nicht zu kurz. Hier konnten die THW-Helfer ihre eigenen Erfahrungen und Kenntnisse einbringen.



Um den Film wirklichkeitsnah werden zu lassen, mußten die „THW-Flößer“ die Arbeitskleidung ihrer Vorfahren tragen; auch wenn der Bauch einmal zu rund war.

reichen Schloßbauten und die aufwendige Hofhaltung. Daher ordnete er eine großangelegte Holzkampagne im nördlichen Schwarzwald an. Holzhandelsgesellschaften schossen wie Pilze aus dem Boden. Die bedeutendsten Flößer-Zentren waren im Murgtal, im Enztal und im Nagoldtal.

Hauptabnehmer während dieser fast zwei Jahrhunderte währenden Blütezeit des Holzhandels waren die Holländer. Sie verwendeten die berühmten Riesentannen und -fichten aus dem Schwarzwald vor allem im Schiffs- und Städtebau. Nur die Flößer konnten die begehrte Ware an Ort und Stelle schaffen. Denn die einzigen Transportwege im unwegsamen Schwarzwald waren seine Flüsse und Bäche.

Rekonstruktion für Kulturfilm

Leben kam damals in die ruhigen Schwarzwaldtäler, wenn die Zeit des Hochwassers eintraf. Denn dann wurden an den speziell hergerichteten Wasserstufen durch die Flößer die „G'störe“ eingebunden. In einer solchen rekonstruierten Wasserstufe entstand jetzt das „Filmfloß“.

Die am Ufer gepolterten Stämme werden von den „THW-Flößern“ mit langen Hebeln herumgewuchtet, dann einzeln ins Wasser gelassen, wo sie von kräftigen Männern – welche die Arbeitskleidung ihrer Vorfahren tragen – empfangen werden. Selbst ihre ledernen, hüftlangen Flößerstiefel, mit denen sie bis zu den Knien im Wasser stehen, sind echt und dabei noch zuverlässig wasserdicht. So im Wasser stehend, bohren sie dann mit einem Holzbohrer an den Stammenden Löcher vor, in die anschließend die mächtigen Floßschrauben gedreht werden. Sitzen die massigen Floßschrauben fest, kommt der nächste Schritt: Die Stämme müssen zum Floß gebunden werden. Acht bis zwölf nebeneinanderliegende Stämme bilden das „G'stör“, ein Teilstück des Floßes. Zusammengehalten wird die Tonnenlast ausschließlich durch speziell behandelte dünne Fichten- und Tannenstämmchen und Äste. Diese äußerst starken und zähen „Holztrossen“ heißen Wieden, ein alter Name für Weiden. Denn ursprünglich verwendeten die Flößer tatsächlich Weiden als Bindematerial. Da es jedoch im Schwarzwald nicht genug davon gab, mußte man sich bald nach einem gleichwertigen Ersatz umsehen.

Die Herstellung der Wieden ist – wie eigentlich alles im Flößerhandwerk – ein hartes Geschäft. In einem alten Backhaus werden die Stämmchen stark erhitzt. Die Gewebestrukturen, die sonst dem Baum seine Festigkeit geben, werden biegsam. Jetzt wird das dampfende Stämmchen am Wiedenpflock festgemacht und in Spiralen um eine Stange gedreht. Faserstränge bilden sich. Unter dem hohen Druck verwand-



Obwohl es den Männern vom THW an der nötigen Flößere Erfahrung fehlte, kam der größte Teil des Floßes in Calmbach an. Einige Helfer mußten aber ein unfreiwilliges Bad in der Enz nehmen.

delt sich die kleine Fichte in eine Trosse aus Holz – in eine Wiede. Wichtig ist, daß die Faserstränge beim Drehen und Aufwickeln der Wiede nirgends angerissen werden, denn sonst hat sie eine gefährliche Bruchstelle. Ist sie vorschriftsmäßig gedreht, hält eine Wiede selbst härtesten Belastungen stand. Dies ist auch nötig, wenn man bedenkt, welche ungeheuren Zugkräfte bei der Talfahrt eines viele Tonnen schweren Wildbachfloßes auftreten.

Wirklichkeitsnahe bis ins Detail

All das wurde auch im Film nachempfunden und zu neuem Leben erweckt. Und wie einst bewegten sich die handwerklich geschickten Männer vom Technischen Hilfswerk Horb und Pforzheim beim Zusammenbau des Floßes, der in allen Einzelheiten im Film festgehalten wurde. Alles wirkte echt und gekonnt.

Doch bevor diese Szenen gedreht werden konnten, war viel Kleinarbeit notwendig. Literatur mußte studiert, alte Baupläne ausgegraben und rekonstruiert werden. Wochenlang wurden alte Originalwerkzeuge, Geräte und Kleidungsstücke gesammelt sowie Arbeitsabläufe erhoben und geprobt. Bis in die Einzelheiten hinein sollte alles stimmen, selbst die Herstellung einiger Holzschrauben konnte in einer alten Schmiede gefilmt werden. Es war ein Glücksfall, heutzutage noch einen Schmied zu finden, der diese knifflige Handarbeit noch beherrscht. Schließlich wurden die letzten Stücke vor rund 70 Jahren geschmiedet! Im Film erledigte der Schmied die ungewohnte Aufgabe mit einer Selbstverständlichkeit, als mache er

so etwas alle Tage. Selbst das Gewinde wurde originalgetreu allein mit Meißel und Hammer gezogen.

Gefährliche Knochenarbeit

Wie beim Abschied von der Flößerei Anfang dieses Jahrhunderts versammelten sich zahlreiche Zuschauer und Reporter in Horb und im kleinen Enztal, um dem Ereignis einer Floßfahrt letztmals zusehen zu können. Auf dem Wasserschwall schwimmend, schoß das mit zehn Personen besetzte Floß durch die in jüngster Zeit restaurierte Wehranlage. Die kräftigsten und erfahrensten Männer standen vorn bei den Leitplanken, um den sogenannten Vorspitz (das erste G'stör) zu lenken. Zwar mangelte es hierbei den Amateuren und Darstellern vom Technischen Hilfswerk noch an der zünftigen Flößere Erfahrung, doch wußten sie immerhin im Wildwasser der „geschwallten“ Enz ihr erstes G'stör wie den Lenkschlitten beim Bobfahren zur Lenkung des Floßes zu handhaben und so geschickt zu steuern, daß zumindest der größte Teil des Floßes bei Calmbach heil ankam, wenn auch einige Flößer vorher ein unfreiwilliges Bad in den Fluten nahmen. Dabei ist es eine Kunst, das Floß im engen Bachbett immer ganz vorn auf der Flutwelle zu halten.

Die historische Fahrt aber klappte wider Erwarten gut. Wie zu alten Zeiten schwamm das Floß dahin. Als „Bremsen“ dienten über das Floß verteilte Sperrpfähle. Diese dürfen jedoch nur auf Befehl des Oberflößers eingesetzt werden. Erst auf seinen Ruf drücken sie die unter dem Floß schleifenden Pfähle auf den Grund. Jeder

Flößer hofft jedoch, daß dieses Manöver nicht notwendig wird. Denn dabei kann es vorkommen, daß man von der Flutwelle überholt wird und das tonnenschwere Ding plötzlich auf dem Trocknen sitzt. Und während die ersten Flußkilometer noch relativ ruhig verliefen, ergaben sich am Enzknie Schwierigkeiten und Turbulenzen, die zu meistern es große Anstrengungen brauchte. Nur mit Glück und Geschick wurde auch das Ziel erreicht. „Eine harte, gefährliche Knochenarbeit“, war einer der ersten Kommentare der „modernen“ Flößer. Somit war es wahrscheinlich das letzte Mal, daß ein Floß im Schwarzwald richtig fuhr!

Riesenflöße auf dem Rhein

Mit der Größe der Wasserläufe wuchs auch die der Flöße. Reiseziele der Wildbachflößer waren die kleinen und großen Holzumschlagplätze. Dort wurden die Flöße verkauft oder zu größeren vereinigt. Entsprechend war „unser“ Floß auf dem Neckar, das in Horb vom Technischen Hilfswerk zusammengesetzt wurde, um einiges stattlicher. Dennoch hatte es bescheidenere Dimensionen als viele seiner Vorgänger auf dem Neckar.

Die weitaus größten Exemplare aber schwammen auf dem Rhein. Unterhalb des gefürchteten Binger Lochs, bei Andernach, wurden diese Kapitalflöße für Holland gebunden. Sie waren bis zu 400 Meter lang und 80 Meter breit – die Stämme lagen bis zu fünf Meter hoch übereinander. Nach heutiger Rechnung war jedes dieser Ungetüme viele Millionen DM wert. Die Zehntausende von Tonnen schweren Rheinflöße waren außerdem noch mit gewaltiger „Oblast“ beladen, mit Schnittholz, Rundholz, Kisten und den vielfältigsten Handelsgütern. Auch Schmuggelware war meist an Bord: Salz, Wagenschmiere, Holzschuhe, Nägel und vieles andere. Der Schmuggel blühte, obwohl es bis Holland zahlreiche Zollstationen zu überwinden galt.

In Holland angekommen, wurden die Flöße abgebaut und in Losen versteigert. Für ihre harte, entbehrungsreiche Arbeit, die sie oft monatelang von zu Hause fernhielt, wurden die Flößer sehr gut bezahlt. Sie waren stolze, angesehene und auch verhältnismäßig wohlhabende Leute im armen Schwarzwald. Kein Wunder, daß das Handwerk über viele Generationen „in der Familie“ blieb. Anfang des 20. Jahrhunderts kam das Ende. Nach 500 Jahren waren die Flößer entbehrlich geworden. Es gab jetzt bessere Möglichkeiten, die schwere Ware aus dem Schwarzwald zu den Verkaufs- und Umschlagplätzen zu transportieren. Mit dem Aussterben des Flößerhandwerks verschwand aber auch eines der markantesten und traditionsreichsten Gewerbe des Schwarzwaldes.



Wie zu alten Zeiten schwamm das nachgebaute Floß dahin. Unser Bild vermittelt einen guten Eindruck von der Länge des Gefährtes.



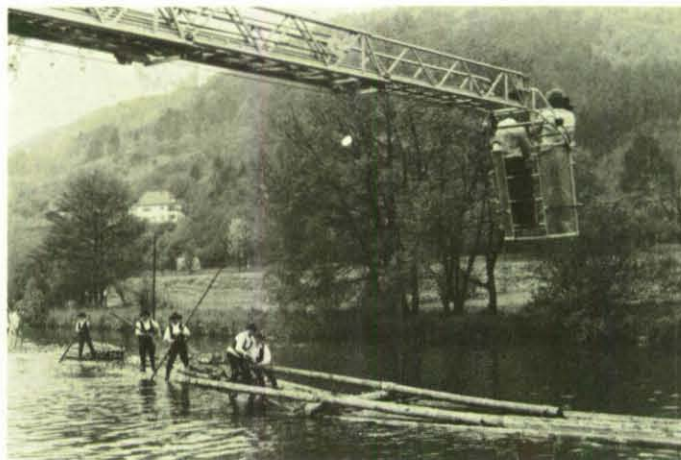
Es war wohl das letzte Mal, daß ein Floß im Schwarzwald „richtig“ fuhr. Zahlreiche Zuschauer hatten sich im Enztal dazu eingefunden.

Reibungslose Zusammenarbeit

In dem von der Forstdirektion Karlsruhe mit Unterstützung des Technischen Hilfswerks Horb und Pforzheim gedrehten Film wurde die Flößerei im Nordschwarzwald nochmals zu neuem Leben erweckt. Doch bevor gedreht werden konnte, war viel Arbeit notwendig. Allein für die benötigten zwei imposanten Flöße, nach historischen Vorbildern gebaut, mußte das Technische Hilfswerk über 800 freiwillige Arbeitsstunden aufwenden, um die ca. 300 Festmeter Holz zusammenzubinden. So romantisch

es im Film auch aussieht, wie die Männer vom THW in alten Trachten in „Schußfahrt“ durch ein enges Wehr floßen, so muß man nachträglich die reibungslose Zusammenarbeit zwischen der Forstverwaltung, welche die organisatorische und wissenschaftliche Leitung übernommen hat, dem Technischen Hilfswerk, das die technischen Arbeiten bewältigte und die Flößer stellte, sowie den Gemeinden anerkennen. Denn nur durch die Mitarbeit der THW-Helfer konnte der Film gedreht werden. Alle Beteiligten haben sich darum bemüht, den Film zu dem werden zu lassen, was angestrebt war: einen wirklichkeitsnahen Abriss von einem Beruf zu geben, der mit dem Nordschwarzwald eng verknüpft ist.

Der Film ist nun fertig. Er kann in einer ca. zwanzigminütigen Fassung beim Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Umwelt in Stuttgart (Abt. Landesforstverwaltung) bestellt bzw. auch ausgeliehen werden. In einer zehnminütigen Kurzfilmfassung wird er ab Mitte Mai dieses Jahres in vielen deutschen Kinos zu sehen sein.



Von einer Feuerwehr-Drehleiter aus filmte das Kamerateam die Fahrt des Wasserfahrzeuges. Das historische Ereignis ist jetzt in einem zwanzigminütigen Film miterleben.

Partnerschaftliche Zusammenarbeit der Hilfsorganisationen

„Harte Nüsse“ für Fußgänger

Ein Sicherheitswettbewerb in Rheda-Wiedenbrück gab allen Bürgern Gelegenheit, ihr Können zu testen

Rheda-Wiedenbrück, 38500 Einwohner, 1970 aus mehreren westfälischen Gemeinden neu gebildet, stand in der letzten Aprilwoche ganz im Zeichen des Selbstschutzes. In der „Selbstschutzwoche“ hatte die zuständige BVS-Dienststelle Münster neben zwei festen Ausstellungen („Schutz und Wehr“ und „Der Mensch im Mittelpunkt“) täglich an einem anderen Standort Straßenaktionen mit Filmwagen und Informationsständen durchgeführt.

Überall in den Schaufenstern der Geschäfte der Stadt warben die Plakate des BVS für diese wechselnden Veranstaltungen. Unübersehbar im Stadtbild waren auch die orangefarbenen Transparente des BVS.

Höhepunkt und Abschluß dieser erfolgreichen „Selbstschutzwoche“ stellte jedoch ein Sicherheitswettbewerb für Fußgänger in der Innenstadt des Stadtteils Rheda am Samstag, dem 26. April 1980, dar.

Schon häufiger wurden vom Bundesverband für den Selbstschutz Wettbewerbe für Auto-, Motorrad- und Fahrradfahrer durchgeführt. Da aber immer nur bestimmte Personengruppen angesprochen worden waren, hatte die BVS-Dienststelle Münster dieses Mal bewußt einen Wettbewerb für Fußgänger angeboten. Denn schließlich ist jeder Bürger zunächst Fußgänger, auch wenn er ab und zu ein Verkehrsmittel benutzt.

Darüber hinaus bot ein Sicherheitswettbewerb „per pedes“ die Möglichkeit, die zehn Anlaufstationen auf engstem Raum einzurichten, im Gegensatz zu den sogenannten „Rallyes“, bei denen naturgemäß die einzelnen Stationen weiter entfernt voneinander liegen. Lautsprecher, Megaphone und Musik-Kapellen ließen sich hier auf überschaubarem Raum für eine konzentrierte Information einsetzen.

Durch die Unterstützung der Stadtverwaltung war es möglich, diesen Wettbewerb direkt in der Fußgängerzone im Ortszentrum durchzuführen. Es war eigens eine Haupt- und Geschäftsstraße während des ganzen Tages für den gesamten Durchgangsverkehr gesperrt.

In dieser Straße, die alle Kauflustigen oder „Samstags-Bummler“ auf ihrem Wege zur Fußgängerzone passieren mußten, waren die zehn Stationen, eine unmittelbar neben der anderen, aufgebaut. Die einzelnen Sta-

tionen wurden von den beteiligten Hilfsorganisationen (Feuerwehr, Deutsches Rotes Kreuz, Malteser-Hilfsdienst, Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft) selbst gestaltet. Die Organisationen waren vorher von der Stadt zu einem Informationsgespräch über die „Selbstschutzwoche“ eingeladen worden, zur Abstimmung des gemeinsamen Programms.

Eine Woche lang stand Rheda-Wiedenbrück im Zeichen des Selbstschutzes. Die große Abschlußveranstaltung – ein Sicherheitswettbewerb für Fußgänger – war der Höhepunkt.

Im einzelnen sollten folgende Aufgaben erfüllt werden:

1. Ausfüllen eines Fragebogens über die Hilfsorganisationen und Verbände in der Stadt Rheda-Wiedenbrück (BVS)
2. Bergen eines Verletzten aus einem Kraftfahrzeug (DRK)



Viele Jugendliche waren bereit, sich einer Prüfung ihrer Kenntnisse in der praktischen Hilfe zu unterziehen. Zuerst mußte ein Fragebogen über die Hilfsorganisationen in der Stadt ausgefüllt werden.





Viele Teilnehmer hatten auch Probleme, einen Bewußtlosen richtig zu lagern. Das DRK bewertete die Leistung und informierte über die korrekte Seitenlagerung.



Die DLRG hatte ihre „Anne“ mitgebracht, um die Kenntnisse in der Durchführung von Sofortmaßnahmen bei Atemstillstand zu testen.



Das Bergen eines Unfallverletzten aus einem Pkw stellte die erste Schwierigkeit dar. Nicht jeder kannte den „Rautek-Griff“, um den Verletzten aus dem Fahrzeug zu ziehen.



BVS-Angehörige überwachten das Herstellen einer Behelfstrage aus Decken und Holmen. Der anschließende Trageversuch war für die Jugendlichen ein besonderer Spaß.



Eine interessante Aufgabe war auch das vom BVS betreute Ablöschen brennender Kleidung an einer Übungspuppe. Der richtige Ablauf wurde vorher genau besprochen.



Rasche Hilfe bei einer Schlagaderverletzung war das Problem an der Station, die der MHD aufgebaut hatte. An Ort und Stelle wurde gleich die richtige Maßnahme erläutert.



Gemeinsam überprüften Feuerwehr und BVS das Wissen über den Umgang mit Feuerlöschern. In der Aufregung wurde schnell ein falscher Handgriff getan, der das Punktekonto des Teilnehmers minderte.



Besonderer Anziehungspunkt war die Fahrzeug- und Geräteschau der Feuerwehr. Viele Jugendliche interessierten sich für die raffinierte Technik und ließen sich die Ausstattung genau erklären.



Zuschauer fanden sich immer ein, um die Leistungen der einzelnen Kandidaten zu begutachten. Leider scheuten sich manche, die zehn Aufgaben selbst mitzumachen und ihr Wissen zu testen.



Die Luftballons, die die Helfer des MHD verteilten, fanden bei den Kindern reißend Absatz. Oft konnte nicht schnell genug für Nachschub gesorgt werden.

3. Sofortmaßnahmen bei Bewußtlosigkeit (Seitenlagerung) (DRK)
4. Herstellen einer Behelfstrage aus Decken und Holmen (BVS)
5. Sofortmaßnahmen bei Atemstillstand (Atemspende) (DLRG)
6. Ablöschen brennender Kleidung an einer Übungspuppe (BVS)
7. Blutstillung und Wundversorgung einer Schlagaderverletzung (Sofortmaßnahmen) (MHD)
8. Kenntnis der Notrufnummer und Abgabe einer Unfallmeldung über Telefon (Feuerwehr)
9. Kenntnis in der Handhabung von Feuerlöschern (Feuerwehr und BVS)
10. Bedeutung der Sirensignale (BVS)

Für unvorbereitete Teilnehmer waren dies sicher „harte Nüsse“. Dennoch hatten sich bereits gegen 11.00 Uhr vormittags über 30 Kandidaten auf den schweren Weg durch die Stationen gemacht. Die Zahl der Teilnehmer steigerte sich im Laufe des Tages noch erheblich. Die lebhafteste Beteiligung, die vielen Zuschauer an den einzelnen Stationen und auch die sehr positive Presseberichterstattung waren der Beweis dafür, daß das gesteckte Ziel erreicht wurde: Der Selbstschutz und der Katastrophenschutz waren das Stadtgespräch in Rheda-Wiedenbrück.

Die Veranstaltung fand auch überregionales Interesse. Der Westdeutsche Rundfunk schickte einen Reporter, der sich in längeren Gesprächen mit Teilnehmern und Repräsentanten der Hilfsorganisationen ein Bild über den Verlauf des Sicherheitswettbewerbes machte. Die Reportage wurde dann in der beliebten Sendung „Zwischen Rhein und Weser“ ausgestrahlt.

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß diese Form des Sicherheitswettbewerbes außerordentlich erfolgreich war. Es gelang nicht nur, die Begriffe „Selbstschutz“ und „Katastrophenschutz“ vielen Bürgern bewußt zu machen, auch alle Hilfsorganisationen empfanden deutlich, wie erfolgreich eine partnerschaftliche Zusammenarbeit für das gemeinsame Anliegen sein kann.

Nicht unerwähnt soll bleiben, daß die Durchführung des Sicherheitswettbewerbes ohne die vielfältige, einsatzfreudige Kleinarbeit der Mitarbeiter des Ordnungsamtes der Stadt Rheda-Wiedenbrück nicht möglich gewesen wäre.

Der Erfolg einer guten, gemeinsamen Öffentlichkeitsarbeit, in Kooperation von Gemeinde, Hilfsorganisationen und BVS, wird sicherlich im Lande Nordrhein-Westfalen bald Nachahmung finden.

Fotos: Günter Sers

Schnellere und wirksamere Hilfe durch Koordinierung und Vorplanung

Einbeziehung der Krankenhäuser in die Katastrophenschutzplanung auf Kreisebene

Unter dem Titel „Gedanken zum Aufbau einer wirksamen Katastrophenschutzorganisation in der Bundesrepublik Deutschland“ hat der Verfasser des nachstehenden Beitrages in Zivilschutz-Magazin 4/80 Vorschläge vor allem für ein Modell der sanitätsdienstlichen Versorgung der Bevölkerung im Katastrophen- und Verteidigungsfall vorgestellt. In diesem Artikel schilderte Dr. med. Schultze, Chefarzt der chirurgischen Abteilung des Kreiskrankenhauses Siegen, die erforderlichen Vorbereitungen der Krankenhäuser einschließlich der Zuständigkeiten des Personals für den Fall einer Katastrophe.

Die Krankenhäuser müssen als wahrscheinlich einzige sofort einsatzfähige Institutionen im Katastrophenfall in die Planung auf Kreisebene einbezogen werden. Man muß grundsätzlich davon ausgehen, daß den Verletzten, insbesondere den Schwerverletzten in vorhandenen, fertig organisierten Einrichtungen schnellere und wirksamere Hilfe zuteil wird als in noch aufzubauenden Hilfslazaretten, zumal in der Bundesrepublik das nächste Krankenhaus sicher nur wenige Kilometer vom Ort der Katastrophe entfernt liegt. Eine enge Koordinierung und Verteilung der Aufgaben ist jedoch nicht nur im einzelnen Krankenhaus, sondern auch unter allen betroffenen Krankenhäusern des Kreises erforderlich. So wird man nur durch eine gleichmäßige und rasche Verteilung der Verletzten auf die vorhandenen Einrichtungen gleichzeitig eine optimale Überlebenschance für die Verletzten erreichen können.

Verwendungsmöglichkeit überprüfen

Zu diesem Zweck ist es erforderlich, daß jedes Krankenhaus ehrlich seine Verwendungsmöglichkeit bei verschiedenen Katastrophenarten, insbesondere hinsichtlich Umfang und Dauer unter Zugrundelegung vorhandener Personals und vorhandener Operationseinrichtungen, überprüft.

Abgesehen von den Bedingungen einer fortwirkenden Katastrophe (z. B. laufendes

Gefecht) wird die Zahl der möglichen Behandlungen von folgenden Faktoren abhängig sein:

1. Anzahl der vorhandenen Operationsräume,
2. Anzahl der operativ ausgebildeten Ärzte aller chirurgischen Disziplinen (einschließlich Gynäkologen, Orthopäden, Neurochirurgen, Urologen, HNO-Ärzten und Kieferchirurgen),
3. Anzahl der gleichzeitig einsatzfähigen chirurgischen Teams einschließlich Anaesthetisten und OP-Schwestern,
4. Möglichkeiten der chirurgischen Versorgung einer vorliegenden Verletzung (z. B. Schädel-Hirn-Trauma, Thorax-Verletzung, Gefäßverletzung usw.).

Nach Ermittlung dieser Zahl wird man von einer Katastrophe noch nicht sprechen können, wenn ohne Störung des laufenden Betriebes eine gewisse kleine Zahl von Schwerverletzten sofort versorgt werden kann. Eine überregionale Katastrophe liegt aber dann schon vor, wenn unter Einsatz aller vorgenannten Möglichkeiten eine zeitlich abgestufte Versorgung mit dem Multiplikationsfaktor 3 überschritten wird. In diesem Falle wäre unter Einsatz unserer modernen Transportmöglichkeiten eine raschere Hilfe in einem Krankenhaus des Nachbarkreises möglich, d. h. der für die Katastrophenabwehr zuständige Oberkreisdirektor müßte in diesem Falle bereits den überregionalen Notstand feststellen und dementsprechend Hilfe von außen anfordern.

Ermittlung der Bettenkapazität

Alle mittelgradig und schwer Verletzten sollten in den vorhandenen chirurgischen Abteilungen der Krankenhäuser Aufnahme finden. Die chirurgischen Abteilungen selbst werden in der Lage sein, etwa 10% der vorhandenen Patienten sofort nach Hause zu entlassen, weil sie entweder bereits in den nächsten Tagen entlassungsfähig wären oder zu einer nicht dringlichen Operation anstehen. Weitere Kapazitäten könnten durch die Entlassung von sonst gefähigen, aber noch behandlungsbedürftigen Patienten bzw. Verlegung von

chirurgischen Patienten, etwa nach dem 3. bis 5. Tage einer postoperativen Phase auf andere Fachabteilungen, zur Verfügung gestellt werden. Hier wäre durch entsprechende Stichproben an verschiedenen Tagen ein Mittelwert zu errechnen, um die vorhandene Bettenkapazität für die Aufnahme von Frischverletzten zu ermitteln. Erst wenn die Zahl der anfallenden Verletzten über diese Kapazität hinausgeht, müßte die Belegung von Hilfskrankenhäusern bzw. die Errichtung von Notlazaretten erfolgen.

In einem solchen Fall müßten operativ ausgebildete niedergelassene Ärzte entweder diese Notlazarette ärztlich besetzen bzw. zur Ablösung erschöpfter Operationsteams in den Krankenhäusern herangezogen werden. Entsprechende organisatorische Vorbereitungen wären mit den niedergelassenen Ärzten abzusprechen.

Aufgaben und Kompetenzen

In den einzelnen Krankenhäusern muß eine klare Abgrenzung der Kompetenzen erfolgen. Im Regelfall werden dem Direktorium, bestehend aus Ärztlichem Direktor, Leitender Pflegekraft und Verwaltungsdirektor, alle Vollmachten zum Einsatz des Personals, zur Bereitstellung und Heranschaffung benötigten Sanitätsmaterials und zur Regelung der interdisziplinären Zusammenarbeit erteilt werden müssen. Insbesondere kommen hier dem Verwaltungsleiter polizeiliche Befugnisse hinsichtlich der Regelung der Verkehrswege im Hause und deren Freihaltung (Räumung von Parkplätzen, Sperrung von Aufzügen, Sperrung von Zugängen, Entfernung von Unbefugten, Regelung des Zutritts usw.) zu.

Diesem Gremium obliegt auch die Aufrechterhaltung der Verbindung mit der Katastropheneinsatzleitung zur ständigen gegenseitigen Information, auch hinsichtlich der Anforderungen von personellen oder materiellen Reserven. Man wird aber dafür Sorge tragen müssen, daß der mit der Katastrophe direkt konfrontierte Arzt (bei Unfällen der Chirurg, bei Seuchenkatastrophen der Internist) von diesen sanitätsdienstlichen Aufgaben befreit und durch den nicht unmittelbar von der Katastrophe

betroffenen Leitenden Arzt ersetzt wird. Innerhalb des Gremiums sind die einzelnen Verantwortlichkeiten vorher klar abzugrenzen.

Aufstellung von Alarmplänen

Die Krankenhäuser müssen jeweils für ihren Bereich Alarmpläne aufstellen und durch entsprechende Dispositive dafür Sorge tragen, daß auch bei einem stillen Alarm eine rasche Benachrichtigung der benötigten Mitarbeiter erfolgt und durch entsprechende Meldevorgänge jederzeit ein Überblick über das vorhandene Personal gewährleistet ist. Zu diesem Zweck müssen telefonische Alarmierungsketten ausgearbeitet werden.

Triage und planmäßige Versorgung

Innerhalb der Häuser ist für eine ungehinderte Anfahrt und Aufnahme der Verletzten und eine neuerliche Triage in der Aufnahme zu sorgen. Im Triageraum wird neben der Erfassung der notwendigsten Personalien und der Feststellung des Status des Verletzten lediglich die Dringlichkeit der Erstversorgungsmaßnahmen festgelegt, um erst nach vollständigem Überblick eine planmäßige Versorgung mit aufschiebba- ren Eingriffen in Gang zu setzen. Diese Aufgabe der Triage wird jeweils der erfah- renste Arzt wahrnehmen müssen.

Es ist dafür Sorge zu tragen, daß die not- wendigsten Maßnahmen an mehreren Be- handlungsstationen erfolgen können. Nur unaufschiebbare operative Eingriffe wer- den sofort im OP gemacht, Reanimierungs- maßnahmen und intensive Beobachtung sollten möglichst auf der Intensiv-Station erfolgen, bei aufschiebba- ren Eingriffen wenigstens Notmaßnahmen wie Infusionen, Extensionen, Gips- und Schienenverbän- de auf gesonderten Behandlungseinrich- tungen, evtl. auf einem Krankenzimmer oder Behandlungszimmer der Stationen. Sinn dieser Maßnahme ist, möglichst vie- len Verletzten gleichzeitig eine erste Schock- und Schmerzbehandlung zuteil werden zu lassen, um dann später bei einer zweiten Triagevisite die Reihenfolge der operativen Versorgung programmäßig festlegen zu können.

Auch hat es sich bewährt, nur die sofort erforderlichen Röntgenuntersuchungen bei Schwerstverletzten gleich durchzufüh- ren, während die Dokumentation und Loka- lisation von Frakturen erst danach vorge- nommen werden sollte. Die Röntgenabtei- lung muß in die Lage versetzt werden, den Strom der Verletzten auch auf ihrer Abtei- lung zu kanalisieren, d. h. daß sie nach

Erledigung der unmittelbar notwendigen Aufgaben die Patienten nach vorher fest- gelegter Dringlichkeit von den Stationen zur Untersuchung abrufen, damit nicht auch in der Röntgenabteilung ein Chaos durch eine große Ansammlung von Schwerver- letzten verursacht wird.

Weiterhin hat es sich als zweckmäßig er- wiesen, alle Anordnungen schriftlich nie- derzulegen und jeden neuen Befund schriftlich festzuhalten, um unnötige Rück- fragen zu vermeiden. Prinzipiell sollten te- lefonische Anordnungen oder Rückfragen nicht erfolgen, sondern besser ein persön- liches Meldesystem eingerichtet werden.

Transportdienste sollten möglichst von Pflegern durchgeführt werden, die auch bei der Umlagerung von Patienten behilflich sein müssen. Zu diesem Zweck sind sofort nach der Alarmierung des Krankenhauses sämtliche im Haus verfügbaren Gondeln auf einer geeigneten Fläche nahe dem Triageraum bereitzuhalten.

Besondere Vorkehrungen sind für die Un- terbringung von hoffnungslos Verletzten zu treffen, sie sollten möglichst auf kleinen Zimmern, etwa auf den Privatstationen, un- tergebracht werden, damit Angehörige zu ihnen Zutritt haben. Nur die Angehörigen von Sterbenden sollten auf diese möglichst entfernt liegende Station verwiesen wer- den, allen anderen Personen müßte wäh- rend der Dauer der Katastrophe der Zutritt zum Krankenhaus verwehrt werden. Es ist jedoch dafür Sorge zu tragen, daß den Angehörigen von Verletzten entweder im Hause selbst oder durch eine geeignete Stelle bei der Katastropheneinsatzleitung Gewißheit über das Schicksal und über den Verbleib der betroffenen Verletzten ver- schafft werden kann.

Dienstbesprechungen für Mitarbeiter

Die Mitarbeiter des Krankenhauses müs- sen in gesonderten Dienstbesprechungen auf die Modalitäten der Alarmierung, der Meldung beim Eintreffen am Arbeitsort, ihre Einsatzorte sowie das Verhalten bei Katastrophensituationen vorbereitet wer- den. Es ist dafür Sorge zu tragen, daß außerhalb des Hauses befindliche Mitar- beiter evtl. mit polizeilicher Sondererlaub- nis raschen Zugang zu ihrer Arbeitsstätte erhalten. Zu diesem Zweck müssen evtl. entsprechende Ausweisungen vorbereitet werden.

Es ist dafür Sorge zu tragen, daß die An- fahrt der Krankenwagen reibungslos funk- tionieren kann. Zu diesem Zweck müssen evtl. besetzte Parkplätze geräumt werden, die Polizei muß die Zufahrtswege zum Krankenhaus offenhalten.

Zuständigkeiten im Krankenhaus

Leitender Arzt

1. Einteilung des noch nicht eingesetzten Personals
2. Ablösung und weitere Diensterteilung
3. Anforderung von Hilfskräften
4. Absolute Entlassungs- und Verlegungs- vollmacht bei der Räumung weiterer Betten

Für die Chirurgische Abteilung ist festge- legt, daß alle Patienten, die nicht wegen einer schwerwiegenden Erkrankung, bei- spielsweise Krebserkrankung, zur Opera- tion anstehen und noch nicht operiert sind, sofort nach Hause entlassen werden. In zweiter Linie kommen alle die Patienten in Frage, deren Entlassung in den nächsten zwei bis drei Tagen ohnehin vorgesehen war. Die Räumung weiterer Betten ist dann vom ärztlichen Direktor in eigener Voll- macht vorzunehmen.

Leitende Pflegekraft

1. Bettenausrüstung und Bettennachweis (zur Bettenausrüstung können evtl. auch entlassungsfähige Patienten für kurze Zeit notdienstverpflichtet werden)
2. Verteilung von Sanitätsmaterial und Vor- ratsergänzung, falls kein eigener Apo- theker diese Aufgabe wahrnimmt
3. Verpflegung

Verwaltungsleiter

1. Polizeiliche Funktion zur Freihaltung von Transportwegen
2. Aussperrung von Unbefugten
3. Verwundetenkartei
4. Aufsicht der Schreibkräfte
5. Aufrechterhaltung der Verbindung mit der Katastropheneinsatzleitung

Bei der Einteilung des Personals ist davon auszugehen, daß ein jeder zunächst in seinem eigenen Bereich eingesetzt wird. Dabei ist eine Überbesetzung zu vermei- den, um eine ordnungsgemäße Ablösung gewährleisten zu können. Die chirurgi- schen Assistenten werden größtenteils im Operationssaal tätig sein müssen, so daß die Nachbetreuung der Frischoperierten und die Versorgung der chirurgischen Sta- tionen in erster Linie von den internisti- schen Fachkollegen wahrgenommen wer- den muß. Entsprechend geschulte interni- stische Fachkollegen und Anaesthesisten haben in erster Linie die Intensiv-Station zu besetzen und dort die Aufgaben der Reani- mation und Intensivbeobachtung wahrzu- nehmen. Sie können auch – soweit noch möglich – bei der Erstversorgung und Not- behandlung sowie beim Anlegen von Infu- sionen und bei der Überwachung mit ein- gesetzt werden. Im Falle einer Seuchensi- tuation sind umgekehrt die chirurgischen Ärzte auxilliär tätig.

BVS und Helfervertretung aktuell

Nachdem seit April dieses Jahres die Neugliederung der BVS-Dienststellen weitgehend abgeschlossen ist, berichten die Helfervertreter, daß in den neuen Großraumdienststellen die Betreuung und der Einsatz der ehrenamtlichen Helfer in der Öffentlichkeits- und Ausbildungsarbeit häufig zu Schwierigkeiten führt. Diese Auswirkungen der Umstrukturierung waren vor deren Beginn der Helfervertretung bewußt. Auch bei Inkaufnahme einer gewissen Konsolidierungsphase müßten nunmehr dringend und ohne Aufschub nach Ansicht der Helfervertretung folgende Maßnahmen zum Zuge kommen:

1. Inkraftsetzen des Sollstärkeplans, der

die Arbeitsfähigkeit der Dienststellen gewährleistet.

2. Die Änderung der Aufwandsentschädigungsrichtlinien, die den heutigen Gegebenheiten angepaßt werden müssen.

3. Die Aufstellung des Aufwandsentschädigungs-Stellenplanes und die Festlegung der neuen Honorarsätze für Helfer. Beides Maßnahmen, die für die Werbung und den Einsatz von qualifizierten Mitarbeitern notwendig sind.

Bei allem Verständnis, das die Helfervertretung der Bundeshauptstelle bei den gewiß schwierigen Verhandlungen mit den zuständigen Bundesministerien entgegenbringt, sollte nunmehr aber der Zeitpunkt erreicht sein, an dem diese berechtigten Forderungen der Helfervertretung erfüllt werden. Bei einer weiteren Verzögerung dieser Maßnahmen be-

steht die Gefahr eines unverhältnismäßig großen Abganges von qualifizierten ehrenamtlichen Mitarbeitern des BVS.

Alle sollten sich darüber im klaren sein, daß bei der derzeitigen aktuellen Weltlage der Verband und damit seine ehrenamtlichen Helfer mehr als je zuvor notwendig sind, um die gesetzlichen Aufgaben des Verbandes, nämlich die Aufklärung der Bevölkerung über die Wirkungen von Angriffswaffen und über Schutzmöglichkeiten, insbesondere über Aufgaben und Maßnahmen des Selbstschutzes, durchzuführen. Die Erfüllung dieser Aufgaben kann aber nur in Verbindung mit der Erfüllung der erwähnten Forderungen der Helfervertretung des BVS ermöglicht werden.

Jürgen Grabke, Helfervertreter bei der BVS-Bundeshauptstelle.

Schleswig-Holstein



Presse informiert über Katastrophenschutz

Itzehoe. In der „Norddeutschen Rundschau“ ist seit März 1980 eine Artikelserie über den Steinburger „Katastrophenabwehrkalender“ zu lesen. Mit dieser Serie will die Kreisverwaltung die Bürger über die Organisation der Katastrophenabwehr informieren. Einleitend wird ausgeführt, daß der Landrat die notwendigen vorbereitenden Maßnahmen für einen wirksamen Katastrophenschutz treffen muß.

Weil Katastrophen immer überraschend

auftreten, müssen solche Maßnahmen so geplant werden, daß sie optimal wirksam sind. Nicht unerwähnt bleibt in diesem Zusammenhang, daß auch die Information und Ausbildung durch den BVS die Bevölkerung in die Lage versetzt, persönliche Vorsorge zu treffen. Der Katastrophenabwehrkalender des Kreises enthält die Telefonnummer der ständig besetzten Kreisstelle und gibt Hinweise über die Alarmierung der Einsatzkräfte.

Kiel. Über den BVS, dessen Aufgaben und seine Arbeit informierte die Fachge-

bietsleiterin für Frauenarbeit bei der BVS-Landesstelle Kiel, Beatrix Thomsen, führende Vertreterinnen des Landesfrauenrates Schleswig-Holstein. Dabei stellte sich heraus, daß einige der Damen bisher über den BVS und seine Aufgaben noch ungenügend informiert waren.

Künftig soll, nachdem der Kontakt zustande kam, die Zusammenarbeit und der Informationsaustausch zwischen BVS und Landesfrauenrat – dieser besteht seit 1950 und vereinigt über 40 Frauen-Organisationen und -Verbände – intensiviert werden.

Bremen



Flugblätter über Sirensignale

In den Städten Bremen und Bremerhaven wurde eine Straßenaktion durchgeführt, die guten Erfolg hatte: Trotz des ungünstigen Wetters verteilten kürzlich BVS-Mitarbeiter während des Sirenen-Probearms und nach dem Alarm Flugblätter, welche die Bürger über die Sirensignale und die Arbeit des BVS informieren sollten.

Die Flugblattverteilung kam auf Initiative der ehrenamtlichen BVS-Mitarbeiter zustande. Allerdings hatte es in den Me-

dien eine entsprechende Vororientierung über den Probealarm gegeben. Dies trug sicher dazu bei, daß die meisten Straßenpassanten die Flugblätter mit Interesse entgegennahmen.

Presse berichtet über Zivil- und Selbstschutz

In den vergangenen Wochen wurden in der Bremer Tagespresse vermehrt Artikel über Zivilschutz, Selbstschutz und Schutzraumbau veröffentlicht. Eine aktuelle Berichterstattung über Aktivitäten

der Katastrophenschutzorganisationen ergänzte diesen Komplex. Der BVS führte in dieser Zeit eine Reihe von Informationsvorträgen in Schulen durch. Der Erfolg dieser Aktion: Es gab zusätzliche Anmeldungen zu Selbstschutz-Grundlehrgängen.

So manche Nachfrage von Bürgern, die fernmündlich von den Mitarbeitern der BVS-Dienststelle beantwortet wurde, hat ebenfalls zur Teilnahme dieser Bürger an einem Selbstschutz-Grundlehrgang geführt. Im übrigen ist eine steigende Tendenz bei der Beratung über den Schutzraumbau festzustellen.

Neuer BVS-Dienststellenleiter in Oldenburg

Das Amt des BVS-Dienststellenleiters in Oldenburg war längere Zeit unbesetzt. Jetzt wurde ein neuer Dienststellenleiter im Rahmen einer Feierstunde in der Weser-Ems-Halle in Oldenburg in Anwesenheit von Vertretern der Weser-Ems-Regierung, der Stadt und des Landkreises Oldenburg, von Behörden, Vereinen und Verbänden vorgestellt.

Der BVS-Landesstellenleiter von Niedersachsen, Edgar Sohl, führte Heinz-Günter Freese, der von der BVS-Landesstelle Bremen kam, offiziell in sein Amt ein. Dieter Titzmann, der bisher von Wilhelmshaven aus zusätzlich die Oldenburger Dienstgeschäfte mit wahrnahm, kann sich nun wieder ganz den Aufgaben in der Marinestadt widmen.



Der neue BVS-Dienststellenleiter von Oldenburg, Heinz-Günter Freese, links; neben ihm Dienststellenleiter Dieter Titzmann, Wilhelmshaven, der die Dienststelle bisher mitbetreute.

Die bisher in vier Landkreisen durchgeführten Arbeitstagungen erwiesen sich als erfolgreich. Der Aufbau- und Ausbildungsstand des Selbstschutzes in den einzelnen Gemeinden ist sehr unterschiedlich; die Teilnehmer nutzten deshalb die Gelegenheit, Erfahrungen auszutauschen und Informationen zu sammeln. Man orientierte sich dabei an Gemeinden mit fortgeschrittenem Selbstschutz-Ausbildungsstand.

Die Selbstschutz-Sachbearbeiter beschlossen, diese Art der Zusammenarbeit halbjährlich fortzusetzen.

Landesbischof Maltusch †

Am 28. März 1980 verstarb der Landesbischof i. R. von Schaumburg Lippe, Johann Gottfried Maltusch. Lange Jahre hielt Bischof Maltusch als Gastreferent Vorträge bei Seminaren und Tagungen im Bereich der BVS-Landesstelle Niedersachsen. Seine Überzeugungskraft befähigte ihn, in hervorragender Weise zu Grundsatzfragen des Lebens Stellung zu nehmen; seine mit schlichter, innerer Frömmigkeit vorgetragenen Gedanken zum „Selbstschutz aus ethischer Sicht“ verliehen diesen Vorträgen Ausdruck und Kraft.

Der BVS verliert mit dem Verstorbenen mehr als nur einen Gastreferenten, er verliert einen Menschen, für den Zivilschutz und Selbstschutz immer eine Herzensangelegenheit war, und der sich für diese Fragen – auch in der Öffentlichkeit – stark engagierte.

BVS-Dienststelle Lüneburg: größerer Zuständigkeitsbereich

Die BVS-Dienststelle Lüneburg, die vor der Strukturänderung des Verbandes zehn Gemeinden und einen Landkreis betreute, hat jetzt die Betreuung von 61 Gemeinden in sechs Landkreisen übernommen. Die Größe des Zuständigkeitsbereiches setzt kontinuierliche Zusammenarbeit zwischen BVS und Gemeinden und – wenn sie Früchte tragen soll – das regelmäßige Gespräch mit allen Kreis- und Gemeindedirektoren voraus.

Der BVS hat den Oberkreisdirektoren der sechs Landkreise vorgeschlagen, die Selbstschutz-Sachbearbeiter ihrer Gemeinden auf Kreisebene zu einer Arbeitstagung einzuladen, um untereinander und mit dem BVS konkrete Maßnahmen zur weiteren Verwirklichung des Selbstschutzes in den Gemeinden zu besprechen.

In den ersten Veranstaltungen diskutierte man die Gewinnung, Ausbildung und Bestellung der Selbstschutz-Berater und die Vorbereitung der Selbstschutz-Grundlehrgänge für die Bevölkerung. Außerdem wurden die Zivilschutzgebietsbeschreibungen und die Einteilung der Gemeinden in Wohnbereiche erörtert.



Mitarbeiter der BVS-Dienststelle Hannover verteilten am 26. März 1980 innerhalb von zwei Stunden 5000 Handzettel mit den Sirensignalen an die Passanten. Ein Informationsstand in der Passerelle am Kröpcke machte außerdem mit Filmen und Prospekten auf den Selbstschutz und Katastrophenschutz aufmerksam.



Mehr Aufgaben – mehr Mitarbeiter

Leverkusen. Die seit 1968 bestehende BVS-Dienststelle Leverkusen hat jetzt einen größeren Aufgabenkreis zu bewältigen, nachdem sie auch für die Bereiche Remscheid und Solingen zuständig wurde. Insgesamt betreut sie nun elf Gemeinden, in denen 712000 Menschen leben. Im früheren Betreuungsgebiet wohnten nur 350000 Personen.

Natürlich sind für die erweiterten Aufgaben auch mehr Mitarbeiter erforderlich. Die Zahl der hauptamtlichen Kräfte der BVS-Dienststelle erhöhte sich von drei auf acht. Ihnen stehen 60 ehrenamtliche Helfer zur Seite. Der Wunsch aller Mitarbeiter: möglichst bald aus der ehemaligen Schule an der Hardenbergstraße in das geplante Katastrophenschutzzentrum umziehen.

1979 wurden in Remscheid 13 Veranstaltungen und 106 Lehrgänge, an denen insgesamt 2600 Personen teilnahmen, durchgeführt. Rund 3000 Personen besuchten die 73 Veranstaltungen und 110 Lehrgänge in Solingen. An 72 Veranstaltungen und 185 Lehrgängen nahmen in Leverkusen 7100 Personen teil.

Bundesinnenminister Baum: Selbstschutz geht uns alle an!

Düsseldorf. Das Zivilschutzamt der Stadt Düsseldorf und der BVS geben seit nunmehr fünf Jahren ein vorbildlich gestaltetes „Selbstschutz-Programm“, eine Zusammenfassung aller wichtigen Termine, Informationen usw. heraus. In einem Vorwort zu der jüngsten Ausgabe dieses Heftes schreibt Gerhard Rudolf Baum, Bundesminister des Innern:

„Bei Naturkatastrophen, bei Katastrophen infolge unserer hochtechnisierten Umwelt oder bei militärischen Konflikten ist staatliche Hilfe nicht immer sofort und überall möglich. Sachkundige und gut organisierte Selbsthilfe ist eine entscheidende Stütze zur Schadensbegrenzung und -minderung unmittelbar vor Ort. Dies gilt vor allem auch im Arbeitsbereich.“

Die Schwelle vom Betriebsunfall zur betriebsinternen Katastrophe ist keine absolute. Sie liegt dort, wo die betriebliche Hilfe nicht mehr ausreicht. Es muß im Bestreben aller liegen, diese Schwelle durch Vorsorgemaßnahmen so hoch zu

legen, daß vor allem Leben und Gesundheit der Belegschaften geschützt und die Arbeitsabläufe und vorhandenen Sachgüter von einer Katastrophe möglichst wenig betroffen und eingetretene Beeinträchtigungen durch geeignete Maßnahmen beseitigt werden.

Im Bundesinnenministerium wird gegenwärtig geprüft, wie man dem Selbstschutz in Wohn- und Arbeitsstätten ohne dirigistische Eingriffe des Staates neue Impulse geben kann. Es gilt, durch ein abgestimmtes Programm Bürgern und Arbeitgebern die Bedeutung freiwilliger Selbstvorsorge verständlich zu machen.

Gerade hier ist die Landeshauptstadt Düsseldorf in Verbindung mit dem Bundesverband für den Selbstschutz seit Jahren beispielhaft tätig. Dies war für mich Veranlassung, die Stadt Düsseldorf als Vertreter der Großstädte an der Erarbeitung eines Modellversuchs zur Intensivierung des Selbstschutzes in den Gemeinden zu beteiligen, der in Kürze anlaufen wird. Die hieraus gewonnenen Erfahrungen sollen anderen Gemeinden und Arbeitsstätten zur Verfügung gestellt werden.

Die hiesigen Arbeitsstätten und behördlichen Einrichtungen bitte ich, die von der Stadt Düsseldorf und dem Bundesverband für den Selbstschutz angebotene Unterstützung optimal zu nutzen. Selbstschutz geht uns alle an.“

Unfallzahlen bekanntgemacht

Münster. Alle sechs Sekunden – Tag und Nacht – ereignete sich in der Bundesrepublik Deutschland ein Unfall. Dabei sterben jährlich 35000 Menschen. Mit einem Schreiben, welches an alle Bürger von Münster verschickt wurde, machte der Oberstadtdirektor die Bevölkerung auf diesen Tatbestand aufmerksam. Er empfahl, sich in lebensrettenden Sofortmaßnahmen ausbilden zu lassen.

Der Bundesverband für den Selbstschutz hat in Münster, wo er mit dem Deutschen Roten Kreuz, dem Malteser-Hilfsdienst und dem Technischen Hilfswerk zusammenarbeitet, im vergangenen Jahr etwa 18000 Menschen in Grundlehrgängen ausgebildet. Diese Zahl nannte BVS-Dienststellenleiter Hermann Klesper, als er der Presse die Jahresbilanz 1979 vorlegte. Nach seinen Angaben hatte die Arbeit seiner Dienststelle eine gute Resonanz.

Öffentlichkeitsarbeit hatte Erfolg

Hückelhoven. In den Kreisen Aachen und Heinsberg und in der kreisfreien Stadt Aachen sind im Jahre 1979 etwa 5000 Bürger im Selbstschutz ausgebildet worden. Vier Ausstellungen und 130 Informationsveranstaltungen wurden von 4000 Bürgern besucht. Diese Zahlen nannte der Leiter der BVS-Dienststelle Aachen, Erich Janke, als er in der Schalterhalle der Zweigstelle Hückelhoven der Kreissparkasse die Ausstellung „Der Mensch im Mittelpunkt“ eröffnete. Für die Ausstellung, die mit einem Preisausschreiben verbunden war, hatte Stadtdirektor Johannes Bürger die Schirmherrschaft übernommen.

Verkehrssicherheitswoche mit BVS

Siegburg. Die Veranstalter der Verkehrssicherheitswoche (auch der BVS war beteiligt) hatten sich einiges einfal- len lassen, um das Problem für die Bevölkerung interessant zu machen. So veranstaltete die Stadtverwaltung einen Luftballonwettbewerb, die Innung des Kraftfahrzeughandwerks stellte Gebrauchtwagen aus, der ADAC arrangierte ein Fahrradturnier. Dies sind nur drei Beispiele aus der abwechslungsreichen Veranstaltungsreihe.

Die Attraktion der Sicherheitswoche in Siegburg war die Versteigerung „ausrangierter“ Straßenschilder, die nach der kommunalen Neuordnung überflüssig geworden waren. 60 Schilder kamen unter den Hammer. Der Erlös aus der Versteigerung ist für Maßnahmen der Verkehrssicherheit und der Unfallvorsorge bestimmt.

Wichtige Hinweise für Senioren

Düsseldorf. Nachdem vor einiger Zeit allen Behindertenverbänden eine Unterweisung in lebensrettenden Sofortmaßnahmen angeboten wurde, hat das Zivilschutzamt der Stadt Düsseldorf auch den Altenclubs und Altentagesstätten diese Möglichkeit eröffnet. Der BVS wird den Senioren Hinweise geben, was etwa zu tun ist, wenn es in der Wohnung brennt und man möglicherweise allein ist. Gleichzeitig wird dafür geworben, Sirensignale, Radio- und Lautsprecherdurchsagen zu beachten. Die Unterweisungen dauern ca. zwei Stunden.

Reporter auf der „Schulbank“

Ein Reporter der „Oberhessischen Volkszeitung“ nutzte die Gelegenheit, während eines Selbstschutz-Grundlehrganges in der Haupt- und Realschule Schlüchtern hinter die Kulissen zu schauen. Dieser Lehrgang, den die „Fahrbare Schule“ durchführte, vermittelte Informationen über die Arbeit des BVS.

Die Anwesenheit eines Reporters war für die Schüler natürlich ein Anlaß, einmal zu zeigen, was sie alles gelernt hatten: Fachgerecht löschten sie Kleinbrände und übten das Ablöschen eines brennenden Menschen an einer Übungspuppe. Der Leiter der Fahrbaren Schule, Erich Urbaniak, konnte sich nur lobend über die Aufmerksamkeit der Schüler während des theoretischen Unterrichtes und ihre Mitarbeit bei der praktischen Ausbildung äußern. Urbaniak meinte, hier könne sich so mancher Erwachsene ein Beispiel nehmen.

Ein aktuelles Thema: Schutzraumbau

Das Beamtenheimstättenwerk (BWH) zeigte in der Orangerie von Fulda vom 29. Februar bis zum 2. März 1980 eine große Informationsschau, bei der ein Ausstellungsstand des BVS das Thema „Schutzraumbau“ dokumentierte. An Hand von Modellen wurden Möglichkeiten aufgezeigt, wie solche Räume in Friedenszeiten genutzt werden können. Das BWH hatte einige hundert Gäste zur Eröffnung eingeladen. Mehrere tausend Bausparer und Interessenten besuchten an diesem Tage ebenfalls die Ausstellung.

In Anwesenheit zahlreicher Vertreter öffentlicher Dienststellen, Behörden und Institutionen wurde die Ausstellung durch einen Repräsentanten des BWH und den Oberbürgermeister der Stadt Fulda, Dr. Hamberger, eröffnet. Für den BVS waren Fachgebietsleiter Helmholz und der Fuldaer Dienststellenleiter Ludwig gekommen.

Am BVS-Stand, der beim offiziellen Rundgang auch von der Prominenz besucht wurde, hatte Dipl.-Ing. Theo Stehlig aus Biblis die Beratung der Besucher übernommen. Zahlreiche Bauinteressenten informierten sich über Einzelheiten und Vorteile eines Schutzraumes. Auch Redner und Fachlehrer der BVS-Dienststelle Fulda standen als Gesprächspartner zur Verfügung.

Nach Abschluß der dreitägigen Ausstellung waren von der Ausstellungsleitung 4500 Personen als Besucher gezählt worden. Am BVS-Stand wurden während dieser Zeit 1400 allgemeine und 73 Schutzbau-Beratungen durchgeführt.



Der BVS-Stand auf der Ausstellung des Beamten-Heimstättenwerkes in Fulda. An diesem Stand gab es Schutzraum-Informationen.

Gelungene Ausstellung in Kassel

In der Zeit vom 22. bis 24. Februar 1980 wurde die Ausstellung „Bauen, Modernisieren, Finanzieren“ des Beamten-Heimstättenwerkes in der Kasseler Stadthalle gezeigt. Auch der BVS war mit seinem neuesten Info-Stand zum Thema „Der Schutzraum – Ihre Sicherheit“ vertreten.

Die Besucher konnten sich einen Überblick darüber verschaffen, wie ein moderner Schutzraum gebaut und ausgestattet werden kann. Die gezeigten Modelle verdeutlichten, daß eine Nutzung z. B. als „Trimm-Hobby-Raum“ oder Hauswirtschaftsraum möglich ist.

Von den etwa 6300 Besuchern kamen rund 3650 Personen zum BVS-Stand. In vielen Fällen wurde um Informationen in Sachen Schutzraumbau gebeten; es wurden auch eine ganze Reihe von Bauberatungen durchgeführt.



Auch in Kassel wurde der Stand des BVS von vielen Interessenten aufgesucht.

Filmwagen im Einsatz

Während der Bickenbacher Selbstschutztage wurde am 15. März 1980 erstmals eine als Filmwagen ausgestattete fahrbare Aufklärungs- und Ausbildungsstelle des BVS eingesetzt. Bereits am frühen Morgen fuhr das Fahrzeug aus Darmstadt auf den kleinen Marktplatz, auf dem an diesem Tage der seit über 400 Jahren stattfindende Elisabethenmarkt eröffnet werden sollte. In wenigen Minuten wurde die Umrüstung vorgenommen, und die Filmvorführungen konnten beginnen.

Der unter dem als Blickfang dienenden orangefarbenen Sonnenschirm aufgestellte Tisch mit Broschüren war bald „abgeräumt“ und mußte umgehend mit neuem Werbe-Material versehen werden. In Lautsprecher-Durchsagen wurden die Marktbesucher auf die BVS-Filmvorführung hingewiesen.

Bürgermeister Karl Schemel, der Initiator der Selbstschutztage, war mit dem Erfolg der Veranstaltung sehr zufrieden. Zahlreiche Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens besuchten den BVS-Stand. Viele Einzelgespräche wurden von den BVS-Mitarbeitern mit den Bürgern geführt.

BVS-Ausstellung in der Schule

„Kinder malen Katastrophen und Selbstschutz“, diese Ausstellung zeigte die BVS-Dienststelle Wetzlar vom 4. bis 15. Februar 1980. Man wollte sie in Verbindung mit Selbstschutz-Grundlehrgängen zeigen, die für die Abgangsklassen der Gesamtschule Ehringhausen durchgeführt wurden.

Schulleitung und Bürgermeister der Großgemeinde Ehringhausen hatten zugestimmt, die Ausstellung im Info-Zentrum der Gesamtschule aufzubauen. Bei der Eröffnung, zu der zahlreiche Gäste gekommen waren, sprachen Schulleiter Dir. Mück, Bürgermeister Fughe und BVS-Dienststellenleiter Brand über den Selbstschutz und seine Bedeutung. Mück betonte die gute Zusammenarbeit zwischen Schule und BVS.

Schüler und Lehrer besuchten die Ausstellung; später wurde über das Thema im Unterricht gesprochen. Täglich von 13.00 bis 17.00 Uhr war die Ausstellung auch der Bevölkerung zugänglich. Ehrenamtliche und hauptamtliche BVS-Mitarbeiter gaben bereitwillig Auskünfte.

Interesse am Zivilschutz

Die BVS-Landesstelle Rheinland-Pfalz führte am 22. und 23. März 1980 für die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen, Bezirk Pfalz, ein Informationsseminar im neuen Sitzungssaal der Verbandsgemeinde Offenbach an der Queich durch.

Die Leitung des Seminars hatten die Fachgebietsleiterin der BVS-Landesstelle Rheinland-Pfalz, Ingrid Perlick, und BVS-Landesstellenleiter Hans-Dieter Awiszus. Besonderes Gewicht wurde auf die Darstellung der Aufgaben der Gemeinden im Bereich des Selbstschutzes gelegt. Eine besonders intensive Diskussion löste das Thema „Schutzraumbau“ aus. Erfreuliches Ergebnis: Es

wurde eine Reihe von Terminen für Ausbildungsveranstaltungen festgelegt.

Aktion „Sirensignale“

Während des bundesweiten Sirenen-Probearms waren die Helfer der fünf BVS-Dienststellen in Rheinland-Pfalz, gemeinsam mit Mitarbeitern der Stadtverwaltungen, im Einsatz. Die Stadtverwaltungen hatten Bedienstete mit Kraftfahrzeugen zur Unterstützung des BVS abgestellt, um die Flugblätter „Sirensignale“ an die Bevölkerung zu verteilen. Dadurch war es möglich, alle verfügbaren BVS-Mitarbeiter zur persönlichen Information der Passanten einzusetzen.

In den Fußgängerzonen waren Tische mit BVS-Schirmen und BVS-Dienstfahrzeuge mit ihrer auffälligen Beschriftung als Blickfang aufgestellt worden. Den sonst eilig Vorbeihastenden wurde Informationsmaterial angeboten; es wurden Gespräche geführt. Die Fragen: „Was machen wir, wenn es mal ernst wird“?; „Wo finden wir Schutz“?, wurden immer wieder gestellt.

Diese Aktion, die etwas aus dem sonst üblichen Rahmen fiel, fand übrigens an 32 Plätzen in Rheinland-Pfalz statt. Wenn auch manche Bürger ihren Unmut äußerten und der Ruf nach „dem Staat“ immer wieder laut wurde, vor allem wegen der fehlenden Schutzräume, man kann die Aktion als einen vollen Erfolg bezeichnen.

Saarland

BVS bei der Rheinland-Pfalz-Schau

Zur Rheinland-Pfalz-Schau in Mainz – sie wird jeweils von über 400 Ausstellern besichtigt – kommen in jedem Jahr Hunderttausende. Zu den vielen Sonderschauen, die gezeigt werden, gehörte auch die vom Bundesverband für den Selbstschutz gezeigte Ausstellung „Schutzraum – Konstruktion und Nutzung“, die einen Massenbesuch zu verzeichnen hatte. Die als Betreuer eingesetzten BVS-Mitarbeiter hatten pausenlos zu tun. Die Bauberater mußten immer wieder technische Erläuterungen geben und Fragen über die Höhe der zusätzlichen Baukosten beantworten. An einem Sonntag wurden so fast 150 Bauwillige fachlich beraten.

Besucher des BVS-Standes war auch der Bürgermeister von Mainz, Dr. Hoffmann. Eine Delegation der Mainzer Partnerstadt Watford/England ließ sich die bauliche Gestaltung des Schutzraumes erläutern. Zum Besuch der Ausstellung waren auch rund 200 Architekten, Bauingenieure und Bauunternehmer eingeladen worden.

SPD-Frauenkreis informierte sich

Bei der ersten Arbeitsveranstaltung des SPD-Frauenkreises in Zornheim, einer Wohngemeinde der Stadt Mainz, sprach BVS-Landesstellenleiter Hans-Dieter Awiszus über Probleme des Katastro-

phenschutzes und des Selbstschutzes. Er stellte die Eigenverantwortung des Bürgers und die Notwendigkeit der Mitarbeit der Frauen heraus.

Die Teilnehmerinnen griffen den Vorschlag, sich ausführlicher über diese Themen informieren zu lassen, mit Interesse auf.

Ausstellung „Schutzraumbau“

Auf der Doppelausstellung „Bauen und Wohnen“ und „Du und Dein Garten“ vom 22. bis 30. März 1980 in Mainz war auch die BVS-Dienststelle Mainz wieder mit einem Ausstellungsstand vertreten. In diesem Jahr wurde die BVS-Ausstellung „Schutzraumbau“ gezeigt.

Daß diese Ausstellung sehr werbewirksam und aufgrund der politischen Weltlage die zur Zeit aktuellste des Verbandes ist, zeigte sich in der Zahl der Besucher wie auch darin, daß 764 intensive Beratungsgespräche geführt wurden.

BVS-Präsident informierte

An einem Informationsstand des BVS, der anlässlich der bundesweiten Sirenenprobe in Saarbrücken aufgebaut worden war, gab auch der Präsident des Bundesverbandes für den Selbstschutz, Saarbrückens Oberbürgermeister Oskar Lafontaine, interessierten Bürgern Auskunft über die Bedeutung der Sirenen-

signale und die Notwendigkeit einer Verteidigungsbereitschaft. Er erklärte aber auch, daß die Abrüstungsverhandlungen unbedingt weitergeführt werden müßten, um zu einer notwendigen Entspannung zu kommen. Dies sei im Interesse aller Bürger der Bundesrepublik und zu ihrem Schutz dringend erforderlich.

Über die Lautsprecheranlage eines Funkkommandowagens des THW, der neben dem Info-Stand aufgestellt war, wurden die Passanten auf den Sirenenalarm und die Informationsmöglichkeiten hingewiesen.

40jähriges Dienstjubiläum

Der Fachbearbeiter bei der BVS-Landesstelle, Werner Speicher, erhielt für seine 40jährige Tätigkeit im öffentlichen Dienst eine Dankurkunde überreicht. In einer Dankrede schilderte Landesstellenleiter Christian Koch den Werdegang des Jubilars. Speicher arbeitete ab Juli 1959 als ehrenamtlicher Mitarbeiter in der BVS-Dienststelle Völklingen. Im Dezember 1960 wurde er hauptamtlich als Geräteverwalter und Ausbilder eingestellt. Mitte 1968 wurde er als Lehrkraft zur fahrbaren Ausbildungsstelle nach Neunkirchen und im Januar 1969 nach St. Ingbert versetzt. Fachbearbeiter der Dienststelle St. Ingbert wurde Speicher am 1. Dezember 1972, schließlich übernahm er im Januar 1974 die Tätigkeit des Fachbearbeiters im Fachgebiet „Ausbildung“ bei der BVS-Landesstelle.

Sicherheitswettbewerb für Fußgänger

Ravensburg. Das Wetter zeigte sich nicht von seiner besten Seite, als BVS-Dienststellenleiter Kurt Krämer an einem Samstag in Anwesenheit zahlreicher Gäste sowie Vertretern und Helfern der beteiligten Organisationen die Teilnehmer am Sicherheitswettbewerb für Fußgänger begrüßte.

Um 9.15 Uhr gingen die ersten der 130 Teilnehmer auf den Parcours. Es galt, an den elf Stationen die verschiedensten Testfragen zu beantworten oder Übungen zu meistern. Dabei zeigte sich, daß das Wissen der Teilnehmer und ihre Fähigkeit, sich in Gefahrensituationen richtig zu verhalten, doch noch manche Lücken aufwies.

Zur Siegerehrung und Abschlußveranstaltung trafen sich alle Teilnehmer und Helfer noch einmal. Der Gewinner, Gerolf Davydoff, erhielt aus der Hand von Regierungsdirektor Dr. Müschenborn den Ehrenpreis des Landrats, einen Freiflug.

Außer dem Bundesverband für den Selbstschutz hatten sich an der Vorbereitung und Durchführung der Veranstaltung das Zivil- und Katastrophenschutzamt des Landratsamtes, das Deutsche Rote Kreuz, die Johanniter-Unfall-Hilfe, der Malteser-Hilfsdienst, das Technische Hilfswerk, der Deutsche Hausfrauenbund und die Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft beteiligt.

Einen besonderen Anziehungspunkt bildete der Rettungshubschrauber der Deutschen Rettungsflugwacht, der zur Besichtigung freigegeben war. Mit Worten des Dankes an alle Beteiligten

schloß Dienststellenleiter Krämer die gelungene Veranstaltung.

Südwest aktuell

Stuttgart. In Zusammenarbeit mit dem Innenministerium Baden-Württemberg führt die BVS-Landesstelle in diesem Jahr unter dem Motto: „Mehr Sicherheit durch Wissen“ eine Vortragsreihe durch. Die unter der Schirmherrschaft von Innenminister Roman Herzog stehende Veranstaltung wurde am 22. April 1980 mit dem Thema „Waffenwirkungen und Schutzmöglichkeiten“ eröffnet. Weitere Themen sind: „Wie sicher sind Schutzräume?“, „Gefahren aus der Retorte“, „Selbstschutz beim Einsatz von Atomwaffen“, „Wenn die Sirenen heulen“, „Der Rote Hahn“.

Mannheim. Anlässlich der Übergabe eines von einer Firma gestifteten Feuerwehr-Fahrzeuges an die Stadt Wiesloch fand am 22. März 1980 ein Autokorso aller Katastrophenschutz-Organisationen statt, an dem die Einsatzfahrzeuge dieser Organisationen teilnahmen. Die Fahrbare Aufklärungs- und Ausbildungsstelle der BVS-Dienststelle Mannheim, die unmittelbar hinter den ABC-Fahrzeugen der Stadt Wiesloch fuhr, demonstrierte die Präsenz des BVS in Mannheim.

Rhein-Neckar-Kreis. Die Leiterin der BVS-Dienststelle Mannheim, Anita Darimont, sprach bei einer Kreisverbandversammlung des Gemeindetages zu den anwesenden Bürgermeistern über den Aufbau und die Förderung des Selbstschutzes.

Wenn der BVS Abendveranstaltungen bei Frauenvereinen in den Orten durch-

führt, wird dem Bürgermeister von der BVS-Dienststelle ebenfalls eine Einladung übermittelt. Mehrmals nahmen Bürgermeister und Gemeinderatsmitglieder an solchen Veranstaltungen teil.

Rottweil. Mitarbeiter der BVS-Dienststelle Rottweil boten den Jugendlichen ab dem 15. Lebensjahr die Möglichkeit der Teilnahme an einem Selbstschutz-Grundlehrgang an. Überraschend war die positive Resonanz auf diesen Aufruf. Mit großer Aufgeschlossenheit und lebhaftem Interesse nahmen die Jugendlichen an dem Lehrgang teil. In Gesprächen kam dabei zum Ausdruck, daß der Gedanke des Helfenwollens und Helfenkönnens doch eine große Rolle für die Teilnehmer spielt.

Auszeichnung für unfallfreies Fahren

Der Ausbilder und Geräteverwalter der Fahrbaren Aufklärungs- und Ausbildungsstelle Schwäbisch Hall, Dieter Staudenmaier, wurde in einer kleinen Feier in der BVS-Dienststelle mit einer Urkunde für 150 000 km unfallfreies Fahren ausgezeichnet. Diese Strecke hat er mit dem Dienstfahrzeug innerhalb von acht Jahren zurückgelegt. BVS-Dienststellenleiter Peter Grab überreichte die Urkunde im Namen von Landesstellenleiter Raach.

In seiner Ansprache würdigte Grab die Verdienste der Mitarbeiter, die bei Wind und Wetter mit den Fahrbaren Aufklärungs- und Ausbildungsstellen zu jeder Tageszeit unterwegs sein müssen. 150 000 km, das ist eine Strecke, die fast viermal um den Äquator reicht.

Bayern

Aufklärung während des Probealarms

Während der Sirenenprobung am 26. März 1980 hatte die BVS-Dienststelle Landshut in Eggenfelden, Erding und Landshut an verkehrsgünstigen Plätzen Informationsstände aufgebaut. Hier konnte die Bevölkerung Rat und Auskunft erhalten. Die Mitarbeiter hatten Gelegenheit, Sinn und Zweck des Warnendienstes zu erläutern, Sirensignale zu erklären und über Selbstschutzmaßnahmen zu informieren. Viele Bürger machten von dieser Möglichkeit Gebrauch.



Ständig mußten – wie hier in Erding – die BVS-Helfer neues Informationsmaterial auflegen.

Trotzdem kann nicht verschwiegen werden, daß sehr viele Menschen diesen Problemen noch desinteressiert gegenüberstehen. Andererseits gibt es auch Bürger, die offen ihre Angst zeigen und Vorsorgemaßnahmen des Staates bereits als untrügliche Zeichen für eine nahe Weltkatastrophe deuten. Hier erfüllt der BVS eine besondere Aufgabe, nämlich die, Panik zu verhindern.

Durch gezielte Maßnahmen versucht der Staat, die Grundlagen für einen wirksamen Selbst- und Katastrophenschutz zu schaffen. Solche Angebote des Staates sollen die Selbsthilfe der Bürger unterstützen.



Gemeinschaftsübung der Ortsverbände im Lüngmoor

Unter Leitung des THW-OV Schleswig fand eine gemeinsame Übung der Ortsverbände des Geschäftsführerbereichs Rendsburg im Lüngmoor statt. Das Lüngmoor liegt im Herzen des Kreises Schleswig-Flensburg, in der Nähe der Gemeinde Stolk. Durch sehr starken Birkenbewuchs droht dieses Hochmoor auszutrocknen. Von der Unteren Landschaftspflegebehörde des Kreises Schleswig-Flensburg war das THW Schleswig gebeten worden, im Rahmen einer Übung große Teile des Baumbestandes zu entfernen. Die Aktion sollte gleichzeitig der Auftakt zu anderen Reaktivierungsmaßnahmen sein, die erst nach dem Entfernen des Bewuchses anlaufen konnten.

Bei der Planung der Übung wurde es Zugführer Friedrichsen vom 2. BZ SL-FL sehr schnell klar, daß diese Aufgabe die Möglichkeiten des OV Schleswig bei weitem überstieg. Er bat daher die anderen Ortsverbände um Unterstützung. Die Ortsverbände Sörup, Rendsburg

und der Stützpunkt Louisenlund stellten für die Übung Teileinheiten ab.

Ausbildungsziel war für die Helfer die sichere Handhabung von Hand- und Motorsägen, Äxten, Beilen etc. sowie das Fällen von Bäumen unter schweren und schwierigsten Bedingungen. An Übungsobjekten herrschte kein Mangel, mußten doch die Verhältnisse teilweise als „urwaldähnlich“ bezeichnet werden.

Die über hundert Helfer trafen am Übungstag gegen 8.30 Uhr im Moor ein. Nach kurzer Begrüßung und Einweisung in die örtlichen Gegebenheiten wurden die Arbeiten bei herrlichem Sonnenwetter aufgenommen. Zusätzlich zu den Kräften des THW hatten noch zahlreiche andere Organisationen und Verbände ihre Mitwirkung angekündigt; bis auf den Bund für Vogelschutz blieb es leider bei der Ankündigung. Wären alle Kräfte mit den gemeldeten Geräten erschienen, hätte an diesem Tag bedeutend mehr geschafft werden können. Einige ortsansässige Landwirte allerdings unterstützten die Übung durch Gestellung von Akkerschleppern. Weitere Unterstützung erhielt das THW durch den Bürgermei-

ster der Gemeinde Stolk sowie Herrn Andresen von der Unteren Landschaftspflegebehörde.

Die Übung selbst lief ohne größere Probleme ab. Es wurde ein Geländestreifen von ca. 100 m Tiefe auf einer Breite von ca. 350 m restlos vom Baumbewuchs befreit. In weniger stark bewachsenen Einschnitten wurden sogar noch größere Eindringtiefen erzielt. Das gewonnene Holz wurde zersägt und abgefahren. Ein Problem war lediglich die große Menge anfallenden Buschwerks und Geästs auf, die bei einer späteren Aktion beseitigt werden müssen.

Die Sanitätsversorgung während des ganzen Tages war durch den Einsatz von Sanitätern mit einem KTW des 5. SanZg SL-FL sichergestellt, die jedoch kein einziges Mal eingreifen mußten.

Bei Übungsende gegen 17.00 Uhr war von allen Beteiligten zu hören, wie gewinnbringend dieser Einsatz für die Ausbildung war. Man kam überein, daß ein weiterer Übungsaufenthalt folgen soll.

R. F.

Hamburg



Ehrenzeichen für bewährte Helfer

Am 26. April 1980 verlieh THW-Landesbeauftragter Trautvetter Altonaer Helfern das Ehrenzeichen. Ausgezeichnet wurden Zugführer Bernd Balzer (I-Dienst) mit dem THW-Helferzeichen in Gold mit Kranz und der Leiter der Jugendgruppe, Zugführer Manfred Düll, mit dem THW-Ehrenzeichen in Silber.

Beide Helfer gehören seit Jahrzehnten dem Bezirksverband Hamburg-Altona an und hoben sich durch weit überdurchschnittliches Engagement hervor.



THW-Landesbeauftragter Trautvetter (Mitte) mit den beiden ausgezeichneten Helfern Balzer und Düll.

Eine dritte Auszeichnung, das Helferzeichen in Gold für Verwaltungshelfer Holger Riemann, wurde am 9. Mai 1980 überreicht. D. B.

Kelly-Familie beim THW

Eine interessante wirtschaftliche Leistung führte der THW-Bezirksverband Mitte für einen guten Zweck durch. Im Auftrag einer Hamburger Tageszeitung sollte einem alten Windjammer geholfen werden. „Rettet die Passat“, hieß das Motto, das sich zahlreiche Hamburger

Firmen auf die Fahnen geschrieben hatten. Ein Sonderzug fuhr vom Hamburger Hauptbahnhof nach Travemünde. Dort sorgte ein buntes Programm mit vielen prominenten Künstlern im Festzelt für Stimmung. Eine Auktion brachte über 3000 DM, wobei allein eine Mütze des Bundeskanzlers für 1000 DM unter den Hammer kam. Das THW versorgte mit drei Feldkochherden die hungrigen Besucher.

Nach ihrem Auftritt versammelte sich die bekannte Kelly-Familie an der THW-Feldküche und stellte sich zum Erinnerungsfoto. H. K.



Wer kennt sie nicht aus dem Fernsehen, die Kelly-Familie? Die Erbsensuppe, gekocht vom THW, scheint auch den jüngsten Familienmitgliedern zu schmecken.

115 THW-Helfer übten den Ernstfall

Die Stadt Sarstedt schlief noch, als Fahrzeuge des THW-Ortsverbandes am Samstagmorgen, dem 15. März 1980, mit Blaulicht und Sirenen durch die stillen Straßen jagten: Die THW-Helfer übten den Ernstfall. Angenommen wurde ein Explosionsunglück in der Gießerei der ehemaligen Voss-Werke.

Um 4.45 Uhr waren durch die Feuerwehrtechnische Zentrale in Groß-Düngen die THW-Bergungszüge Sarstedt und Hildesheim sowie Teile des THW-Instandsetzungszuges über Funkmeldeempfänger alarmiert worden. Für manchen THW-Helfer war es ein langer Anmarschweg bis zum Einsatzort in der Sarstedter Glückaufstraße. Der Einzugsbereich des Ortsverbandes erstreckt sich nämlich von Laatzen bis Bad Salzdetfurth und von Elze bis Schöningen.

Ziel der Übung war die Zeitermittlung von der Alarmierung bis zur Einsatzbereitschaft und die Überprüfung des Ausbildungsstandes. Hier zeigte sich, daß die Alarmierung noch nicht optimal ist: Der Bergungszug Hildesheim traf erst nach drei Stunden auf dem Übungsge-lände ein.

Vierzig Verletztendarsteller – THW-Helfer aus dem benachbarten Ortsverband Ronnenberg – waren von den anrückenden Bergungszügen zu versorgen. Jeder Handgriff mußte sitzen, wenn nicht aus den Darstellern echte Verletzte werden sollten. Behindert durch starke Rauchschwaden mußten die „Opfer“ von zwölf Meter hohen Maschinenanlagen abgeseilt werden. Brennschneidgeräte wurden eingesetzt, um die zwischen Maschinentrümern liegenden Männer zu befreien. Aus den Fenstern der ersten Etage und aus tiefen Schächten wurden weitere „Verletzte“ geborgen. In einem Fall mußte eine Außenmauer durchbrochen werden, um an „Verschüttete“ zu gelangen.

Über den gesamten Zeitraum der Übung war die E-Gruppe des Instandsetzungszuges für die Stromversorgung der eingesetzten Maschinen und Flutlichtscheinwerfer verantwortlich.

Die Technische Einsatzleitung hatte THW-Kreisbeauftragter Kurt Carstens, der zum Teil über Funk für den schwerpunktmäßigen Einsatz der Kräfte sorgte.

Stadtdirektor Bormann, der Vertreter des Landkreises, Schlüter, sowie der Hauptsachgebietsleiter Ausbildung vom THW-Landesverband, Lubach, überzeugten



Der Mauerdurchbruch ist geschafft: Hildesheimer THW-Helfer beim „Verletzentransport“.

sich von der Leistungsfähigkeit der THW-Ortsverbände und fanden am Übungsschluß anerkennende Worte.

Insgesamt waren 115 THW-Helfer mit 20 Fahrzeugen im Einsatz. Für ein schmackhaftes Essen sorgte der Verpflegungstrupp des THW-OV Sarstedt.

R. E.

Dipl.-Ing. Eckhard Leiser Nachfolger von Hans Sahlender

Zur Vorstellung des neuen THW-Landesbeauftragten für Niedersachsen, Dipl.-Ing. Eckhard Leiser, kam der Vizepräsident des Bundesamtes für Zivilschutz, THW-Direktor Dipl.-Ing. Hermann Ahrens, am 1. April 1980 in die Dienststelle des THW-Landesverbandes Niedersachsen.

Landesbeauftragter Leiser, der sich vor seiner Entscheidung für die Mitarbeit im THW einige Monate in einem Bremer THW-Ortsverband als Helfer umgesehen hatte, sieht eines seiner Hauptziele für die Zukunft in der Festigung des Vertrauens der Bevölkerung in die Leistungsbereitschaft des THW.

Der ehemalige Landesbeauftragte Sahlender überreichte Leiser einen Speer, mitgebracht vom Äthiopieneinsatz des THW im Jahre 1974, mit den launigen Worten: „Und wenn Du denkst, es geht



Alt-LB Sahlender (Mitte) überreicht seinem Nachfolger Leiser einen Speer, mitgebracht vom Äthiopien-Einsatz im Jahre 1974, als „Würdenzeichen“. Rechts im Bild THW-Direktor Ahrens.

nicht mehr, gibt Kraft Dir dieser Hauptlingspeer“.

THW-Landessprecher Gerhard Brunke, Kreis- und Ortsbeauftragter für Goslar und Vertreter des ehrenamtlichen THW-bereiches, versprach dem neuen Landesbeauftragten 100 Tage „Schozeit“.

Der Vorsitzende des örtlichen Personalrats, Herbert Wessel, stellte den bisher als Schiffsmaschinenbauingenieur bei einer Werft tätigen Leiser als neuen „Kapitän“ des „THW-Schiffes“ Niedersachsen vor, das mit einer Besatzung von 72 hauptamtlichen Mitarbeitern und über 7000 ehrenamtlichen Angehörigen den Stürmen von Katastrophen und Notlagen zu trotzen hat.

Der neue Landesbeauftragte, 1943 in Schlesien geboren, bot den Mitarbeitern eine kooperative Zusammenarbeit an, in der Erwartung, bei allen ein Höchstmaß an Loyalität für die gemeinsame Sache im humanitären Dienst am Nächsten vorzufinden.

R. B.

THW-OV Uelzen verhindert Straßenüberflutung

Niedersachsen blieb weitgehend von großen Überschwemmungen bei der diesjährige Schneeschmelze verschont. Die eingetretenen Schäden hielten sich in Grenzen. Im Landkreis Uelzen trat jedoch die Ilmenau in weiten Bereichen über die Ufer. Das abschmelzende Schneewasser lief in Sturzbächen über die Äcker den Vorflutern zu.

An der Kläranlage in Uelzen war ein Hochwasserschutzdamm in Gefahr. Durch Gänge von Mäusen sprudelte kräftig das Ilmenauwasser in den Kläranlagenbereich, für die Bundesstraße 191 bestand in der Nähe der Pieperhöfener Teiche die Gefahr einer Überflutung.

An den Dämmen waren schwere Schäden entstanden, die nur behelfsmäßig instandgesetzt wurden. THW-Ortsbeauftragter Rudolf Froin alarmierte in der Nacht von Sonnabend auf Sonntag den 2. Bergungszug, unter Führung von Zugführer Wolfgang Deuter, zu einer Einsatzübung an der Schadensstelle.

Es wurden Pfähle eingeschlagen, Faschinen gebunden und eingebaut sowie die Hohlräume mit Sand verfüllt und verfestigt. Es machte den THW-Helfern Freude, nicht nur zum Bau eines „Türken“ alarmiert worden zu sein, sondern eine nützliche Arbeit verrichtet und anderen geholfen zu haben.

Abschlußprüfung Grundausbildung: durchweg gute Ergebnisse

Im Zeichen der Ausbildungsarbeit, genauer gesagt im Zeichen der Überprüfung des Ausbildungsstandes junger THW-Helfer nach Abschluß ihrer Grundausbildung, standen die ersten Monate dieses Jahres beim THW-Landesverband Niedersachsen. Für 127 Helfer in 14 Ortsverbänden schlug in den vergangenen Wochen und Monaten die „Stunde der Wahrheit“, als es galt, vor den Augen neutraler Prüfer das in zumeist zweijähriger Arbeit Erlernte möglichst fehlerfrei in Theorie und Praxis umzusetzen. Das Gesamtergebnis kann sich sehen lassen: Den praktischen Teil haben alle Helfer bestanden, theoretisch müssen nur einige wenige Helfer nachgeprüft werden.

Hildesheimer und Burgdorfer THW-Helfer beenden Ausbildung

Bereits die Auswertung der 36 theoretischen Prüfungsfragen durch Hauptsachgebietsleiter Friedrich Lubach am 19. April 1980 in Hildesheim deutete an,



Abschlußprüfung in Hildesheim: Binden eines Dreibockbundes.

daß auch die elf Hildesheimer und neun Burgdorfer Helfer mit einem guten Gesamtergebnis würden aufwarten können. Voraussetzung: Ebenso erfreuliche Resultate im praktischen Teil.

Vor fachkundigen Prüfern aus den Ortsverbänden Einbeck, Northeim, Bad Lauterberg und Sarstedt mußten vor der Unterkunft 24 praktische Aufgaben aus den Teilgebieten Umgang mit Seilen und Leitern, Holzbearbeitung, Bewegen von Lasten und Inbetriebnahme von Beleuchtungsgerät absolviert werden. Hier überraschten die Hildesheimer, deren Ausbildung unter unzureichenden Unterkunftsverhältnissen und fehlendem Übungsgelände leidet, durch ein noch besseres Ergebnis als im theoretischen Teil. Erleichtertes Aufatmen nach Auswertung der Ergebnisse nicht nur bei den Prüflingen, sondern auch bei den Ausbildern Engelke und Busche sowie bei Zugführer Gerhard Heckerott und OB Günter Pohl – und ein abschließendes Lob von Hauptsachgebietsleiter Lubach und dem Hildesheimer Geschäftsführer Herbert Wessel.

Gelungene Selbstdarstellung des OV Hann. Münden

Das erste Mai-Wochenende hatte der Kreis- und Ortsbeauftragte des THW-OV Hann. Münden, Friedhelm Rieger, ausgewählt, um eine Fahrzeug- und Geräteschau auf dem Schloßplatz der Mündener Bevölkerung zu präsentieren. Dazu hatte das THW seinen gesamten Fahrzeugpark, unterstützt von benachbarten Ortsverbänden, sowie diverses Großgerät aufgeboden. Publikumswirksame Aktionen, wie Inbetriebnahme von Sauerstoffanlage und Hydroschere, sorgten für Abwechslung im Programm.

Das 27jährige Engagement von Friedhelm Rieger, der als 13jähriger mit seinem Vater und späteren OB Josef Rieger bereits 1953 dem THW beigetreten war, wurde durch Auszeichnung mit dem THW-Ehrenzeichen in Silber gewürdigt, das zu Beginn der Veranstaltung vom neuen niedersächsischen THW-Landesbeauftragten, Dipl.-Ing. Eckhard Leiser, im Beisein von zahlreichen Gästen übergeben wurde. Stv. OB Horst Elsner wurde für seine langjährige Tätigkeit mit der THW-Ehrenplakette ausgezeichnet. Das Helferzeichen in Gold mit Kranz erhielt Zugführer Jürgen Schütz. Drei Helfern aus dem OV Gieboldehausen überreichte Leiser das Helferzeichen in Gold.

Alles in allem war die Präsentation eine gelungene Aktion der Mündener Helfer, bei der trotz kühler Witterung mehrere tausend Zuschauer über Stand, Aufgaben und Einsatzmöglichkeiten des THW informiert wurden.

„Tag der Sicherheit“ in Goslar: THW mit Fahrzeug- und Geräteschau dabei

Eine Woche lang feierte die Freiwillige Feuerwehr Goslar ihr 125jähriges Bestehen mit einem vielseitigen Veranstaltungsprogramm. Den Höhepunkt bildete ein „Tag der Sicherheit“, der unter Beteiligung aller im Katastrophenschutz mitwirkenden Organisationen am 11. Mai auf dem Schützenplatz in Goslar durchgeführt wurde.

Bereits um 10.00 Uhr hatten sich viele tausend Schaulustige versammelt, um ein buntes Programm – u. a. Löschübungen, Hubschraubervorführungen und Fallschirmspringer-Darbietungen – zu genießen. Mit einem kompletten Bergungs- und Instandsetzungszug, einer Trinkwasseraufbereitungsanlage, einem 45-kVA-Notstromaggregat auf Einachsanhänger sowie Film- und Informationszelten hatte sich das THW unter Leitung des Goslarer THW-Kreis- und Ortsbeauftragten und frischgebackenen Lan-

dessprechers Gerhard Brunke äußerst wirkungsvoll etabliert. In Erkenntnis, daß die Selbstdarstellung mit eigenen Mitteln bei dieser Großveranstaltung nicht ausreichen würde, hatte er die Ortsverbände Sarstedt (I-Zug), Hildesheim (B-Fahrzeuge), Hann. Münden (Kranfahrzeuge) und Göttingen (TWA) um Unterstützung gebeten.

Das große Interesse, das die Goslarer Bürger dem THW-Ausstellungsteil entgegenbrachten, wurde bei Auftreten des THW-Spielmansszuges Salzgitter noch verstärkt. Dies registrierte der Sachgebietsleiter für Öffentlichkeitsarbeit, Reiner Bormann, der als Vertreter des Landesverbandes gekommen war, besonders erfreut. Sein Dank galt neben dem vor kurzem mit der Ehrenplakette der Stadt Goslar ausgezeichneten KB/OB Brunke, dem Spielmanszug Salzgitter und den Helfern, die wieder einmal einen Sonntag, noch dazu den Muttertag, geopfert hatten, um das THW auf anschauliche Weise zu repräsentieren.

R. B.

Nachrufe

An den Folgen eines Verkehrsunfalles verstarb am 10. Mai 1980 unser Kamerad

Eckehard Schedler

im blühendem Alter von 22 Jahren.

Als Truppführer im THW-Ortsverband Ronnenberg zeichnete er sich durch Treue, Kameradschaft und Einsatzbereitschaft aus.

Wir werden seiner ehrend gedenken.

Der Ortsbeauftragte und die Helfer des Ortsverbandes Ronnenberg.

Am 13. Mai 1980 verstarb an den Folgen eines Verkehrsunfalles der THW-Ortsbeauftragte für Kutenholz

Erich Hink

geb. am 23. 10. 1930.

In treuer Pflichterfüllung und vorbildlicher Kameradschaft war er in über achtzehnjähriger Zugehörigkeit zutiefst dem humanitären Gedanken des THW verpflichtet.

Seit acht Jahren stand er dem Ortsverband Kutenholz als Ortsbeauftragter vor, der sich unter seiner Führung zu einer festen Stütze des Katastrophenschutzes im Landkreis Stade entwickelte.

Sein Name wird im Ortsverband Kutenholz, im Landkreis Stade und im Landesverband Niedersachsen unvergessen bleiben.

Eckard Leiser, Landesbeauftragter Gerhard Brunke, Landessprecher Knut Krise, Kreisbeauftragter



Ein Mai-Wochenende beim Berliner THW

Es ging einmal wieder so richtig rund: Nachdem am Donnerstag, dem 8. Mai 1980, die große Ausstellung „Autos, Avus, Attraktionen“ ihre Pforten geöffnet hatte und das THW sich mit einer großen Ausstellung im Freigelände elf Tage lang im Bereich der „Sonderdienste“ präsentierte, ging es dann ab dem Freitagnachmittag in großer Besetzung an die Arbeit. Herausragendes Ereignis war das ADAC-Avus-Rennen mit einem Meisterschaftslauf der Procar-Serie, bei dem Weltklassefahrer der Formel 1 am Start waren. Wie immer war das THW für den Streckenaufbau, die schwere Bergung und für das gesamte Funk- und Fernsprechnetz bis hinein in den Sicherheitsraum zuständig. Hierfür waren bis zum Sonntagabend über 50 Helfer im harten Einsatz.

Parallel zu diesen Veranstaltungen gab es jedoch noch mehr zu tun. Bei der Eröffnung des „Tages der offenen Tür“ auf dem Flughafen Tempelhof übernahm die E-Gruppe des THW-Bezirksverbandes Charlottenburg mit dem 53-kVA-Aggregat – zusammen mit der Polizei – die Ausleuchtung des Geländes. Wie jedes Jahr wurde das THW von den amerikanischen Behörden um diese Hilfe gebeten.

Die Jugendgruppen der Bezirksverbände Kreuzberg/Neukölln und Spandau



Anlässlich der Ausstellung „Autos, Avus, Attraktionen“ hatte auch das THW im Freigelände eine eigene Präsentation vorbereitet – wie zu sehen ist, war der Besucherandrang sehr groß.



Für die „Sommerkirche“ lieferte der 53-kVA-Stromerzeuger den nötigen „Saft“ für drei Beschallungsanlagen mit Leistungen bis 6000 Watt.

hatten jeweils interessante Wochenendlager geplant und erfreuliche Aktivitäten entwickelt. Während die Kreuzberg/Neuköllner sich in allgemeiner Grundausbildung bis hin zum Wasserdienst übten, hatten die Spandauer ein Schwerpunktprogramm „Holzbearbeitung“, dabei



Das gesamte Funk- und Fernsprechnetz für das ADAC-Avus-Rennen war „made by THW“; im Vordergrund der Antennenmast des MastKw und der Funkleitwagen, im Hintergrund die schnellen Flitzer.

wurden für das „Johannisstift“ Holzgeräte erstellt.

Am Samstag war dann noch eine weitere Gruppe aus Kreuzberg unterwegs, um für die DLRG einen Steg an der Havel wieder herzurichten. Dies war eine besonders schwierige Arbeit, an der man schon mehrere Wochenenden arbeitete.

Der Steglitzer Küchentrupp hatte ebenfalls kräftig zu tun: Bei einem Mieterfest versorgten die THW-Köche 500 Personen mit Eintopf und Grillwürstchen. Und last not least war am Sonntag die E-Gruppe aus dem Tiergarten unterwegs, um bei der „Sommerkirche“, dem Kirchentag zwischen den offiziellen Kirchentagen, die Veranstaltung mit Strom zu versorgen.

Wer mag es dem THW verdenken, daß man froh ist, wenn solch ein Wochenende gut verläuft?

Nordrhein-Westfalen



Arbeitstagung des OV Balve

Zu einer Arbeitstagung fanden sich erstmals sämtliche Ortsbeauftragte und deren Stellvertreter des Technischen Hilfswerks aus dem Märkischen Kreis in Balve ein. Ortsbeauftragter Hubert Flöper sen. konnte außerdem den Kreisbeauftragten Lothar Vollmer, Bereitschaftsführer Harald Schlüter und Geschäftsführer Bernhard Zock begrüßen. Erfreulich überrascht zeigten sich die Ortsbeauftragten über die gepflegte Unterkunft des Balver THW.

Zur Durchführung der Arbeitstagung traf man sich jedoch in der Balver Altentagesstätte. Hier wurde über die Schwierigkeiten und den selbstlosen Einsatz der THW-Helfer bei der Renovierung der Altentagesstätte, einem alten Fachwerkhäus, berichtet.

Zwei wichtige Themen standen auf dem Programm der Tagung: Die räumlichen Arbeitsbereiche bei Unglücksfällen an Bundesbahnstrecken und die Auslandseinsätze des THW. Denn in der Vergangenheit haben sich diese THW-Einsätze im Ausland – bei Erdbeben, Überschwemmungen und Dürre – sehr gut bewährt.

B. F.

Interessante Besichtigungsfahrten

Beim THW-OV Eschweiler ist es in den letzten Jahren schon fast Tradition geworden, ein- oder zweimal im Jahr Besichtigungsfahrten durchzuführen. So wurden im Jahre 1978 das RWE-Kraftwerk Weisweiler und der neue Braunkohlentagebau im Hambacher Forst besucht. Im Januar 1979 fuhr man zum

NATO-Hauptquartier Europa-Mitte nach Brunssum/Niederlande. Bei dieser Exkursion standen Themen der Verteidigungspolitik im Vordergrund. Natürlich galt das Hauptinteresse der THW-Helfer der Zivilverteidigung.

Bei der zweiten Fahrt im vergangenen Jahr folgte man einer Einladung des RWE und besichtigte das Pumpspeicherkraftwerk in Vianden in Luxemburg. Nach einer Fahrt durch die Eifel erreichten die Helfer nach drei Stunden das Informationszentrum im Ourtal. Hier wurden der Bau und die Funktion des Pumpspeicherkraftwerkes in allen Details erklärt. In der anschließenden Diskussion wurden natürlich in erster Linie technische Fragen gestellt. Nach einem guten Mittagessen verabschiedeten die Gesprächspartner des RWE die Besucher des THW.

H. W. B.

Innenminister Gries – ein Freund und Förderer des THW

Im Rahmen des Kreis- und Ortsbeauftragtentagung sowie der Wahl zum Landeshelfersprecher wurde in Anwesenheit von 150 THW-Mitgliedern aus den 57 Ortsverbänden des Landesverbandes Hessen, des Vizepräsidenten des Bundesamtes für Zivildienst und Direktors des Technischen Hilfswerks, Dipl.-Ing. Hermann Ahrens, sowie Ehrengästen der Hessische Minister des Innern Eckehard Gries mit dem vom Bundesinnenminister Gerhart Rudolf Baum verliehenen THW-Ehrenzeichen in Gold durch den Staatssekretär im BMI Dr. Siegfried Fröhlich ausgezeichnet. Gries erhielt diesen bisher selten verliehenen Orden, weil er das THW in Hessen in besonderem Maße gefördert hat. Ihm ist es zu verdanken, daß dem THW in Hessen ein fester Platz im Katastrophenschutz des Landes eingeräumt wurde.

THW-Landesbeauftragter Hans-Albert Lossen hieß alle Gäste herzlich willkommen und gab seiner Freude darüber Ausdruck, daß das Engagement des zuständigen Ministers für das THW mit dem höchsten THW-Orden entsprechend gewürdigt wird. An Staatssekretär Dr. Fröhlich richtete Lossen die Bitte, die Probleme des THW Hessen mit nach Bonn zu nehmen, da man überzeugt sei, daß sie bei ihm gut aufgehoben seien, und er alles in seiner Macht Stehende tun werde, um zu helfen.

Staatssekretär Dr. Fröhlich betonte in seiner Rede: „Das THW braucht Freunde und Förderer, es braucht Förderer, die Verständnis haben für die ideellen Zwecke, die das THW verfolgt, und es braucht Förderer, die mit Rat und auch mit Tat dem THW helfen, die Probleme, vor die es gestellt ist, so zu lösen, daß es bestmöglich seinen Auftrag erfüllen kann. Es gibt keine wichtigeren Freunde und Förderer des THW als die Innenminister der Länder. Das ist etwas, was gerade aus der Sicht des Bundes hier völlig unbefangenen gesagt werden darf.“

Die Innenminister sind ja deswegen so wichtige Partner des THW, weil sie für den friedensmäßigen Katastrophenschutz in ihren jeweiligen Ländern verantwortlich sind, weil sie dafür sorgen können, daß die dort tätigen Organisationen in sinnvoller Weise zusammenarbeiten, weil sie dafür Sorge tragen können, daß in den Landesgesetzen jeder einen vernünftigen Platz findet, der hilfswillig und hilfsbereit ist, und weil sie schließlich auch die Aufgaben nach dem

Staatssekretär Dr. Fröhlich, Bundesministerium des Innern, überreichte dem Hessischen Innenminister Gries das ihm verliehene THW-Ehrenzeichen in Gold.



Nach der Verleihung (von links): THW-Bundes- und Landessprecher Peter Merck, THW-Direktor Hermann Ahrens, Innenminister Eckehard Gries, Staatssekretär Siegfried Fröhlich, THW-Landesbeauftragter Hans-Albert Lossen und Ministerialrat Willy Käppel.



Das THW zeigte auch, was es hat: Blick auf die Fahrzeug- und Geräte-schau.



Gesetz über die Erweiterung des Katastrophenschutzes im Auftrage des Bundes verantwortlich wahrnehmen.

Sie, Herr Minister Gries, sind ein solcher Freund und Helfer und Förderer des Katastrophenschutzes, wie ihn sich der Bundesminister des Innern, aber auch vor allem das THW selbst, wünscht. Sie haben als Innenminister des Landes Hessen in den vergangenen Jahren Ihre Verbundenheit zum Technischen Hilfswerk und Ihr persönliches Interesse an dieser Organisation, ihren Mitarbeitern und ihrem Aufgabenbereich bei vielen Gelegenheiten und in vielfältiger Hinsicht unter Beweis gestellt.

Durch Ihr tatkräftiges Bemühen um eine Integration des Technischen Hilfswerks in das Hilfeleistungssystem des Landes Hessen haben Sie einen vorbildlichen Beitrag zur Verwirklichung des einheitlichen Katastrophenschutzes geleistet. Ihr pragmatisches Handeln hat bewiesen, daß die Grundentscheidung des Bundesgesetzgebers, einen einheitlichen Katastrophenschutz für den Frieden und für den Verteidigungsfall auf der Basis der Freiwilligkeit und der Ehrenamtlichkeit aufzubauen, richtig gewesen ist und daß daraus ein funktionsfähiges System des Katastrophenschutzes entstehen kann, wenn nur die richtigen Männer sich um die Sache kümmern . . .

Die Schlagkraft des Katastrophenschutzes darf ja nicht nur immer an den finanziellen Zuwendungen in Mark und Pfennig des Haushaltsplanes gemessen werden, denn eine straffe, gute und praktikable Organisation, eine qualifizierte Führung und motivierte Helfer sind neben der guten Ausstattung, die eben Geld kostet, mindestens gleichwertige Komponenten eines effizienten Hilfeleistungssystems. Und das ist es, was das THW anerkanntermaßen so besonders auszeichnet, dieser ideelle Schwung und die Motivation, die in dieser Organisation steckt."

Innenminister Gries führte u. a. aus: „Selbst Profis passiert das immer wieder, daß sie gewisse Befangenheit haben, ich finde das nicht schlimm, ich freue mich nämlich sehr über diese Auszeichnung . . .

Ich habe nie ein Hehl daraus gemacht, daß ich Vertrauen zum THW habe und daß ich auch Sympathie für das THW habe.

Ich darf Ihnen hier zu Ihrer Jahrestagung die herzlichen Grüße, auch den Dank der Hessischen Landesregierung überbringen. Ich habe die Gelegenheit immer genutzt, mich vor Ort nicht nur bei den mir unmittelbar Anvertrauten und Unterstellten, sondern auch den mir Zugehörigen einen Besuch abzustatten, um Menschen kennenzulernen, um einen Eindruck von der Leistungsfähigkeit und Leistungsbereitschaft, aber vor allen Dingen auch von den Nöten und Sorgen vor Ort zu bekommen.

Nun ich glaube, wir wissen, wo die Schwachstellen sind, was zu geschehen hat, und ich denke, daß wir durch gemeinsame Anstrengungen hier auch ein Stück vorankommen, wenn es darum geht, die technische Ausstattung zu verbessern, zu erneuern, die Unterbringung zu verbessern . . . Und ich glaube, Sie können als Helfer, Mitarbeiter im THW in der Tat stolz sein auf Ihre Arbeit, auf Ihre Ausrüstung, auf den Idealismus Ihrer Helfer, auf Ihren Ausbildungsstand. Und ich glaube, daß Sie mit dieser Ausrüstung und diesem Standart für die Zukunft auch gewappnet sind. Ich möchte Ihnen im Namen der Landesregierung für diese Einsatzbereitschaft, von der ich weiß, daß sie stets gegeben ist, von der ich weiß, daß sie uns auch offen und fair und bereitwillig entgegengebracht wird, und Ihre Leistungen ausdrücklich und persönlich danken. Denn es ist nicht selbstverständlich, daß so viele Helfer uneigennützig, freiwillig sich zur Verfügung stellen, ohne nach materieller Anerkennung zu rufen, nach Lohn und Entgelt, so viel Zeit opfern, wenn es darum geht, für die Allgemeinheit zu arbeiten und sich auszubilden . . ."

Direktor Ahrens betonte in seiner Ansprache:

„Sie, Herr Minister Gries, haben hier erkennen lassen, daß nicht die einmalige großartige Leistung eines Ministers Pate gestanden hat bei den Überlegungen, sondern daß Sie eigentlich immer in der Zeit, in der Sie dienstliche und private Beziehungen zum THW hatten, sich als Förderer erwiesen haben. Deshalb sind wir sehr stolz und auch sehr dankbar, Sie, der Sie heute als Minister dem THW verbunden sind, Freund und Förderer des THW nennen zu dürfen.

Gerade Ihre Worte, die Sie eben an uns gerichtet haben, die Sie eingeleitet haben mit dem Hinweis, daß Sie sich für die Helfer einsetzen wollen, zeigt ja, daß Sie immer dort, wo Sie stehen, dem THW wohlgesonnen sind und alles tun, damit es im THW noch viel besser geht . . ."

Im Anschluß beglückwünschte Landesheimförsprecher Peter Merck im Namen aller Helfer den Minister zu seiner hohen Auszeichnung.

Am Nachmittag fanden in zwei getrennten Veranstaltungen die Tagung und die Wahl des Landesheimförsprechers statt. Gegen 15.00 Uhr konnte LB Lossen dem neuen und „alten“ Heimförsprecher Peter Merck sowie seinem Vertreter Lothar Fritz zu ihrer Wahl gratulieren. Das Ergebnis wurde von allen Teilnehmern mit Beifall begrüßt.

Informationen aus Hessen

OV Groß-Gerau: „Das THW braucht Förderer“

Bei einer Helferversammlung wurde der erste Schritt zur Gründung eines Fördervereins des THW Groß-Gerau getan. Die einleitenden Worte hierzu kamen vom THW-Kreisbeauftragten Otto Schmidt, der die Vertreter des Magistrats und Kreistages sowie THW-Landesbeauftragten Hans-Albert Lossen und Landessprecher Peter Merck begrüßte und seine Freude zum Ausdruck brachte, daß der „1. Förderer“, Bürgermeister Ingo-Endrick Lankau, an diesem Tage mit dem Helferzeichen in Gold ausgezeichnet wurde. Lossen, der die Auszeichnung vornahm, bedankte sich für die von der Stadt erbrachten Leistungen.

OV Fulda: „Hilfsorganisation im Pferdelaazett“

Unter dieser Überschrift berichtete die Fuldaer Zeitung über den Besuch des Magistrats der Stadt Fulda und des Oberbürgermeisters Dr. Hamberger beim THW-Ortsverband. Ortsbeauftragter Wolfgang Biel informierte die Besucher über Organisation, Aufgaben und Ausstattung des THW. Auf den Ortsverband eingehend legte Biel einige Zahlen

vor: Wert der vom Bund beschafften Ausstattung ca. 800000 DM, 85 aktive Helfer in verschiedenen Fachdienstleistungen usw. So sei der OV jederzeit in der Lage, die an ihn gerichteten Anforderungen zu erfüllen. Damit die Alarmierung der Helfer verbessert werden kann, werden dringend noch Fernmeldemittel benötigt. Dr. Hamberger schlug vor, mit dem Landratsamt ein Konzept zu erarbeiten. Die Stadt Fulda ist zu gegebener Zeit bereit, diese Pläne durch einen Zuschuß zu unterstützen.

OV Spachbrücken: Harte Arbeit – großer Erfolg

In dreimonatiger Bauzeit erstellten die Helfer des OV Spachbrücken unter der Leitung von OB Karl Lantelme eine 15 Meter lange und 3 Meter breite Holzbrücke über die Gersprenz in Rheineheim. Die 1,4 Tonnen schweren Metallträger und die Holzkonstruktion des Bauwerkes wurden von den 20 Helfern fachmännisch zusammengefügt und auf das vorhandene Fundament gesetzt. Die Gesamtkosten von 10000 DM wurden von der Stadt übernommen. Bürgermeister Engelbert Wörz lobte die Arbeit des THW anläßlich der Brückeneinweihung.

OV Bad Homburg: vorbildliche Hilfeleistung

Wie schon so oft haben die Helfer des OV Bad Homburg bei einem Verkehrsunfall in vorbildlicher Weise geholfen. Die erfahrenen Helfer haben bis zum Eintreffen der Polizei die Absicherung der Unfallstelle durchgeführt sowie bei den Bergungs- und den Aufräumungsarbeiten tatkräftig mitgewirkt.

Nachrufe

Am 13. April 1980 verstarb nach langer, schwerer Krankheit der Mitbegründer des THW-Ortsverbandes Neu-Eichenberg

Jakob Herberth

im 64. Lebensjahr. Er war dem Ortsverband bis zur letzten Stunde eng verbunden. Seine THW-Kameraden werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Der Ortsbeauftragte und die Helfer des THW-Ortsverbandes Neu-Eichenberg.

Die Helfer des OV Frankfurt trauern um ihren Gruppenführer des 2. Bergungszuges

Gerhard Schuster

der nach langer Krankheit am 8. Mai 1980 im Alter von 30 Jahren verstorben ist. Sie werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Der Ortsbeauftragte für Frankfurt



Einweihung der Unterkunft des OV Wörrstadt

Am Anfang – vor jetzt 28 Jahren – waren es Kellerräume in der Volksschule Wörrstadt, in denen die Ausbildungsstunden abgehalten wurden und in denen die wenigen Geräte wie Schaufeln, Spaten, Handsägen und Schubkarre untergebracht waren. Durch die langsam, aber stetig steigende Zahl der Helfer und auch durch Gerätezuwachs bedingt, mußten nach und nach Gerätekammern und Unterstellplätze für Fahrzeuge hinzugemietet werden.

Diese Situation veranlaßte die Helfer, im Jahre 1966 zur Eigenhilfe zu schreiten: Mit gespendetem Material errichteten sie auf einem ehemaligen Müllplatz einen kleinen Bau einfachster Ausführung. Er bestand aus einer Garage. Aber auch diese Anlage war bald zu klein, es mußten wieder eine Gerätekammer, ein Büroraum und eine weitere Garage angemietet werden.

Nach 25 Jahren kam die große Wende durch Ankauf einer großzügigen Liegenschaft. Aber zuerst bangten Ortsbeauftragter und Helfer um diese „Traumunterkunft“, denn es waren weitere Interessenten zum Kauf bereit. Dank der persönlichen Mitwirkung von MdB

Dr. Fischer, der die zuständigen Bundesministerien von der Notwendigkeit eines Ankaufs überzeugen konnte, wurde diese Liegenschaft in Bundeseigentum übernommen.

Diese Schilderung gab OB Saala den zahlreichen Gästen, die der Einladung zur offiziellen Einweihung der Unterkunft gefolgt waren; unter ihnen MdB Dr. Fischer, die MdL Heck und Zuber, Vertreter des Landrates, Verbands- und Ortsbürgermeister im Landkreis Alzey-Worms, RAR Müller vom Bundesministerium für Städtebau und Raumordnung, der Kommandeur des Verteidigungskreises 452, OTL Kohl, die Kreisfeuerwehreinспекteure Boots und Sandmann, Wehrleiter der Verbands- und Ortsfeuerwehren, Vertreter von Polizei, DRK, der Wirtschaft und Versorgungsbetrieben – und nicht zuletzt vom THW: Bundessprecher Merck, THW-Direktor Dipl.-Ing. Ahrens, ein Vertreter RD Ständer, Landesbeauftragter Dr.-Ing. Dölbor sowie seine nördlichen und südlichen „Nachbarn“ Dipl.-Ing. Drogies und Dipl.-Ing. Schneider, die „Ehemaligen“ Dipl.-Ing. Sulitze und Geschäftsführer Kruppa sowie die benachbarten Ortsbeauftragten.

Landesbeauftragter Dr.-Ing. Dölbor wertete die Anwesenheit der Gäste als Zei-

chen dafür, daß trotz der bisherigen „Behausung“ eine Kameradschaft aufgebaut wurde, die sich durch Teamgeist, Einsatzbereitschaft und den Willen zur Qualität des Helfenkönnens einen guten Namen gemacht hat. Er übergab mit Dank an alle diejenigen, die zum Gelingen beigetragen haben, einen symbolischen Schlüssel an Ortsbeauftragten Saala.

Der Direktor des THW und Vizepräsident des Bundesamtes für Zivilschutz, Dipl.-Ing. Ahrens, gratulierte dem Ortsverband zu der neuen Unterkunft und sprach den Helfern seine Anerkennung dafür aus, daß sie trotz der erheblichen räumlichen Schwierigkeiten und der Arbeit an der alten wie der Herrichtung der neuen Unterkunft den erforderlichen ausgezeichneten Ausbildungsstand haben, der nur durch harte Arbeit erreicht werden kann. Sein besonderer Dank galt MdB Dr. Fischer, der sich um das Technische Hilfswerk verdient gemacht habe und überreichte ihm die Plakette des THW.

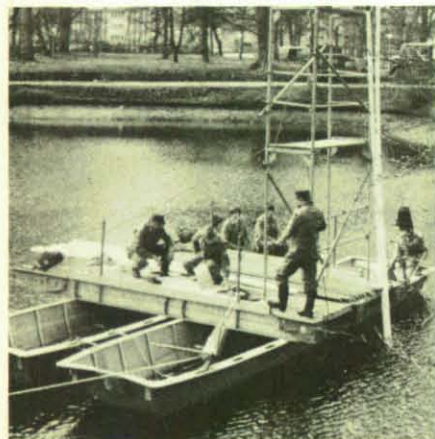
In den anschließenden Grußworten vieler Gäste kamen die Erfolge des Ortsverbandes bei Einsätzen und wirtschaftlichen Leistungen sowie die ausgezeichnete Zusammenarbeit mit befreundeten Organisationen zum Ausdruck.

Baden-Württemberg



Kunst „schwebt“ über dem Ausee

Die Schwäbische Zeitung schrieb am 31. März 1980: „Die Kunstlandschaft in der Friedrichsau ist seit dem Samstag wieder um ein Werk reicher. Zehn Hel-



Um das Kunstwerk schwebend über dem See aufhängen zu können, mußten die Ulmer THW-Helfer ihre Fähre und ein Stahlrohrgerüst aufbauen.

fer des Technischen Hilfswerks Ulm hängten zusammen mit dem Ulmer Künstler Carlos Ramirez dessen Oeuvre, 18 schwarz-weiße Stäbe, an einem 60 m langen Stahlseil quer über den oberen Ausee.“

Zuvor hatten die Ulmer THW-Helfer ihre



Das Werk des Künstlers Ramirez – bestehend aus 18 schwarz-weißen Stäben an einem 60m langen Stahlseil – ist montiert.

Fähre am Ausee aufgebaut und mit einem Stahlrohrgerüst ausgerüstet, um die Konstruktion anbringen zu können. Während der Landesgartenschau werden die Stäbe in den wieder aufgestauten See eintauchen und sich mit dem Spiel der Wellen bewegen.

Nachruf

Am 4. April 1980 verunglückte bei einem Verkehrsunfall

Jürgen Bauß

Seit 1968 war Jürgen Bauß Helfer im THW-Ortsverband Stuttgart. Er blieb nach seinem Ausscheiden als aktiver Helfer dem Ortsverband noch freundschaftlich als Althelfer eng verbunden.

Wir werden diesem Kameraden ein ehrendes Andenken bewahren.

Die Helferschaft und der Ortsbeauftragte des THW-Ortsverbandes Stuttgart



Übung des THW-OV Neunkirchen

Zufrieden zeigte sich der Ortsbeauftragte des THW Neunkirchen, Bürgermeister Ewald Groß, über den Ausbildungsstand des THW-Ortsverbands Neunkirchen bei einer Übung im Gebiet um Kläranlage und Fischweiher im Stadtteil Wellesweiler. Angenommenes Übungsziel war, durch Überschwemmung im Bliestal eingeschlossene Menschen und Tiere zu retten.

Die Rettung gelang. Ortsvorsteher Hermann Poppenhäger, sein Vertreter Heinz Hoffmann, Ortsratsmitglied Mathilde Federkeil und der Vorsitzende der FDP-Fraktion im Neunkircher Stadtrat, Dieter Lieblang, wurden mit einer vom Bergungszug in kurzer Zeit für das Fischgewässer des Angelsportvereins gebauten Personenfähre „gerettet“.

Anerkennung und Lob für die Aktiven, ihre Führung und die starke Jugendgruppe des THW-OV Neunkirchen sprach THW-Landesbeauftragter Günter Fass aus. Insgesamt 46 Helfer mit 8 Kfz waren im Einsatz. Neben dem Bergungszug, der die Personenfähre zur Evakuierung installierte und einen Trümmersteg durch schwer zugängliches Gelände baute, der Jugendgruppe, der die Aufgabe gestellt war, überflutete Keller mit Motorpumpen zu entleeren, und der Feldschmiede, in der von der Instandsetzung Bauklammern geschmiedet und Werkzeuge wieder einsatzfähig gemacht wurden, war auch der Verpflegungstrupp mit von der Partie. Die Feldküche sorgte für das leibliche Wohl der Helfer. Die Arbeit der verschiedenen Gruppen wurden von der zentralen Einsatzleitung über Feldtelefon und Funk koordiniert. Gäste und Zuschauer gewannen einen Eindruck von dem hohen Ausbildungsstand und der Leistungsfähigkeit des THW Neunkirchen.

In der Unterkunft fand abschließend die übliche Manöverkritik statt. Abgesehen

Zur „Rettung“ der eingeschlossenen Menschen setzte das THW eine Behelfsfähre – hier im Bau – ein.



Auch die Feldschmiede war in Aktion: Es wurden Bauklammern geschmiedet und Werkzeuge wieder einsatzfähig gemacht.



von einigen kleinen Fehlern konnte nur positiv über die Übung gesprochen werden. Der Ortsbeauftragte bedankte sich besonders bei Zugführer Schug für den guten Übungsablauf und dankte allen Helfern für ihren Einsatz. E. G.

Neugestaltung der Unterkunft in Eigenleistung

Stolz können die Helfer des THW-OV Ludweiler mit OB Knoblauch auf ihre Leistung sein: Innerhalb einer Rekordzeit von drei Monaten haben sie die gesamte Unterkunft in Eigenleistung neugestaltet. Glanzstück der Renovierungs-

maßnahmen ist der Schulungsraum mit einem Wandgemälde des Malers Rudi Hand aus Großrosseln, der in vielen Stunden aus Verbundenheit zum THW, also ohne Kostenberechnung, das 5,50 x 2,80 m große Gemälde geschaffen hat. Als Unterlage diente ihm ein Foto von einer Übung des OV Ludweiler auf dem Warndtweiher.

Bei der Einweihungsfeier bedankte sich Ortsbeauftragter Knoblauch mit herzlichen Worten bei den Helfern für die großartige Leistung. Geschäftsführer Diehl überreichte im Namen des Landesbeauftragten dem Maler Rudi Hand als kleine Anerkennung für die selbstlose Arbeit ein Bronzerelief mit Motiven aus der Arbeit des THW. G. F.

Bayern



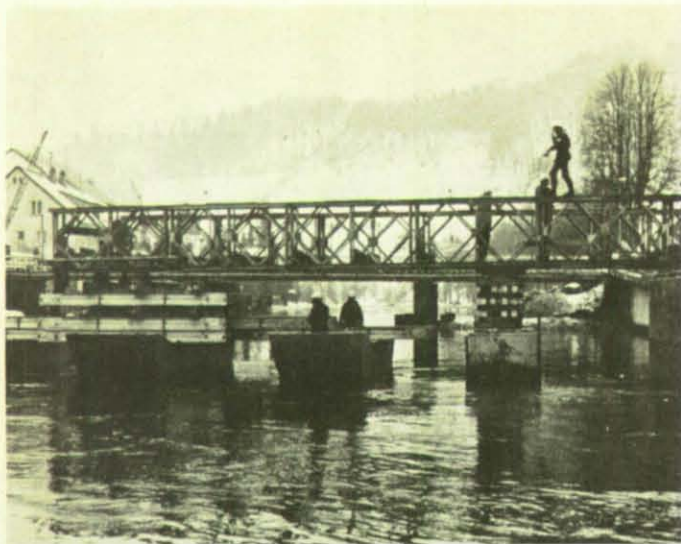
Behelfsbrücke in Präzisionsarbeit zerlegt

In vorbildlicher Präzisionsarbeit zerlegten die Männer des THW Passau die Befehlsbrücke in Hals, die monatelang einzige Verbindung zum Markt, die nun, nach Fertigstellung der neuen Brücke,

überflüssig geworden war. Bereits in finsterner Nacht, Samstag um vier Uhr früh, rückten die 75 freiwilligen Helfer an und arbeiteten bei hellem Schweinwerferlicht. Bis zum Mittag war die Notbrücke in ihre fast 100 großen Einzelteile zerlegt.

Am Samstagvormittag erschien Ober-

bürgermeister Dr. Emil Brichta am Einsatzort und bedankte sich mit herzlichen Worten bei den Männern, die der Stadt geholfen hätten, Geld zu sparen. Ihnen bei der Arbeit zuzuschauen, mache Freude. Der Oberbürgermeister versprach, sich bei den THW-Helfern beim großen „Brückenfest“ mit Bier und Le-



In aller Frühe begann der „Rückzug“ der Behelfsbrücke: Das THW hatte Fähren als schwimmende Stützen unter die Konstruktion gefahren.

berkäse zu revanchieren. Er wisse wohl, daß mit der Brotzeit der Einsatz nicht abgelingen werden könne, vielmehr aber wolle die Stadt ihre Wertschätzung dem THW beweisen. Dr. Brichta dankte vor allem dem Ortsbeauftragten Jonny Goebel, seinen Zugführern und Mitarbeitern. Und später, im persönlichen Gespräch, freute sich Dr. Brichta über die vielen jungen Burschen, die mit Feuereifer bei der Sache waren: „Da sieht man doch, daß die heutige Jugend etwas leisten kann, daß ihr Interesse nicht bei der Pop-Musik aufhört.“

Wer beim Brückenabbau zuschaute, konnte wirklich seine Freude haben an der exakten Arbeit, an den Männern, die bestens aufeinander eingespielt sind. Jonny Goebel: „Das ist die 13. Brücke, die wir demontieren!“ Solche Übungen, die sinnvoll sind, die einen Nutzen haben, werden von den Helfern geschätzt. Zum Training kommt das schöne Gefühl der Selbstbestätigung: Alle Helfer, die ganz jungen und die alten „Hasen“ ebenso, leisten hier viel für das Gemeinwohl.

Der Beginn um 4 Uhr früh war notwendig, denn das Stauwerk konnte den erforderlichen Wasserstand nur bis 6 Uhr früh gewährleisten. Damit die Behelfsbrücke beim Ziehen über den Fluß nicht abknickte, wurden Fähren als schwimmende Stützen daruntergefahren. Da mußte natürlich der Wasserstand stimmen. Zum ersten Male wurde das neue Fahrzeug mit hydraulischer Winde erprobt. Vom Führerhaus aus ist diese leistungsstarke Winde per Knopfdruck zu betätigen. Auf Kommando glitt die 42 Meter lange Brücke ohne Ruck an Land. Nach ein paar Metern wurde gestoppt. Die einzelnen Gliedtafeln, jede länger als drei Meter, wurden ausgeklint und aufgestapelt. Die Behelfsbrücke gehört der Obersten Baubehörde, aufgebaut und demontiert allerdings wird sie nur vom THW.

G. Z.

Das THW rettet ein Biotop

Hüfthoch im eiskalten und ölverschmutzten Wasser, mit nassen Handschuhen und von der Kälte klammern Fingern, so arbeiteten neun Helfer des THW Amberg an einem frostigen Samstag zum Erhalt eines der letzten Biotop, also eines durch bestimmte Lebewesen gekennzeichneten Lebensraumes. Entsprechend dankbar war Dr. Hermann Semmelroch, der Kreisvorsitzende des Bundes Naturschutz und zugleich stv. Landesvorsitzender, daß die THW-Helfer und ihr Ortsbeauftragter Walter Brandler diese Säuberungsaktion durchführten. Später nämlich hätte man Tausende von Fröschen und Kröten, die zu diesem Biotop kommen, beim Abbläuen nur gestört oder durch einen unbedachten Tritt getötet.

Eine Säuberungsaktion des Funkerclubs Kümmersbruck im Landkreis Amberg-Sulzbach war der Hilfe des THW schon vorausgegangen. Doch diesmal mußte man technisches Gerät einsetzen, um in dem Tümpel liegende Tiefkühltruhen, Öfen, eine Unzahl von Reifen und ausgediente Fensterstöcke zu bergen. Sogar Ölfässer, deren Reste sich auf das Wasser verteilt hatten, zogen die Helfer per Seilwinde aus dem übelriechenden Gewässer, das einmal Lebensraum für Amphibien werden soll. Dazu wird man das Wasser aber erst abpumpen und den Schlamm abtragen müssen, bevor hier wieder Leben entstehen kann.

Der Bund Naturschutz hatte erst Kenntnis von diesem Biotop erhalten, als Kinder beim Töten von Kröten und Amphibien beobachtet worden waren. Und dann reagierte man schnell, da diese Feuchtgebiete, die in aller Regel vom Aussterben bedrohte oder zumindest schutzbedürftige Tiere beherbergen, immer seltener werden. Durch die laufende Zerstörung von Teichen, Tümpeln und Sumpfbereichen, so sagte Dr. Sem-

melroch, auch durch die Intensivierung der Landwirtschaft, den Flächenverbrauch durch Siedlungen und Straßen wird der Lebensraum der Frösche, Lurche, Kröten, all der anderen Amphibien und mittlerweile auch der Reptilien immer mehr eingeengt.

Dabei sind diese Tiere sehr nützlich. Sie ernähren sich von Insekten, Nacktschnecken und Käfern aller Art. Kröten zum Beispiel scheuen sich nicht, auch einmal eine Mäusebrut zu räubern – und dienen dann selbst den ebenfalls bedrohten Störchen als Nahrung. Nachdem dieses Biotop am Nordhang des Amberger Mariahilfberges entdeckt worden war – es entstand in einer aufgelassenen Lehmgrube einer Ziegelei und umfaßt ein Fläche von 1,4 Hektar – bemühte sich der Bund Naturschutz, dieses Gebiet zu schützen. Eine der ersten Maßnahmen war die Absperrung der Feldwege, für den Fahrverkehr, um die wilden Müllablagerungen zu unterbinden. Im nächsten Jahr wollen die Naturschützer die Fläche ankaufen und die Geländeform harmonisieren.

„Es könnte ein kleines Stück Paradies werden,“ hofft Dr. Semmelroch mit dem Blick auf Anpflanzungen mit Bäumen, Sträuchern und Blumen, deren Blütezeit sich überlappt, weshalb die Bienen vom Frühjahr bis Spätherbst hier Nahrung finden können. Dazu gesellen sollen sich dann Hummeln, Schmetterlinge und auch Vögel, die in den dichten Hecken ideale Nistplätze vorfinden. Später, so denkt man, könnte dieses Gelände ein interessantes Lehrobjekt für Ambergers Schulen sein.

Als Erfolg der Kreisgruppe des Bundes Naturschutz Amberg-Sulzbach will man das Biotop, das nicht zuletzt durch die Hilfe des THW entstanden ist, bei der Landestagung der Naturschützer vorstellen. Die Bemühungen darum haben Regierungsdirektor Siede aus Regensburg, der Leiter der Arbeitsgruppe Amphibienschutz im Bund Naturschutz Bayern, und der Biologe Kamphausen bereits gewürdigt.

W. S.

Nachruf

An den Folgen eines Verkehrsunfalles starb am 26. März 1980 unser Helfer

Peter Schröder

im Alter von 17 Jahren.

Die Helfer des THW-Ortsverbandes Blaubeuren trauern um ihren einsatzfreudigen Kameraden.

Sie werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Die Helfer des Ortsverbandes Blaubeuren

Erprobung der verkürzten Ausbildung für Helfer des Warndienstes

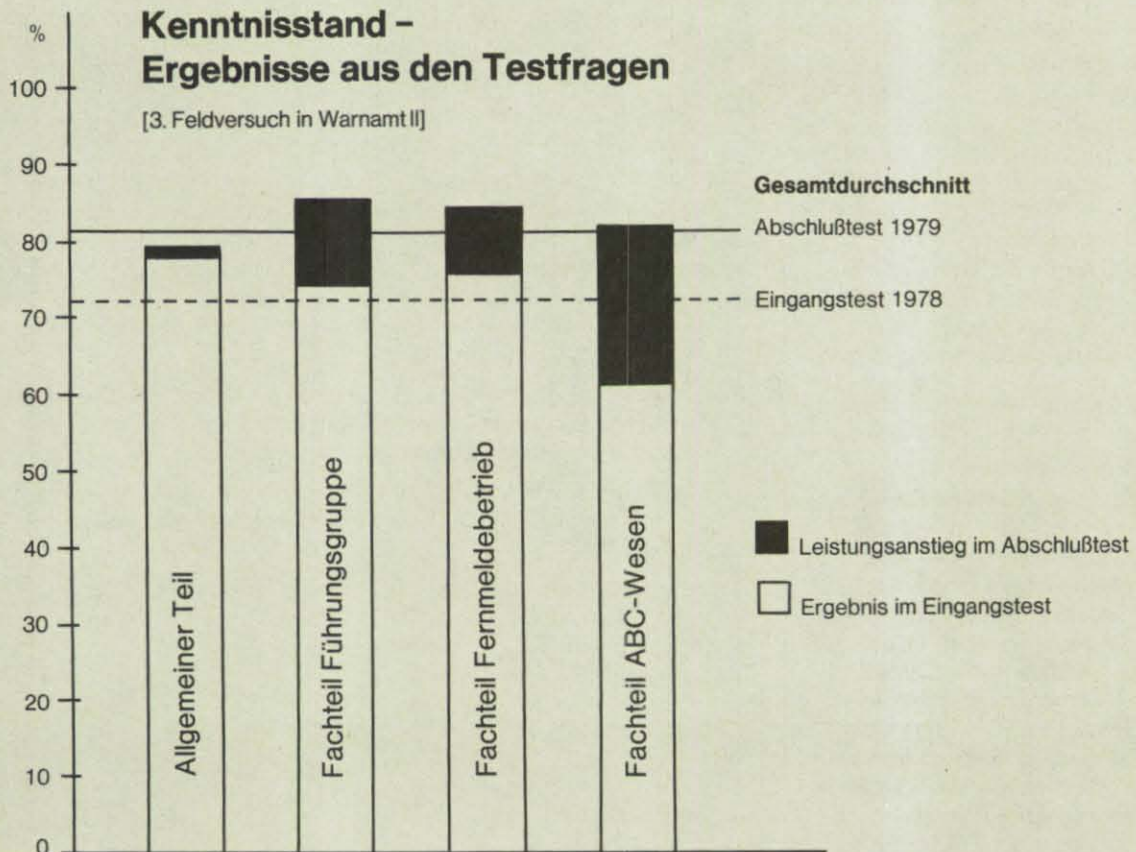
Durchführung und Ergebnisse

Neben den Erwartungen, die in eine Verkürzung der Helferausbildung gesetzt werden, ist im ZS-MAGAZIN 1/79 unter dem Titel „Reform der Ausbildung“ auch der Entwurf eines Zehn-Jahres-Ausbildungsturnus für Helfer im Warndienst erschienen. Dieser Entwurf sieht nach Abschluß der Erstausbildung, also mit Beginn des 3. Verpflichtungsjahres, eine von bisher 120 Stunden auf 80 Stunden verminderte jährliche Dienstleistung vor. Mit Ablauf des 5. Ausbildungsjahres soll eine weitere Reduzierung auf jährlich 68 Stunden erfolgen. Die genannten Stundenzahlen enthalten eine pauschale Wegezeit von einer Stunde pro Ausbildungsveranstaltung.

Nach diesem Rahmenplan wird seit Mitte 1978 in zwei Warnämtern die Ausbildung der Helfer erprobt. In diesem Arti-



Der Warndienst im Bild: der Schaltschrank der Niederspannungs-Hauptverteilung.



kel soll dem Leser ein Überblick über die Durchführung und die bisher gewonnenen Ergebnisse dieser als 3. Feldversuch bezeichneten Ausbildung gegeben werden.

Eine an den 3. Feldversuch gestellte Aufgabe war es, festzustellen, ob die verkürzte Ausbildungszeit sich negativ auf die Erhaltung des Ausbildungsstandes auswirkt. Diese Frage ist von besonderer Bedeutung, da die Einsatzbereitschaft des Warndienstes direkt vom Niveau der theoretischen Kenntnisse und den praktischen Fähigkeiten der Helfer abhängt.

Zu Beginn des Feldversuchs wurde der Ausbildungsstand des Teilnehmerkreises durch einen Eingangstest festgestellt. Für die Ermittlung der theoretischen Kenntnisse diente ein eigens dazu erarbeiteter Testfragebogen. Im „Allgemeinen Teil“ wurden Fragen zur Organisation und den Aufgaben des Warndienstes gestellt. Weiterhin mußten fachspezifische Fragen aus dem Bereich der Führungsgruppe, des Fernmeldebetriebs und des ABC-Wesens bearbeitet werden. Alle Helfer – gleich welcher Fachgruppe – hatten den gesamten Fragenkomplex zu beantworten.

Im zweiten Teil des Eingangstests wurde mit Hilfe einer internen Übung der Ausbildungsstand am Arbeitsplatz festgestellt. Anschließend erfolgte eine Auswertung der Fragebogen und der Testübung. Die Ergebnisse der Auswertung waren Grundlage der Ausbildungsplanung für den nachfolgenden, auf ein Jahr befristeten Versuchszeitraum.

Daß der Ausbildungsstand der Helfer des Warnamtes II trotz der verminderten Ausbildungszeit nicht nur gehalten, sondern sogar gesteigert werden konnte, zeigte die Auswertung des Mitte 1979 durchgeführten Tests. Für diese als Abschluß des Versuchs vorgesehene Überprüfung wurde der bereits im Eingangstest verwendete Fragebogen und die gleiche Testübung zur Ermittlung des Ausbildungsniveaus herangezogen.

Damit war für eine Vergleichbarkeit der Testergebnisse eine grundlegende Voraussetzung geschaffen.

Die Ergebnisse sind dem Schaubild zu entnehmen. Hier zeigt sich, daß der Kenntnisstand in allen Teilbereichen verbessert werden konnte. Eine erhebliche Steigerung hat das Niveau in dem Fachteil „ABC-Wesen“ bei allen Helfern des Warnamtes II erfahren. Der Gesamtdurchschnitt konnte in diesem Warnamt von ca. 72% auf ca. 81% angehoben werden. Ein Vergleich der Übungsauswertungen läßt ebenfalls eine Leistungssteigerung erkennen. Fehler, die noch in der Eingangsphase des Feldversuchs erkennbar waren, wiederholten sich

während der Abschlußübung nicht. Die Arbeitsabläufe in den einzelnen Fachgruppen wurden trotz zwischenzeitlich eingeführter Neuerungen mit wenigen Ausnahmen voll beherrscht. Leider fehlte in einzelnen Arbeitsgruppen allgemein die Bereitschaft, an anderen Arbeitsplätzen auszuhelfen, wenn die dort anfallende Arbeit nicht mehr zeitgerecht bewältigt werden konnte.

Der 3. Feldversuch wird zur Zeit noch auf unbestimmte Zeit in den beiden Erprobungswarnämtern fortgesetzt.

Im 2. Halbjahr 1979 wurden auch einige WD-Leitmeßstellen und eine WD-Ver-

bindungsstelle in die Erprobung einbezogen. Die dort zu Beginn der verkürzten Ausbildung durchgeführten Eingangstests – ebenfalls aus der Beantwortung eines Fragebogens und einer Übung bestehend – waren auf die speziellen Aufgaben dieser Dienststellen abgestimmt. Auch hier sind die Erkenntnisse aus den Testauswertungen in die Ausbildungsplanung eingegangen.

Die Abschlußüberprüfungen sind für diese Dienststellen Mitte 1980 vorgesehen. Die Ergebnisse aus den Bereichen der WDLmSt und WdVerbSt bleiben also noch abzuwarten. R. Brigulla

STELLENAUSSCHREIBUNG

Beim **Bundesamt für Zivilschutz, Bonn-Bad Godesberg**, ist im Referat WD 4 die Planstelle eines

Hilfsreferenten

(männlich oder weiblich) kurzfristig mit einem Beamten oder Angestellten neu zu besetzen. Die Planstelle ist nach Besoldungsgruppe A 14 BBesO bewertet.

Das vorzunehmende Aufgabengebiet umfaßt u. a.:

- Grundsatzfragen der Fernmeldetechnik im Warndienst,
- Technische Aufsicht und Überprüfung der fernmeldetechnischen Einrichtungen in den Warnämtern und im nachgeordneten Bereich,
- Fachtechnische Vorbereitung von Beschaffungen für Ersatz- und Ergänzungsausstattungen auf dem fernmeldetechnischen Gebiet sowie von Wartungsverträgen,
- Zusammenarbeit mit Vertretern der DBP in grundsätzlichen Fragen der Fernmeldeverbindungen, der Fernmeldetechnik und des Fernmeldebetriebes, besonders hinsichtlich der Redundanz der Netze,
- Mitwirkung bei der Planung und Durchführung der Aus- und Fortbildung des fernmeldetechnischen Personals.

Gesucht wird ein Beamter des höheren Dienstes mit abgeschlossener Hochschulausbildung (Dipl.-Ing.) auf dem Gebiet der Elektrotechnik/Elektrischen Nachrichtentechnik mit guten Kenntnissen für die bestehende Warndiensttechnik wie auch für die zu erwartenden elektronischen Systeme und Techniken des Warndienstes. Kenntnisse auf dem Gebiet der Datenverarbeitung sind erforderlich.

Erwünscht sind Kenntnisse und Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit der Deutschen Bundespost und der Bundeswehr auf dem Gebiet der Fernmeldetechnik sowie Einsatzerfahrungen im Warndienst.

Bei Bewerbern im Angestelltenverhältnis müssen die Voraussetzungen und die Bereitschaft zur Übernahme in das Beamtenverhältnis gegeben sein.

Bewerbungen mit handgeschriebenem Lebenslauf, tabellarischer Übersicht über den Ausbildungs- und beruflichen Werdegang, Zeugnisabschriften (Kopien) und Lichtbild werden bis zum **16. 6. 1980** unter Angabe der **Kennzahl 525** erbeten an das

Bundesamt für Zivilschutz
Postfach 200850
5300 Bonn 2

Seit Anfang 1979 hat Berlin das Forschungsvorhaben „Telebus“ für Behinderte. Es handelt sich um einen Behindertenfahrdienst besonderer Art. Damit ist beabsichtigt, die Mobilität des behinderten Mitbürgers zu erhöhen, um ihn damit am gesellschaftlichen Leben besser teilnehmen lassen zu können. Es war z. B. den Rollstuhlfahrern aufgrund der Konzeption des bisher bestehenden Nahverkehrssystems nur sehr schwer möglich, ein Kaufhaus aufzusuchen, Verwandte oder Freunde zu besuchen und in die Oper oder das Theater zu kommen. All dieses soll „Telebus“, in der Gegenwart als Forschungsvorhaben und in der Zukunft hoffentlich als Dauer-einrichtung, dem behinderten Mitbürger möglich machen. Es handelt sich um ein bedarfsgesteuertes Transportsystem mit speziell für den Behinderten hergerichteten Fahrzeugen mit Rollstuhlhebevorrichtung und Befestigungssystemen.

Wie funktioniert nun das Ganze? Der Behinderte äußert der Telebuszentrale telefonisch oder per Postkarte seinen Fahrtwunsch, ähnlich dem Fahrgast, der ein Taxi bestellt. Der „Telebus“ fährt zum gewünschten Zeitpunkt vor das Haus. Der Behinderte wird bei Bedarf mit seinem Rollstuhl vom Fahrpersonal, Fahrer und Beifahrer, aus der Wohnung geholt. Sollte kein Fahrstuhl vorhanden sein, ist er notfalls auch über das Treppenhaus zu tragen. Die Hebebühne erleichtert dem Fahrpersonal das Einbringen des Rollstuhles in den Telebus. Nun wird der Behinderte mit dem Telebus zu seinem Fahrtziel gebracht. Auch hier ist an die Hilfe des Fahrpersonals gedacht. Zu einem späteren gewünschten Zeitpunkt wird der Fahrgast wieder in seine Wohnung befördert.

All das kann nur funktionieren, wenn zu jedem Zeitpunkt genügend Fahrzeuge zur Verfügung stehen, um auch jeden Bedarf zu decken. Das kann in Zukunft nur mit Hilfe der elektronischen Datenverarbeitung möglich sein. Der ökonomisch richtige Einsatz ist Bedingung.

Es handelt sich um sehr teure Spezialfahrzeuge, bei denen unnötige Leerfahrten, aber auch Stillstandzeiten vermieden werden müssen. Das System muß mit Hilfe der EDV finanziell tragbar gemacht werden.

In wenigen Monaten sollen dem Fahrpersonal des „Telebusses“ mit Hilfe eines Datensichtgerätes sämtliche Informationen über seinen Fahrgast und auch die Fahrtroute „zugespielt“ werden. Der Fahrer kann dann auch direkt mit dem Rechner korrespondieren, um

Wolfgang Reckel

Der Telebus läuft und läuft und . . .

Der ASB ist an einem Forschungsauftrag des Bundesministeriums für Forschung und Technologie beteiligt



Jungfernfahrt des Telebusses beim ASB-Ortsverband Berlin. Zum gewünschten Zeitpunkt wird der Fahrgast zu Hause abgeholt, mit Hilfe einer Hebebühne sicher in den Telebus gehoben und zum gewählten Fahrziel befördert.

ihm seinen Standort, frei oder besetzt, Nichteinhalten der Fahrzeit usw. mitteilen zu können. Der Rechner soll dann sofort reagieren und den Fahrauftrag, wenn nötig, einem anderen Telebus „zuspielen“.

In naher Zukunft soll auch nur noch der Fahrer auf dem „Telebus“ vorhanden sein. Der Behinderte soll dann durch sogenanntes „fliegendes Hilfspersonal“ in kleineren, also auch billigeren Fahrzeugen dem Telebus zugeführt werden. Dieses Personal hilft dem Behinderten in der Wohnung in den Rollstuhl. Es soll dann sogar den schwerer Behinderten beim Ankleiden behilflich sein. All dieses zu steuern, kommt also dem Rechner zu, dem zur Zeit das Programm geschrieben wird. Der Behinderte soll ja schließlich pünktlich genau, wie er es sich gewünscht hat, um 20.00 Uhr im Theater am Kurfürstendamm sein.

Am gesamten Forschungsvorhaben sind – der Senator für Arbeit und Soziales – der Senator für Wirtschaft

- die Studiengesellschaft für Nahverkehr (SNV)
- der Berliner Zentralausschuß für soziale Aufgaben (BZA) gemeinsam beteiligt.

Der Bundesminister für Forschung und Technologie fördert mit erheblichem Zuschuß dieses Forschungsvorhaben, dessen Ergebnisse richtungweisend für die gesamte Bundesrepublik Deutschland sein sollen.

Das Forschungsvorhaben gliedert sich kurzgefaßt in drei Teile:

- Es wird ein zentraler Fahrdienst für Behinderte in Berlin eingerichtet, erprobt und ausgewertet.
- Es werden in einer Grundsatzuntersuchung die Zahlen der Behinderten in Berlin ermittelt und deren spezifische Gruppierung erfaßt.
- Es wird im Bereich der Fahrzeugtechniken ein behindertengerechtes Fahrzeug entwickelt, erprobt und bis zur Serienreife geführt.



In einem Forschungsauftrag soll u. a. auch der transportgerechte Rollstuhl entwickelt werden. Heute hat das Fahrpersonal Schwierigkeiten, den Rollstuhl im Bus zu befestigen, damit der Behinderte nicht gefährdet wird.

● Der transportgerechte Rollstuhl soll entwickelt und erprobt werden.

Sicherlich sind aus diesen Ergebnissen grundsätzliche Normen zu erwarten, wie sie sich im Rettungswesen seit Jahrzehnten bewährt haben. Eine DIN-Krankentrage paßt halt in jeden Krankenwagen und läßt sich beinahe unbemerkt befestigen. Beim Rollstuhl ist das längst noch nicht soweit. Das Telebusfahrpersonal hat da schon mitunter seine liebe Not, den Rollstuhl in angemessener Zeit zu befestigen, damit der Behinderte nicht gefährdet wird.

Was hat der Arbeiter-Samariter-Bund mit dem „Telebusssystem“ zu tun? Seit vielen Jahrzehnten ist der ASB mit dem behinderten Mitbürger verbunden. Viele andere gleichartige Organisationen tun das auch. Inzwischen haben sich auch gewerbliche Unternehmen in den Dienst gestellt. Jeder arbeitete mehr oder weniger gut koordiniert für sich.

Das System Telebus ist als eine alle verbindende Sache anzusehen und es mußte auch so kommen. Wir können das am besten mit den schon seit Jahren gut arbeitenden Rettungsleitstellen

vieleorts vergleichen. Die zentrale Koordination, das Einbringen von Fahrzeugen und Personal in einen Pool und die zentrale Abrechnung über EDV erscheint als kostengünstiger für alle Beteiligten. Geschäftsträger ist der eben schon erwähnte Berliner Zentralausschuß für soziale Aufgaben (BZA) e. V., in dem die Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege Mitglied sind ebenso wie der Senator für Arbeit und Soziales.

Der ASB ist durch seine Dachorganisation, den Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband (DPWV), darin vertreten. Dieser wiederum übernimmt soziale Aufgaben nicht selbst, sondern versucht die Weitergabe an eine Mitgliedsorganisation wie den ASB.

Um an der großen Aufgabe „Telebus“ mitarbeiten zu können, erhielt der ASB vom DPWV ein Behindertenspezialfahrzeug zur Verfügung gestellt. Es wurde entsprechend den Anforderungen des Systems umgerüstet und eingerichtet. Die auffällige gelbgrüne Lackierung gehört dazu. Mittel des Bundesministers für Forschung und Technologie standen dazu zur Verfügung.

Seit dem 7. September 1979 läuft und läuft . . . der ASB-Telebus im Fünf-Tage-Schichtsystem neben den anderen bisher bestehenden 40 Fahrzeugen der verschiedenen Träger, wie wir alle hoffen, so gut, daß er nicht der einzige bleibt. Das dafür hauptamtlich eingestellte Personal bemüht sich sehr. Vielleicht kann es in Zukunft durch ehrenamtliches unterstützt werden.



Beim Telebus handelt es sich um ein sehr teures Spezialfahrzeug. Mit Hilfe der elektronischen Datenverarbeitung sollen unnötige Leerfahrten, aber auch Stillstandzeiten vermieden werden.

Dr. Veronika Carstens übernahm die Schirmherrschaft

JUH im Kampf gegen Bluthochdruck

Für Oktober eine bundesweite Aktion geplant

Unter der Schirmherrschaft von Frau Dr. Veronika Carstens, der Gattin des Bundespräsidenten, wird die JUH in der Zeit vom 18. bis 26. Oktober 1980 bundesweit eine Blutdruckmeßaktion durchführen. Die Zahl der an Bluthochdruck erkrankten Menschen wächst immer schneller an. Statistiken beweisen, daß jeder fünfte Bürger unseres Landes an dieser Krankheit leidet!

Die Johanniter-Unfall-Hilfe wird nicht nur ihre eigenen Standorte zur Verfügung stellen, sie wird hinausgehen zum Bürger. Auf Märkten und Straßen, in Betrieben und Siedlungen wird sie ihren Dienst anbieten. Das „Blutdruckmessen“ wird von geschulten Helferinnen

und Helfern vorgenommen. Auf einer Blutdruckmeßkarte werden die Werte eingetragen und dem Bürger mitgeteilt. Der Hinweis auf einen eventuell notwendigen Arztbesuch ist auf dieser Karte vermerkt. In vielen Fällen werden auch die JUH-Ärzte an der Aktion beteiligt sein.

Die JUH verbindet mit dieser Aktion zwei Anliegen:

1. sie stellt sich für eine gesundheitspolitisch notwendige Aufgabe zur Verfügung,
2. sie möchte viele Menschen motivieren, sich mit ihr in den Dienst am Nächsten zu stellen.



Im Dienst am Nächsten: Schwesternhelferin der JUH.

Prof. Dr. med. Hanns Peter Wolff:

Bluthochdruck – die stumme Gefahr

Warum ist Bluthochdruck gefährlich?

Die großen Volksseuchen Cholera, Pest, Pocken und Tuberkulose, die in vergangenen Zeiten die Menschen dezimierten, sind nahezu verschwunden. An ihre Stelle traten andere, nicht weniger bedrohliche Leiden: die „Zivilisationskrankheiten“. Eine der häufigsten ist der Bluthochdruck. Rund 20% aller Erwachsenen leiden an erhöhtem Blutdruck – das heißt, mehr als acht Millionen Hochdruckkranke leben in der Bundesrepublik Deutschland, in der Schweiz und in Österreich. Nach statistischen Erhebungen nimmt diese Zahl von Jahr zu Jahr zu. Etwa 40% aller Menschen unter 65 Jahren sterben an Bluthochdruck und seinen Folgen. Und etwa 40% aller Frührentenfälle sind durch Herz-Kreislauf-Leiden bedingt, zu deren häufigsten Ursachen Bluthochdruck zählt. Waren Ihnen diese Zahlen bekannt?

Jeder Fünfte ist hochdruckkrank – aber nur jeder Zweite weiß, daß er Hochdruck hat

Der großen Häufigkeit des Bluthochdrucks steht eine erschreckend hohe „Dunkelziffer“ gegenüber: die Zahl der nicht erfaßten Hochdruckkranken. Nach ärztlicher Schätzung wissen in der Bundesrepublik Deutschland über 50% aller Betroffenen nichts von ihrem erhöhten Blutdruck. Sie sind sich der Gefahr für ihre Gesundheit und ihr Leben nicht bewußt.

Gehören Sie dazu?

Warum ist Bluthochdruck gefährlich?

Je höher der Blutdruck, desto schwerer wird es für das Herz, gegen den ständig gesteigerten Widerstand anzupumpen. Erlahmt im Laufe der Jahre seine Kraft, so kann es zu Herzschwäche und Herzversagen kommen. Bluthochdruck verstärkt auch durch die ständige Druckbelastung der Schlagadern deren Verschleiß – ganz besonders der Hirn-, Herzkranz- und Nierengefäße. Hirn-

schlag und Herzinfarkt sind daher häufige gefährliche Hochdruckfolgen. Ein tödlicher Hirnschlag oder Herzinfarkt ist bei unbehandelten Hochdruckkranken mehr als doppelt so häufig als bei Menschen mit normalem Blutdruck gleichen Alters.

Wußten Sie, wie gefährlich Bluthochdruck ist?

Wie man Bluthochdruck erkennt

Bluthochdruck ist eine „stumme Gefahr“ – denn er ruft keine typischen Beschwerden hervor, die frühzeitig vor ihm warnen. Im Gegenteil: Viele Menschen fühlen sich trotz hohen Blutdrucks jahrelang wohl und leistungsfähig. Das einzige sichere Mittel, Bluthochdruck frühzeitig zu erkennen, ist die Blutdruckmes-

sung. Der Blutdruck sollte auch beim Gesunden regelmäßig, zum Beispiel einmal jährlich, kontrolliert werden. Denn nur, wenn der Hochdruck rechtzeitig erkannt wird, haben wir Ärzte eine Chance, die lebensgefährlichen Hochdruckfolgen zu verhüten.

Kennen Sie Ihren Blutdruck?

Vietnam-Flüchtlinge in Indonesien:

Neben den vielen Sorgen herrscht auch noch die Angst

Zwei Beauftragte der JUH berichten aus Djakarta

Samstagabend in der nahezu leeren Deutschen Botschaft in Djakarta klappen flache Sohlen über die Fliesen der Eingangshalle. Stimmen mischen sich ein. Emmerich, der indonesische Wächter am Toreingang, schaut um die Ecke in das Büro, in dem noch die zwei Beauftragten der Johanniter-Unfall-Hilfe sitzen, die für ein halbes Jahr die Botschaft im Auftrage des Diakonischen Werks bei der Aufnahme der zahlreichen indochinesischen Flüchtlinge unterstützen.

Es seien noch Vietnamesen gekommen. Um diese Zeit? Drei junge Damen schieben sich dicht aneinandergedrängt hinein. Begrüßung. Sie halten ein Schreiben der Botschaft fest in der Hand, das ihnen bestätigt, im Rahmen der Familienzusammenführung aufgenommen worden zu sein. Trotz der ungewöhnlichen Zeit werden die drei Schwestern wie gewohnt behandelt: Antrag Aufenthaltserlaubnis. Antrag Paßausstellung. Montag Paßfoto und medizinische Untersuchung.

Sie drucksen herum. Aha, kein Geld für die Rückfahrt ins Lager. Wird selbstverständlich verauslagt. Aber auch das ist es nicht. Und jetzt erst fällt die ängstliche Haltung auf, nervös falten die Finger immer wieder den Brief. Sie wollen bleiben. Oder ins Hotel. Oder. Jedenfalls nicht zurück ins Lager. Die Verständigung ist schlecht. Nur mühsam werden englische Brocken hervorgestoßen. Vor jeder Antwort beraten sich die drei im Flüsterton. Dann kommt es: Sie seien in Lebensgefahr. Sie würden mit Messern bedroht, und man wolle sie umbringen, wenn sie nicht nach dem Willen dieses Menschen handeln würden. Es sind recht hübsche Mädchen.

Man wäre doch in der Botschaft sicher und könnte hier warten. Es sieht alles nicht gespielt aus. In der sonst so dunklen Botschaft sitzen die drei vor der breiten Publikumstheke im Licht der Neonröhren und haben ganz einfach Angst.

Hierbehalten wird schon aus politisch-diplomatischen Gründen nicht möglich

sein, da die Indonesier für die Flüchtlinge und das Lager verantwortlich sind. Und zurück? Es dauert sehr lange, bis die Mädchen widerstrebend bereit sind, in ein Taxi zu steigen. Botschafter Schoedel – zufällig erscheinend – hat auch keine andere Lösung und erlaubt auch noch, den indonesischen Polizisten vom Tor mitzunehmen.

Zwei Taxis. Am Tor kurz halten. Der Polizist holt seine Pistole. Durch Djakarta. Schweigen. Dicht nebeneinander die Mädchen auf der Rückbank. Einbiegen in den Kampong, in dessen Bereich das Durchgangslager für die Flüchtlinge liegt, denen bereits eine Aufnahme zugesagt ist. Vorbei in vorsichtiger Fahrt an EBkarren, Trägern, Taxis, Bettlern. Stop. Der erste Wagen wird angehalten. Aufgeregt, mit hoch erhobenen Händen beschwört ein junger Mann die kleine Kolonne, nicht weiterzufahren. Ein Flüchtling, der mit den Mädchen im gleichen Boot an einer der Küsten Indonesiens gestrandet war.

Die Mädchen diskutieren ängstlich im Flüsterton. Die Türen werden verriegelt, die Fenster hochgekurbelt. Ins Lager. Der junge Mann mit den schreckgeweiteten Augen bleibt zurück. Im Nu sind die Wagen umringt. Nhu Thi Bach Thao hilft, die Verständigungsschwierigkeiten zu überbrücken. Ja, es wäre genauso. Alle hätten Angst. Nur in den Familien sei man sicher, aber als Einzelperson... Die Lagerchefin erklärt, das Lager sei momentan wieder durch den kurz bevorstehenden Abflug der gecharterten DC 10 mit mehr als 260 Personen überbelegt. Das bringe Probleme.

Wer es sei? Sie wagt nicht, den Namen zu nennen. Wir stehen draußen im Dunkeln, um uns herum ist niemand, der zuhören könnte. Sie selbst habe es auch schwer als Frau. Man müsse aufpassen. Schließlich geht es, einer hinter dem anderen her, in ihr kleines Zimmer. Sie nimmt für diese Nacht die Mädchen auf. Wie? Sie werden wohl auf dem blanken Fußboden liegen müssen. Der Polizist scheucht einen draußen Horchenden weg. Wie können zwei Mann

400 Personen soviel Angst einflößen? Sie haben Messer und sind brutal. Aus Angst, man würde als Denunziant auch umgebracht, einigt man sich allgemein auf eine fadenscheinige Ausrede für unseren späten Besuch. Die Hände, zum Abschied gegeben, halten sich länger fest, so als wolle man den Garanten für die eigene Sicherheit nicht verlieren.

Viele Worte und Dank. Zurück zum Auto. Alles dunkel, und man darf nicht vom Wege abgehen wegen der Schlangen. Wispern. Gestalten.

Am Sonntag bei heller Sonne Wiedersehen. Habe ich gestern geträumt? War es Einbildung? Habe ich etwa auch Angst gehabt? Die Mädchen lächeln scheu.

Bald geht auch der Charterflug ab, und die Lage ist entspannter. Die drei sind auf dem Flughafen gelöst. Trotz der Fröhlichkeit ist der Abschied rührselig und nimmt mich mit.

Einige Tage später wird die Botschaft davon in Kenntnis gesetzt, wie die indonesischen Behörden reagiert haben.

Zwei Männer sind verhaftet worden. Sie haben schon über ein Jahr im Lager zugebracht. Die Aufnahmezusage eines weit entfernten Staates wurde noch immer nicht zur Ausreise genutzt.

Es gibt zwei Gründe, weshalb ich das alles für so wichtig halte:

1. Diese Flüchtlinge werden z. T. von der Bundesrepublik aufgenommen. Und wir alle sollten uns vor Augen halten, daß diese Menschen meist ihr ganzes Leben lang nur den Krieg gekannt haben. Und daß die Flucht und das Lagerleben unverwischbare Spuren hinterlassen. Ein Leben lang.

2. Wir sollten auch daran denken, daß es unter unseren Mitmenschen auch viele Flüchtlinge gibt, die diese Zeit mit ihren Erlebnissen nicht einfach vergessen können. Immer noch nicht und nie mehr. Vielleicht hilft es, ein wenig zu gegenseitigem Verständnis beizutragen, wenn man Reaktionen erlebt, die dem absonderlich erscheinen, der dieses Leben nicht kennt.

gbk.

Der nachstehende Bericht gibt Auskunft über die Leistungen und den Stand des MHD im Jahr 1979, zugleich setzt er aber einen Schlußpunkt in der Berichterstattung über ein Jahrzehnt des Lebens und Wirkens unserer Hilfsgemeinschaft.

Nimmt man diese zeitliche Zäsur zum Anlaß, Rückschau zu halten, so kann festgestellt werden, daß der MHD in den 70er Jahren bundesweit eine dynamische Entwicklung genommen hat. Dies im Hinblick auf den Mitgliederstand, die Zahl der aktiven freiwilligen Mitarbeiter sowie die Einsatz- und Organisationsgliederungen. In noch größerem Maße gilt dies hinsichtlich der Ausbildungen im „Erste-Hilfe-Bereich“, der Schwesternhelferinnen-Aus- und Fortbildung, der Krankentransport- und Rettungsdienste, der Sanitätsdienste und der Sozialen Dienste.

Die Übernahme zahlreicher neuer Aufgaben wie auch die Festigung, Erweiterung und pflichtgemäße Erfüllung der übernommenen Tätigkeiten

Aus dem Jahresbericht des MHD:

MHD nahm in den siebziger Jahren eine dynamische Entwicklung

Übernahme zahlreicher neuer Aufgaben nur durch den selbstlosen Einsatz der vielen ehrenamtlichen Helfer möglich

war nur möglich durch den selbstlosen Einsatz der großen Zahl ehrenamtlicher Helferinnen und Helfer, der hauptamtlichen Mitarbeiter und Zivildienstleistenden. Es war dies aber ebenso nur möglich dank der Unterstützung, die der MHD in all den Jahren von staatlicher und kommunaler Seite, von den deutschen Bischöfen und nicht zuletzt von dem Deutschen Caritasverband und den Diözesan-caritasverbänden erfahren hat. Der MHD ist allen, die seine Arbeit unterstützten oder gar erst ermöglichen, zu Dank verpflichtet. Er ist sich darüber im klaren, daß er auf die Mithilfe seiner Freunde und Förderer auch im neuen Jahrzehnt angewiesen ist, will er seine Aufgaben im Dienst der Nächsten erfolgreich fortsetzen.

Sofortmaßnahmen am Unfallort

Die Unterrichtung der Führerscheinneuerwerber in Sofortmaßnahmen am Unfallort ist seit 1975 (141831) leicht rückläufig.

Nahmen 1978 noch 135521 Personen an dieser Unterrichtung teil, so waren es 1979 insgesamt 128516 Führerscheinaspiranten. Das sind 7005 Ausbildungen (= -5,2%) weniger.

Erfreulich ist in diesem Zusammenhang jedoch die offensichtliche Tendenz zur Teilnahme an einer qualifizierteren Ausbildung, dem Erste-Hilfe-Grundkurs. Hierzu mögen Berichte u. a. im Gesundheitsmagazin Praxis des ZDF beitragen, in denen die Effektivität dieser Kurzinformation erheblich in Zweifel gezogen wird.

Ausbildung in Erster Hilfe

Nach den guten Ausbildungsergebnissen der Vorjahre, insbesondere der Jahre 1975 und 1977, schien die Grenze des Möglichen in der Breitenausbildung erreicht.

Dies nicht zuletzt aufgrund der Tatsache, daß die Zuwendungen des Bundes weder der in den letzten Jahren eingetretenen allgemeinen Teuerung noch der tatsächlichen Zahl der in Erster Hilfe Ausgebildeten angepaßt wurden. So entspricht der seitens des Bundes

für das Haushaltsjahr 1979 gezahlte Zuwendungsbetrag dem Ausbildungsergebnis des Jahres 1974 mit ca. 130000 Ausgebildeten. Im Berichtsjahr wurden jedoch insgesamt 181537 Ausbildungen durchgeführt. Die Erste-Hilfe-Ausbildung erfuhr damit im Vergleich zum Vorjahr wiederum eine erhebliche Steigerung, die sich erfreulicherweise nicht nur auf die Grundausbildung, sondern auch auf die in den letzten Jahren stagnierende Helferausbildung erstreckt.

Erste-Hilfe-Ausbildung	1978	1979	±	± %
Laien Helfer	155965	169396	13431	8,6
Helfer	9033	11295	2262	25,0
Ausbilder	553	542	- 11	- 2,0
Ausbilderfortbildungen	501	304	- 197	- 39,3
insgesamt	166052	181537	+ 15485	+ 9,3

Im Überblick der letzten zehn Jahre stellt sich die Leistungsentwicklung wie folgt dar:

Erste-Hilfe-Ausbildung	1970	1979	±	± %
Laien Helfer	102438	169396	+ 66958	+ 65,4
Helfer	5495	11295	+ 5800	+ 105,5
Ausbilder	356	542	+ 186	+ 52,2
Ausbilderfortbildungen	nicht erfaßt	304	-	-
insgesamt	108289	181537	+ 73248	+ 67,6

Schwesternhelferinnen-Ausbildung

Nach den Mittelkürzungen des Bundes in den Jahren 1976-1978 standen 1979 erstmals wieder Bundesmittel in einer Größenordnung zur Verfügung, die es ermöglichte, die Schwesternhelferinnen-Ausbildung zu verstärken. Somit kann für das Berichtsjahr eine erfreuliche Bilanz gezogen werden: Insgesamt 4252 Schwesternhelferinnen (SH) wurden ausgebildet, was gegenüber 1978 = 3720 SH-Ausbildungen eine Steigerung von 532 = 14,3% darstellt.

Seitdem der MHD im Jahre 1962 offiziell von der Bundesregierung den Auftrag zur Ausbildung von Schwesternhelferinnen erhielt, wurden insgesamt 56530 weibliche Personen im Alter von 17 bis 50 Jahren zu Schwesternhelferinnen ausgebildet (Stand: 31. 12. 1979). Diese Zahl vermag nicht oder nur unzureichend zum Ausdruck zu bringen, wieviel Arbeit und persönliches Engagement vieler ehrenamtlicher und hauptberuflicher Mitarbeiter sich mit den Ausbildungsleistungen verbinden.

Die Bereitschaft der ausgebildeten Schwesternhelferinnen zum freiwilligen Dienst am Nächsten kann und darf aber nicht auf den Katastrophen- und Verteidigungsfall beschränkt bleiben. Deshalb bietet der MHD den ausgebildeten SH

die Möglichkeit zur ehrenamtlichen Mitarbeit in seiner Organisation in den bekannten Arbeits- und Einsatzbereichen an. Die klassischen Einsatzbereiche für die ehrenamtliche SH (Sanitätsdienste, Pflegedienste in Krankenhäusern und Altenheimen u. a.) reichen jedoch als Tätigkeitsgebiete der Schwesternhelferinnen nicht aus. Deshalb war vordringliches Bestreben im Berichtsjahr, zusätzliche Tätigkeiten im Bereich der verbandlichen Sozialarbeit für die Schwesternhelferinnen zu eröffnen. So wurden z. B. erste konzeptionelle Überlegungen für den Einsatz von SH im Umfeld von Sozialstationen erarbeitet und mit Vertretern des DCV erörtert. Es bleibt abzuwarten, ob und in welcher Form eine Verwirklichung dieses neuen ehrenamtlichen Dienstes in den nächsten Jahren möglich sein wird.

Einsatzgliederungen

Einen im Vergleich zu den Vorjahren geringeren Aufwärtstrend nahm die Zahl der Helfergruppen und der ehrenamtlichen Mitarbeiter. Insgesamt 27838 Helfer/innen (1978: 27678) waren zum Jahresende 1979 in 2593 Gruppen (1978: 2574) zusammengefaßt, und zwar:

7601 Helferinnen in 699 Gruppen und 20237 Helfer in 1894 Gruppen

Die Schwesternhelferinnen sind bei diesen Angaben nicht berücksichtigt.

Einsätze

Groß war auch im Berichtsjahr wieder die Bereitschaft der ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer, im Rahmen ihrer Organisation bei der sanitätsdienstlichen Betreuung von Veranstaltungen vielfältiger Art mitzuwirken. Die nachstehende Statistik vermag nur unzureichend wiederzugeben, welches Engagement sich mit den Dienstleistungen verbindet:

Sanitätsdienste	1978	1979	±	%
Dienststunden	1314676	1231276	- 83400	- 6,3%
Hilfeleistungen	121037	75124	- 45913	- 37,9%
Zahl der Einsätze	38679	37193	1486	- 3,8%

Krankentransport und Rettungsdienst

Die Übernahme rettungsdienstlicher Aufgaben nach den Rettungsdienstgesetzen der Länder hat bei einer geringeren Anzahl von Stationierungsorten (Rettungswachen) seit 1976 zu einer wirtschaftlicheren Auslastung der Einsatzfahrzeuge geführt. Zur Durchführung des Krankentransport- und Rettungsdienstes in den Kreisen, kreisfreien

Städten und Gemeinden in der Bundesrepublik stellt der MHD insgesamt 390 Krankenkraftwagen nach DIN davon 314 Krankentransportwagen (KTW) und 76 Rettungstransportwagen (RTW). Mit diesen Einsatzfahrzeugen wurden 252605 Transporte (1978 = 235131 = + 17474) bei 6750075 Kilometern (1978 = 6081848 = + 668227) gefahren.

Es entspricht der Tradition und dem Selbstverständnis des MHD, daß er sich stets weniger um eine zahlenmäßig hohe, als vielmehr um eine qualitativ hohe und wirksame Beteiligung am Rettungsdienst bemüht hat; so wie mit der Bestellung des 1. Notarzwagens 1967 in Köln oder der Übernahme des 1. Rettungshubschraubers des Bundesministers des Innern 1972 als Modellversuch.

Dementsprechend konnte auch im Berichtsjahr durch die Übernahme von Notarztdiensten in zahlreichen Gemeinden wieder ein Beitrag zur Verbesserung der rettungsdienstlichen Versorgung der Bevölkerung geleistet werden.

Soziale Dienste

Vorwiegend in Zusammenarbeit mit den Caritasverbänden stellten die Sozialen Dienste auch 1979 einen Schwerpunkt in der MHD-Arbeit dar. Neue Aktivitäten konnten entfaltet, bereits übernommene Dienste in vielen Fällen weiter ausgebaut werden, was vor allem für den Bereich der Behinderten- und Altenhilfe gilt. Hier waren es insbesondere folgende Maßnahmen, denen sich der MHD widmete:

- Beförderung von geistig und körperlich Behinderten, vor allem von behinderten Kindern und Jugendlichen zu Tagesstätten, Schulen und Beschützenden Werkstätten,
- Fahrdienste für Schwerbehinderte, insbesondere Rollstuhlfahrer,

- Pflegedienste in Krankenhäusern, Alten- und Altenpflegeheimen,
- Mahlzeitendienste („Fahrbarer Mittagstisch“, „Essen auf Rädern“).
- Organisation und Durchführung von Veranstaltungen für alte und behinderte Mitbürger (z. B. Ausflugsfahrten, Bunte Nachmittage),
- Mobile Hilfsdienste (Hausputz- und Reinigungsdienste, Wäschedienst, Botengänge, Begleitung bei Arztbesuchen und Behördengängen u. a. m.),

- sonstige Hilfen verschiedener Art: Mitarbeit in Sozialstationen, Medikamentendienst, Transport von Blutkonserven u. a. m.

Mitwirkung im Erweiterten Katastrophenschutz

Im Erweiterten Katastrophenschutz wirkte der MHD mit insgesamt 336 Einheiten verschiedener Fachdienste mit:

- 10 ABC-Züge
- 17 Betreuungsleitzüge
- 63 Betreuungszüge
- 23 Fernmeldezüge
- 15 Führungsgruppen
- 50 Krankentransportzüge
- 139 Sanitätszüge
- 19 Verbandplatzzüge

in den personell nach STAN (Stärke- und Ausrüstungs-Nachweisung) aufgestellten Einheiten wirken 6760 Helfer mit, (1978 = 6083), die über § 8 Abs. 2 KatSG für die Dauer der Mitwirkung vom Wehrdienst freigestellt sind. Der Anteil der freigestellten Helfer an der Gesamtzahl der männlichen Einsatzkräfte beträgt 33,4%.

Gegen Ende des Berichtsjahres erhielten die Sanitätseinheiten die ersten im Rahmen des Finanzsonderprogramms des Bundes neu beschafften Fahrzeuge zur Ergänzung des mangelhaften bzw. überalterten Fahrzeugbestandes in den Einheiten.

Katastrophenschutz der Länder

Die Einheiten des Erweiterten Katastrophenschutzes sowie die übrigen aktiven Einsatzgliederungen wurden im Rahmen des friedensmäßigen Katastrophenschutzes weiter ausgebildet und mit erheblichen Eigenmitteln in ihrer Ausstattung ergänzt.

Diese Bemühungen des MHD werden durch die Landesregierungen in sehr unterschiedlichem Maße finanziell gefördert. Als beispielhaft sind hier die Zuwendungen des Landes Nordrhein-Westfalen herauszustellen, das neben der Ausstattung landeseigener Sanitäts- und Betreuungszüge mit Fahrzeugen und Geräten im Berichtsjahr eine Zuwendung in Höhe von DM 1249128 für Aufgaben des friedensmäßigen Katastrophenschutzes gewährte.

Mit der Einführung eines bundeseinheitlichen Modells einer Katastrophenschutzleitung (KSL) für die Kreisstufe und einer Technischen Einsatzleitung (TEL) wurden Zusammensetzung und Aufgabe der Katastrophenschutzleitung festgelegt. Zu dem bei den Leitungsorganen zu bildenden Stäben gehören die Fachberater der mitwirkenden KatS-Organisationen.



Die Repräsentanten unseres Staates beim 25. Deutschen Feuerwehrtag

Der 25. Deutsche Feuerwehrtag, der vom 5. bis 15. Juni 1980 in der niedersächsischen Landeshauptstadt Hannover stattfindet, beansprucht schon durch seinen Zehnjahres-Rhythmus und seine erwartete Besucherzahl von annähernd 50000 Aktiven aus den Feuerwehren des In- und Auslandes besondere Beachtung. Die Bedeutung dieser Veranstaltung wird unterstrichen durch die persönliche Teilnahme der höchsten Repräsentanten unseres Staates. Der 25. Deutsche Feuerwehrtag steht unter dem Motto: „Die Feuerwehren im Jahre 2000“. Die Schirmherrschaft über diese bedeutendste Feuerwehrveranstaltung im internationalen Bereich hat Bundespräsident Karl Carstens übernommen, wofür ihm die Feuerwehren der Bundesrepublik und der Deutsche Feuerwehrverband dankbar sind.

Zum Motto des diesjährigen Deutschen Feuerwehrtages wird in vielen Referaten und Tagungen Stellung genommen. Wie wichtig und zeitnah das Thema ist, geht aus zahlreichen Neuerungsvorschlägen und Diskussionen der letzten Jahre hervor. Die Bedeutung der Feuerwehr für die öffentliche Sicherheit und den gesellschaftlichen Anspruch unseres Volkes wird durch die Teilnahme der höchsten Repräsentanten unseres Staates sichtbar unterstrichen.

Bundespräsident Karl Carstens wird am Freitag, dem 6. Juni 1980, 14.00 Uhr, am Festakt in der Stadthalle anlässlich des 25. Deutschen Feuerwehrtages teilnehmen und hier zu den Gästen und damit zu den Feuerwehren der Bundesrepublik sprechen.

Bundestagspräsident Richard Stücklen spricht am Samstag, dem 7. Juni 1980, zu den 50000 Aktiven der Feuerwehren bei der Kundgebung auf dem Schützenplatz und nimmt gemeinsam mit dem Präsidenten des Deutschen Feuerwehrverbandes und den Repräsentanten der deutschen und ausländischen Feuerwehren den Vorbeimarsch der in- und ausländischen Feuerwehrmänner auf dem Rathausplatz ab.

Bundesratspräsident Bürgermeister Ulrich Klose spricht am Freitag, dem 6. Juni 1980, im Rahmen des Festaktes in der Stadthalle zu den in- und ausländischen Feuerwehrmännern.

Bundeforschungsminister Volker Hauff vertritt die Bundesregierung und spricht am Samstag, den 7. Juni 1980, auf der Kundgebung zu den Feuerwehrmännern. Ferner eröffnet er am Nachmittag des Tages als Schirmherr die Ausstellung INTERSCHUTZ 80.

Ministerpräsident Ernst Albrecht nimmt am Samstag, dem 7. Juni 1980, als Vertreter des gastgebenden Landes Niedersachsen an der Kundgebung auf dem Schützenplatz teil und spricht dort zu den Feuerwehrmännern.

Der niedersächsische Innenminister Möcklinghoff hält in der Grundsatz-Fachtagung des DFV am Freitag, dem 6. Juni 1980, in der Stadthalle eines der dort vorgesehenen vier Referate; er spricht zum Thema „Aufgaben der Feuerwehren“.

Der Präsident des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, Dr. Waffenschmidt (MdB), vertritt die für den Brandschutz in der Bundesrepublik zuständigen Gemeinden und hält in der Grundsatz-Fachtagung des DFV am Freitag, dem 6. Juni 1980, in der Stadthalle ebenfalls eines der dort vorgesehenen vier Referate; er spricht zum Thema „Die Organisation der Feuerwehr“.

Als höchster Repräsentant der ausländischen Feuerwehren wird der Präsident des CTIF, Polizeipräsident i. R. Josef Holaubek (Wien), anlässlich des Festaktes am Freitag, dem 6. Juni 1980, in der Stadthalle zu den deutschen Feuerwehren ein Grußwort sprechen.

Aus der Fülle der Anmeldungen ist zu entnehmen, daß viele weitere Persönlichkeiten der Regierungen des Bundes und der Länder, aus den Kreisen und Gemeinden, Behörden und Verbänden, der Industrie, der Wissenschaft und Forschung und offizielle Vertreter von Feuerwehren aus über 20 Nationen bei diesem Deutschen Feuerwehrtag 1980 in Hannover anwesend sein werden.

Der Deutsche Feuerwehrverband (Bonn) ist hoch erfreut, daß diese große Zahl von Repräsentanten und annähernd 50000 Aktive der Feuerwehren des In- und Auslands seinen Einladungen gefolgt sind. Der Deutsche Feuerwehrtag wird sich würdig in die Reihe seiner 24



Diese Seiten
erscheinen in
Verantwortung des
Deutschen
Feuerwehrverbandes

Vorgänger einreihen; die Gesamtveranstaltung wird zu einer von der Bevölkerung viel beachteten, friedlichen Demonstration für das deutsche Brandschutzwesen, die Hilfsbereitschaft der Aktiven der Feuerwehren und den Stellenwert in der Gesellschaft werden. Voßmeier

Programm des 25. Deutschen Feuerwehrtages

Donnerstag, den 5. Juni 1980

9.00 Uhr
Tagung Präsidium des DFV
(interne Tagung) (VGH-Gebäude).
14.00 Uhr
Tagung DFV-Ausschuß
(interne Tagung) (VGH-Gebäude).
19.30 Uhr
Begrüßungsabend des DFV
(VGH-Gebäude)
(persönlich ausgestellte Einlaßkarte erforderlich!)

Freitag, den 6. Juni 1980

9.00 Uhr
Grundsatzfachtagung des DFV
(Stadthalle/Niedersachsenhalle).
14.00 Uhr
Festakt
aus Anlaß des 25. Deutschen Feuerwehrtages mit einer Grußansprache des Bundespräsidenten (Stadthalle/Kuppelsaal).
20.00 Uhr
Gesellschaftsabend des DFV
aus Anlaß des 25. Deutschen Feuerwehrtages (Wülfeler Brauereigaststätten).
Achtung: Für diese drei Veranstaltungen ist eine vorherige Anmeldung und persönlich ausgestellte Einlaßkarte erforderlich.

Samstag, den 7. Juni 1980

9.30 Uhr
Kundgebung
zum 25. Deutschen Feuerwehrtag
(Schützenplatz in Hannover) mit anschließendem Festzug durch die Innenstadt. (Ende ca. 13.00 Uhr).

19.00 Uhr
Feuerwehr-Fest
in der Innenstadt (Passerelle/Raschplatz).

19.00 Uhr
Abendessen des DFV
für Gast-Delegationen
(persönlich ausgestellte Einlaßkarte erforderlich!)

Sonntag, den 8. Juni 1980

8.00 Uhr
Bundeswertungsspielen
der musiktreibenden Züge der Feuerwehren im DFV (in der Stadthalle).

16.30 Uhr
Siegerehrung im Eilenriede-Stadion (gegenüber der Stadthalle).

Freitag, den 13. Juni 1980

11.00 Uhr
Training
für die Bundesausscheidungen zu den Intern. Feuerwehrwettkämpfen der Freiwilligen Feuerwehren (Sportpark).

Samstag, den 14. Juni 1980

8.00 Uhr
Bundesausscheidungen
zu den Intern. Feuerwehrwettkämpfen der Freiwilligen Feuerwehren (Sportpark).

8.00 Uhr
3. Intern. Crosslauf
der Feuerwehren (Sportpark).

13.00 Uhr
Bundesausscheidungen
zum Intern. Jugendfeuerwehr-Leistungswettbewerb (Sportpark).

16.00 Uhr
Siegerehrung
für die Wettbewerbe des DFV (im Sportpark).

Informationen

Vom 5.–15. Juni 1980:
a) auf dem Flughafen Hannover-Langenhagen
b) auf dem Vorplatz des Hauptbahnhofes Hannover (Ernst-August-Platz)
c) auf dem Messegelände in der Informationshalle

Vom 7.–15. Juni 1980:
Im Ausstellungspavillon des DFV (Messegelände Mittelallee)

Am 6. Juni 1980:
DFV-Information in der Stadthalle

Am 7. Juni 1980:
DFV-Information auf dem Schützenplatz (bei Kundgebung)

Am 8. Juni 1980:
DFV-Information an der Stadthalle (beim Bundeswertungsspielen)

Vom 13.–14. Juni 1980:
DFV-Information im Sportpark (bei den Wettbewerben des DFV)

Vom 4.–15. Juni 1980:
DFV-Informationen an der INFO-Säule im Stadtpark-Hotel

Telefon-Ruf über:
Organisationsbüro 0511-89891

Pressezentrum

Am 6. Juni 1980:
DFV-Presszentrum in der Stadthalle

Am 7. Juni 1980:
DFV-Presszentrum im Rathaus

Vom 7.–15. Juni 1980:
Messe-Presszentrum auf dem Messeplatz

Sonderpostamt 25. Deutscher Feuerwehrtag

Am 6. Juni 1980:
In der Stadthalle von 9.00 bis 17.00 Uhr

Vom 7.–9. Juni 1980:
Auf dem Messegelände in der Informationshalle (Nähe Hallen 17/18) von 10.00 bis 18.00 Uhr

Während dieser Tage steht im Sonderpostamt der Sonderstempel „25. Deutscher Feuerwehrtag 1980“ zur Verfügung. Ferner können Sie den Sonderbriefumschlag und die Kunstdruckkarte zum 25. Deutschen Feuerwehrtag (herausgegeben vom DFV) erwerben.

Sonderbriefumschläge des DFV

Der vom Deutschen Feuerwehrverband aus Anlaß des 25. Deutschen Feuerwehrtages herausgegebene Sonderbriefumschlag und die Kunstdruckkarte sind während der ganzen Ausstellungszeit der Messe im Ausstellungspavillon des DFV (Mittelallee) und auf dem Ausstellungsstand des Versandhauses des DFV (Halle 17, Stand 636) zu erhalten. Beide Sonderdrucke sind philatelistische Raritäten.

Verlosung

Der Deutsche Feuerwehrverband führt aus Anlaß des 25. Deutschen Feuerwehrtages und der Ausstellung INTERSCHUTZ eine Verlosung durch. Die bereits an die Besitzer der Tagungsabzeichen verteilten Lose können im Pavillon des DFV (Messe/Mittelallee) und auf dem Ausstellungsstand des Versandhauses des DFV (Halle 17, Stand 636) abgegeben werden. Außerdem stehen hier weitere Lose zur Verfügung, die von den Besuchern abgeholt werden können.

Fotografieren und Filmen

Der Deutsche Feuerwehrverband hat mit der Messe-AG Hannover Vereinbarung getroffen, daß alle von der Messe-AG herausgegebenen **Presseausweise** auch für die Veranstaltungen des Deutschen Feuerwehrtages Gültigkeit haben. Aufgrund dieser Vereinbarung wird der DFV keine eigenen Presseausweise herausgeben. Berichterstatler von Presse, Rundfunk, Fernsehen und Wochenschau, die einen Presseausweis wünschen, haben diesen rechtzeitig bei der Messe-AG Hannover anzufordern. Nur die Inhaber dieser Presseausweise haben Zutritt zu allen Veranstaltungen des Deutschen Feuerwehrtages außerhalb der Publikumsplätze und damit außerdem das Recht, bei diesen Veranstaltungen zu fotografieren und zu filmen.

Eine Einschränkung für die Inhaber der Presseausweise gibt es am 13./14. Juni 1980 im Sportpark bei den Bundesausscheidungen zu den „Internationalen Feuerwehrwettkämpfen“. Der Wettkampffeld im Sportpark ist grundsätzlich für alle Fremdpersonen gesperrt. Außer den Wettkampfteilnehmern und Wertungsrichtern darf der Platz nur mit einer besonderen Presse-Kennzeichnung in Verbindung mit dem Presseausweis betreten werden. Fotografen von Presse, Fernsehen und Wochenschau erhalten diese besondere Kennzeichnung – begrenzte Zahl – unter Vorlage des Presseausweises am Wettkampftag beim Informationsstand des DFV auf dem Wettkampffeld. Damit eine Störung des Wettkampfes vermieden wird und ein reibungsloser Ablauf sichergestellt werden kann, ist diese zusätzliche Einschränkung erforderlich.

Alle Amateurfotografen und Filmamateure, auch in Feuerwehruniform, können ihre Aufnahmen nur bei den allgemein zugänglichen öffentlichen Veranstaltungen und nur vom Standort der Zuschauer bzw. den Plätzen der Tagungsteilnehmer aus machen. Das Betreten irgendwelcher Gelände oder Räume, die für die Vorführungen selbst benötigt werden, ist nicht gestattet. Diese Maßnahme liegt im Interesse aller, da es die zu erwartende Fülle privater Fotografen unmöglich macht, wirksame Bilder von dem wirklichen Geschehen aufzunehmen. Nur wenn wenige, zugelassene Fotografen und Filmamateure tätig werden, ist es im Interesse einer guten Öffentlichkeitsarbeit möglich, Bilder zu erhalten, die nicht durch eine Fülle von Fotografen gestört werden. Es wird um Verständnis für diese Maßnahme und um eine entsprechende gegenseitige Unterrichtung der Teilnehmer am Deutschen Feuerwehrtag gebeten.

Voßmeier

Prof. Dr. J. N. Schmitz, Präsident der DLRG:

Probleme freiwilliger humanitärer Hilfeleistung in der Gesellschaft

Einführungsreferat zum Symposium „Lebensrettung“ vom 6. bis 8. März 1980 in Mainz

... Wenn ich nachfolgend im wesentlichen zwei m. E. vorrangige Aspekte meines Themas behandle, so geschieht dies naturgemäß aus der Perspektive der Organisation, für die ich z. Z. die Verantwortung trage, eine Organisation, die seit 1913 für die Wasserrettung verantwortlich ist. Ich bin aber sicher, daß der Argumentationsrahmen exemplarisch für alle freiwilligen Hilfsorganisationen in unserer Gesellschaft zutrifft, gleich welcher speziellen Form von Lebensrettung sie sich widmen.

Im Aufgabenbereich der Lebensrettung aus Wassergefahren treffen sich Ärzte und Laien, die praktischen Rettungsschwimmer also, im gemeinsamen Ethos verpflichtender humanitärer Hilfeleistung. Gleichwohl besteht ein wesentlicher Unterschied. Der Arzt ist aufgrund seines Berufes verpflichtet, seine Sachkenntnis im konkreten Falle einzusetzen. Der freiwillige Rettungsschwimmer als Mitglied der DLRG stellt sich dieser Aufgabe durch eine selbstgewählte Verpflichtung, die von ihm zusätzliches Wissen, Können, Ausbildung, Leistung und stete Bereitschaft zur Hilfe verlangt. Da es sich bei Wasserunfällen um Leben oder Tod handeln kann, ist an die Aneignung der erforderlichen Erkenntnisse und Praktiken ein hohes Maß an Lernbereitschaft und Fleiß geknüpft. Insofern ist eine intensive, zielstrebige und umfangreiche Ausbildung und Fortbildung unerlässlich, damit im Ernstfall sichere und effektive Hilfe im Sinne einer Erstversorgung als lebenserhaltende Maßnahme geleistet werden kann. Diese Tatsache erhält noch dadurch eine Verstärkung, daß in der Regel die spezielle ärztliche Betreuung erst mit Verzug einsetzt, einmal durch nicht immer gegebene Präsenz eines Arztes, aber auch durch den notwendigen Transport zu einer Klinik oder Arztpraxis.

Wo liegt nun hier eines der Probleme freiwilliger humanitärer Hilfeleistung? Ich meine zunächst wohl darin, daß freiwilliges Hilfsangebot von Menschen nur geringe Auswahlkriterien über die je individuellen Potenzen der Aneignungsfähigkeit, etwa der anatomischen und physiologischen Vorgänge und Bedingungen

des Ertrinkungstodes und damit seiner Verhinderung gestatten. Von unserer Sicht aus müssen sie zunächst einmal die erforderliche Schwimm- und Rettungstüchtigkeit besitzen, die entsprechenden Prüfungen absolvieren, einschließlich der erforderlichen Theorie, wozu auch ein Maß an medizinischen Kenntnissen gehört. Das letztere wird gelehrt und abgeprüft. Dies gibt aber keine Garantie für bleibende Einsichten in die Zusammenhänge. Deshalb plädiere ich für eine mehr praxisbezogene Ausbildung, in der notwendiges theoretisches Wissen in für jedermann erlernbare Handlungsabläufe umgesetzt wird und die bis zur Automation hin geübt werden.

Die Problematik zeigt sich indessen erst nach der Ausbildung und der testierten Qualifikation durch Prüfungen, nämlich dann, wenn die kontinuierliche Fortbildung als überprüfte Bewahrung des Gelernten verlangt wird. Hier sperrt sich ein Großteil der freiwilligen Helfer, und Freiwilligkeit verbietet den Zwang. Wird Zwang ausgeübt, folgt häufig der Rückzug durch Aufkündigung der Mitarbeit. Das wäre weiter nicht schlimm, wenn dadurch nicht der Einsatzumfang durch das Fehlen von Rettungsschwimmern gefährdet wäre, einen Einsatz, den die Öffentlichkeit durch die DLRG garantiert sehen will.

Aus der Schilderung dieser Problemlage will ich hier zwei entscheidende Folgerungen hinsichtlich der für die DLRG existentiellen Bedeutung der Mitarbeit von Ärzten ziehen. Die erste ist die Bitte, daß sich noch mehr Ärzte den freiwilligen humanitären Dienstleistungsorganisationen zur Verfügung stellen. Dadurch ist u. a. mögliches Fehlverhalten von Helfern besser zu kontrollieren und abzustellen. Auch ist eine sachdienliche Aus- und Fortbildung in gewisser Weise garantiert. Hier ist – zum zweiten – noch einiges zu tun. So bezweifle ich aus Beobachtungen und Erfahrungen, ob es in jedem Fall erforderlich ist, daß der freiwillige Ersthelfer über die biologischen, anatomischen und physiologischen Kenntnisse im Umfang der ersten Se-

mester des Medizinstudiums verfügen muß, wie es z. T. die Prüfungsordnungen vorschreiben. Wichtiger erscheint mir die formale Reduzierung des notwendigen Wissens auf einen für jedermann aneignungsbaren Lernzielkatalog und dessen Umsetzung in praktische Handlungen für alle auftretenden Fälle, aber auch die spontane didaktische Umsetzung des neuesten Standes der wissenschaftlichen Erkenntnisse um den Ertrinkungstod, wie sie dankenswerterweise dieses Symposium bieten und diskutieren will. Jedenfalls, solche notwendige Reduzierung und didaktische Zubereitung in praktische Handlungsanweisungen im Erste-Hilfe-Bereich auch in der Wasserrettung können nur die Ärzte leisten, wobei ich mir dann noch den Mut zu populären Vereinfachungen wünschen möchte.

Lassen Sie mich nun zu dem zweiten Problemkreis freiwilliger humanitärer Hilfeleistung mit einem gesellschaftspolitischen Akzent kommen.

Wollte der Staat alle jene Dienste und Leistungen übernehmen, organisieren und finanzieren, welche die humanitären Hilfsorganisationen in den gegebenen Gefahren- und Sozialbereich in der Bundesrepublik erfüllen, würden wahrscheinlich die Haushalte des Bundes, der Länder und Kommunen nicht ausreichen. Dies weiß man, und deshalb wird dies von Politikern und sonstigen Verantwortlichen in Staat und Gesellschaft stets bei entsprechenden Anlässen herausgestellt, deshalb auch die anerkanntswerte Bereitschaft zu finanziellen Hilfen, wenngleich sie nicht hinreichen. Aber darüber will ich hier nicht reden, höchstens, daß sie gezielter eingesetzt und nicht zuweilen aus politischem Opportunismus im Gießkannenprinzip verteilt würden und daß – vor allem – das gesamte System der finanziellen Zuwendungen und Abrechnungen unbürokratischer geregelt sein sollte. Das letztere scheint mir ein besonderes Problem mit steigender Tendenz zu sein. Auch in unserem Lande – aber nicht nur in ihm – verfängt sich praktische Humanität immer mehr im Gestrüpp der Verordnungen, der Erlasse, der bürokratischen Mechanismen und Formalismen. Sie wandelt sich unversehens in Inhumanität, weil aus gegebenen Vorschriften und Bestimmungen dort nicht geholfen werden kann, wo es notwendig und wünschenswert ist. Die verwaltete Humanität macht den freiwilligen Organisationen das Leben schwer und verschwendet Kraft und Eigenmittel durch

den notwendigen Ausbau der organisationseigenen Verwaltungsapparate.

Wengleich dies alles durchaus Problembereiche freiwilliger Hilfeleistungen sind, geht es mir hier und heute mehr um die Bewertung und Einstellung dieses ehrenamtlichen Engagements im humanitären Feld im Kontext einer freiheitlich verfaßten Gesellschaftsordnung, und zwar weniger im Blick der allgemeinen Öffentlichkeit und deren Repräsentanten als vielmehr einer bestimmten Gruppe von Bürgern.

Eine freiheitliche Gesellschaftsordnung gestattet nämlich auch eine Lebenseinstellung wie Egoismus, Wahrung und Behauptung des eigenen Vorteils, legitimiert einen selbstsüchtigen Individualismus. In Ansicht solcher nicht gerade seltenen Verhaltensweisen kommen sich zuweilen die Gott sei Dank noch zahlreichen freiwilligen Helfer der humanitären Dienstleistungsorganisationen wie altmodische Exemplare der menschlichen Gattung vor. Selbst unsereinem begegnet häufig Unverständnis, warum man seine freie Zeit einer solchen Aufgabe widmet. Wenn man noch im Gespräch erklären muß, daß dies ehrenamtlich geschieht, bricht Verwunderung bis Achselzucken aus ob solcher „Dummheit“. Ähnlich geht es den zahlreichen Helfern, weil eben der Sinn für gelebte Idealität weithin verlorengegangen ist.

Insofern wäre es an der Zeit, wenn Staat und Gesellschaft, insbesondere auch die Verantwortlichen in den Medien, mehr die Kultivierung eines allgemeinen humanitären und mitmenschlichen Echos in die Wege leiten würden, um alle Bürger dieses Landes an ihre Verantwortung eben für diese Gesellschaft zu erinnern. Auch Freiheit ist Verpflichtung für jeden. Nur der sollte ihrer in vollem Maße teilhaftig werden, der auch Verantwortung dafür zu tragen bereit ist. Individualismus und Egoismus finden dort ihre Grenze, wo notwendige Gemeinschaftsaufgaben beginnen. Wer mitmenschliche Hilfe in Anspruch nimmt, hat auch die Pflicht, Dienst zu leisten und sie anderen zu gewähren. Es geht also hier um Bewußtseinsbildung und Gesinnungswandlung, um Kultivierung eines Gemeinsinns, der freiwillige Hilfe gleichsam als Bedingung der Teilhabe an Freiheit konstituiert. Von solcher Einstellung hängen weitgehend Bestand, Wirksamkeit und Zukunft der freiwilligen humanitären Dienstleistungsorganisationen ab. Letztlich wird dadurch verhindert, daß auch in diesem Bereich der Staat mehr und mehr wirksam werden muß und die jetzt auf Freiwilligkeit gegründete Hilfe in die Hände von Verwaltungsleuten gerät.

In der Kürze der verfügbaren Zeit konnte ich nur schlaglichtartig einige Probleme der freiwilligen humanitären Hilfe in

unserer Gesellschaft ausleuchten, von denen ich hoffe, daß sie zum Nach- und Weiterdenken anregen . . .

Die DLRG und die »World Life Saving«

Nachdem die DLRG bereits seit 1952 Mitglied der Fédération Internationale de Sauvetage (FIS) ist, hat sie seit rund drei Jahren auf Beschluß des Präsidialrates auch die Mitgliedschaft der allerdings erst seit 1971 bestehenden „World Life Saving“ erworben. Während die 1910 gegründete FIS vornehmlich im europäischen Raum orientiert ist, konzentriert sich das Einflußgebiet der WLS auf Amerika, Australien, Neuseeland und andere überseeische Gebiete. In einem Faltblatt über die WLS ist deren Zweck etwa wie folgt umschrieben:

„Die World Life Saving“ ist eine einzigartige internationale Organisation, die die einzelnen Wasser-Lebensrettungsorganisationen der Mitgliedsländer verbindet.

Gegründet im März 1971, um den ehemaligen Rat für Surf-Lebensrettung zu ersetzen, hat die Körperschaft einen neuen Maßstab in der internationalen Wasser-Sicherheit und der Verbindung der Lebensrettungsorganisationen gesetzt.

Mitgliedsländer sind: Australien, Österreich, Kanada, Großbritannien, Hongkong, Irland, Japan, Neuseeland, Peru, Volksrepublik China, Südafrika, Sri Lanka, Vereinigte Staaten von Amerika, Bundesrepublik Deutschland (DLRG), Iran, Mauritius, Philippinen, Portugal und Trinidad.

Durch die große Spannweite unterschiedlicher Kulturen und Entwicklungsniveaus, die in den Mitgliedsnationen vertreten sind, ist die WLS in der Lage, den Ländern, die Wasser-Lebensrettungsdienste entweder aufbauen oder ausbauen wollen, den richtigen Grad der technischen Hilfe angeeignet zu lassen.

Die Tätigkeit der WLS durch ein aktives geschäftsführendes Leitungsgremium und durch Experten-Unterausschüsse ist konzentriert auf den Bereich der Lebensrettungsausbildung und entsprechender medizinischer Bereiche, sie koordiniert aber auch einen ausgedehnten Austausch von Informationen zwischen den Mitgliedsländern. Internationale Ausbildungsseminare, die von der WLS ausgerichtet worden sind, haben Teilnehmer aus Mitgliedsnationen und interessierten Nationen zusammengebracht.

Tausende von Menschenleben gehen jedes Jahr auf unnötige Weise an den Küsten durch Ertrinken verloren. Wo

aber Lebensrettungs-Organisationen bestehen, werden diese schweren Verluste drastisch gesenkt.

Zwecke und Ziele der World Life Saving sind:

- das Werk der Lebensrettung und der Wiederbelebung offenkundig Ertrunkener sowie der Anwendung Erster Hilfe an den Küsten voranzubringen, ausbildende Organisationen auf diesem Gebiete und die internationale Kommunikation hinsichtlich der Sicherheit auf den Meeren und in der Schifffahrt auf der ganzen Welt zu fördern;
 - moderne Techniken der Lebensrettung zu fördern und voranzubringen und die bereits bestehenden Methoden zu verbessern;
 - mit allen Organisationen zusammenzuarbeiten, die interessiert sind an einer Verbesserung von Verfahren der Lebensrettung sowie an der Sicherstellung der öffentlichen Anerkennung und der finanziellen Unterstützung von Institutionen für die Sicherheit am Meer;
 - einen internationalen Austausch einzurichten, der sich auf die Ausbildung und die Techniken und Verfahren der Lebensrettung bezieht, sowie Handbücher über die Technik der Lebensrettung zu erstellen;
 - den internationalen Wettbewerb in der Lebensrettung zu fördern;
 - die Einheitlichkeit der Lebensrettungstechniken und -Verfahren zu fördern einschließlich der Instruktionen, Prüfungen, der Ausrüstung, des Wettbewerbs und der Erstellung von Normen für Bescheinigungen und Befähigungsnachweise;
 - den Unterricht und die Aktivitäten von „Welt-Lebensrettung“ überall dort auszudehnen, wo es Publikum am und im Wasser gibt;
 - Information über die Techniken und Verfahren der Lebensrettung überall in der Welt zu geben und zu verbreiten;
 - die Einheitlichkeit der Gesetze bezüglich der Kontrolle und Regeln für das Baden zu fördern und Informationen an die Behörden zu geben, die Gesetze über die Sicherheit in der Schifffahrt und über die Benutzung von Wassersport-Einrichtungen etc. erlassen;
- die Wirksamkeit von meer/schifffahrtorientierten Operationen zu begünstigen, zu diesen zu ermutigen und Rat zu erteilen; mit teilzunehmen an der Sorge um die Umwelt der Strände und um die ökologischen Prozesse unserer Meere und Wasserwege, und zwar mit allen Mitteln, damit sie erhalten bleiben;
- bessere Einrichtungen für das Baden zu erreichen.

Klaus Bartnitzke

Presseschau des Inlands

„Zivilschutz – nur Alibifunktion“

Der CDU-Bundestagsabgeordnete Johannes Gerster (Mainz) schreibt unter dem Titel „Zivilschutz – nur Alibifunktion“ u. a.:

„Der Einmarsch sowjetischer Panzer in Afghanistan hat manchen Träumer aufgeschreckt. Plötzlich wird erkannt, daß unser Friedenswille noch keine Friedensgarantie ist, wenn kommunistische Macht weiter nach Weltherrschaft strebt . . .

Notwendig ist . . ., daß wir auf Dauer verteidigungsfähig und verteidigungsbereit sind. Für die Freiheit soll jetzt etwas geschehen. Die Bereitschaft ist nur glaubwürdig, wenn das, was verteidigt werden soll, auch geschützt werden kann. Der Schutz des Bürgers wurde in der Vergangenheit aber zynisch vernachlässigt. So gibt es in unserem Land nur für 3 Prozent der Bevölkerung Schutzräume. In neutralen Staaten wie Schweden und der Schweiz sowie in den Ostblockstaaten finden bis zu 80 Prozent Unterschlupf. Vom Warndienst wird über ein Viertel der Bevölkerung nicht erreicht, weil dieser in Teilen unseres Landes überhaupt nicht ausgebaut ist.

Für zivile Katastrophen wie zum Beispiel Waldbrände und Hochwasserfluten mußte in der Vergangenheit die Bundeswehr herangezogen werden, weil der zivile Katastrophenschutz unterentwickelt ist. Was würde in einem Verteidigungsfall passieren, wenn die Bundeswehr dafür nicht zur Verfügung steht?

Hilfskrankenhäuser für den Ernstfall haben Seltenheitswert und sind, sofern vorhanden, funktionsuntüchtig. Nahrungsmittelreserven und wasserwirtschaftliche Versorgungsmaßnahmen werden den Mindestanforderungen nicht gerecht . . .

Wer heute jedoch für eine – wenn auch noch so bescheidene Erhöhung der Verteidigungsausgaben eintritt, muß auch eine Verbesserung der zivilen Verteidigung wollen. Dies ist nicht nur eine Frage des Geldes, sondern auch eine Frage des Willens.

So hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion bereits vor geraumer Zeit ein Konzept zur Gesamtverteidigung im Bundestag eingebracht. Ziel dieser Initiative war es, daß Mißverhältnis zwischen den Ausgaben für die militärische Verteidigung schrittweise abzubauen, also mehr für die zivile Verteidigung zu tun: Ausbau von Schutzräumen und des Warndienstes, Bereitstellung von Hilfskrankenhäusern, Aufbesserung der Nahrungsmittelreserven, Stärkung der Katastrophenschutzverbände usw. Dies sollte in einer neuen Organisationsform und durch vereinfachte Zivilschutzgesetze, nicht alles auf einmal, aber doch zielstrebig angepackt werden . . .

Es geht um den Schutz des Menschen, darum die Forderung: Baut den Zivilschutz aus!“

(Mainzer Allgemeine Zeitung)

Fehlalarm zeigte Pannen auf

Nach einem Sirenen-Fehlalarm in der Solothurner Gemeinde Lostorf (Schweiz) im August vergangenen Jahres herrschte völlige Unklarheit darüber, was zu veranlassen war. Dies geht aus den Ergebnissen einer Umfrage hervor, die jetzt im Rahmen einer öffentlichen Orientierung bekanntgegeben wurden. Danach wußte nicht nur die Bevölkerung nicht, wie sie sich helfen konnte, auch die Behörden, die Polizei und – vor allem – der Rundfunk sind harter Kritik ausgesetzt.

„Es hat sich klar gezeigt“, erklärte Gemeindeammann Walter Sulzer seinen Mitbürgern selbstkritisch, „daß es nicht genügt, eine Informationsschrift und ein Merkblatt an die Bevölkerung in der Annahme zu verteilen, die Leute würden sich in jedem Fall richtig verhalten.“ Aus den 300 ausgefüllten und zurückgeschickten . . . Umfragebögen las der Gemeindevorsteher eine „gewisse Sorglosigkeit“ heraus, die auch zur Folge hatte, daß „kaum Anzeichen von Panik“ hätten festgestellt werden müssen . . .

Pannen an allen Ecken und Enden, dies wird aus der Befragung aber auch ersichtlich, fanden in jener Nacht auf den Schweizer Nationalfeiertag fast pausenlos statt: In 17 Haushalten, die sich an

der Umfrage beteiligten, war das Heulen der auf dem Schulhausdach montierten Sirene nicht einmal gehört worden. Mehr als die Hälfte der Befragten reagierte wenigstens „richtig oder wenigstens teilweise richtig“: Sie schalteten das Radio ein. Nur: Der Sender blieb nach Mitternacht stumm.

In Ermangelung klarer Informationen blockierten sodann verunsicherte Bürger die Telefonlinie der Feuerwehr, der Polizei und des Gemeindeammanns. Entweder auf telefonische Beruhigung hin oder im Wissen, daß der nahegelegene Atommeiler in Goesgen gar nicht in Betrieb war, legte sich innerhalb der ersten halben Stunde „ein großer Teil der Bevölkerung beruhigt schlafen“. Nur noch 232 der 300 Befragten waren zu jenem Zeitpunkt noch im Besitz des „Merkblattes über das Verhalten bei erhöhter Radioaktivität infolge eines Reaktorunfalles“. Und bloß in 75 Fällen war das Papier gut aufbewahrt.

Am peinlichsten fiel die Beantwortung der Frage nach den Vorbereitungen für den Bezug der Keller oder Schutzräume aus. Nur gerade in 39 Fällen waren Maßnahmen getroffen worden. „Es kann nicht geleugnet werden“, so Gemeindeammann Sulzer, „daß es gerade in diesem Punkt wie auch in bezug auf Aufenthaltsdauer und Radioempfang im Keller oder Schutzraum an Information und Aufklärung fehlt.“

Daß vor allem die im – inzwischen veralteten – Merkblatt fettgedruckte Anweisung „Radio hören“ bloß Wunschtraum blieb, veranlaßte die solothurnische Regierung zu einer energischen Intervention beim Eidgenössischen Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement. Wie Polizei-Bezirkschef Kurt Howald, Mitglied der kantonalen Katastrophenkommission, . . . mitteilte, habe Bundesrat Willi Ritschard in einem Antwortbrief . . . „versprochen“, bis zum Januar 1980 ein nationales Notsendekonzept vorzulegen . . . Weiter . . . soll auch die Möglichkeit einer Alarmierung durch das Kabelfernsehen – im Niederamt sind 80 Prozent der Haushaltungen angeschlossen – geprüft werden.

Gemeindeammann Sulzer . . . empfahl . . . die Verwendung pfeilförmiger Kleber, die die entsprechende Frequenz des Radios kennzeichnen sollen.

(Badische Zeitung, Freiburg)

Presseschau des Auslands

„Mehr Aufklärung
und Bereitschaft“

Zivilschutz Protezione civile
Protección civila **Protection civile**

Herbert Alboth, Redakteur der
schweizerischen Fachzeitschrift
„Zivilschutz“, schreibt in einer
Kolumne:

„... Die Landesverteidigung ist in den letzten Monaten wieder aktuell geworden. Wie lange noch? Es wäre aber falsch, in diesem Zusammenhang nur an die militärische Aufrüstung und an die Schlagkraft der Armee zu denken. Es muß wieder einmal gesagt werden, daß eine starke Armee nur dann einen Sinn hat, wenn wir über einen glaubwürdigen Zivilschutz verfügen und die Gesamtverteidigung als eine Kette gesehen wird, die so stark ist wie ihr schwächstes Glied. Es wäre daher gefährlich, im Rahmen der heute sicher notwendigen Sparübungen den Zivilschutz noch mehr zu rupfen und auch hier mit linearen Kürzungen anzusetzen. Die hängige Neuverteilung der Aufgabe zwischen Bund und Kantonen, die auch eine Neuregelung im Zivilschutz und damit schon lange geforderte Vereinfachungen in der Administration bringt, ist genau zu prüfen. Sie darf keine Schwächung der Organisation des Zivilschutzes, noch eine materielle oder personelle Schlechterstellung bringen. Als Sofortmaßnahme drängt sich eine Verstärkung der Aufklärung auf allen Stufen von Bund, Kantonen und Gemeinden, wie auch eine Erhöhung der Bereitschaft auf.“

(Bern, Nr. 4/1980)

„Wasch mir den Pelz...“

ZIVILSCHUTZ

INFORMATIONSDIENST DER ÖZSV



Ministerialrat Dr. Fritz Dworak, hoher
österreichischer Beamter und einer
der führenden Zivilschutz-Experten,

**kommentiert im Informationsdienst
des Österreichischen Zivilschutzver-
bandes:**

„... Alle Versäumnisse und Halbheiten – um nicht zu sagen Halbherzigkeiten –, die sich Österreich auf dem Gebiete der Umfassenden Landesverteidigung im allgemeinen und beim Zivilschutz im besonderen geleistet hat, treten plötzlich kraß zutage.“

Der Grundsatz: ‚Wasch mir den Pelz, aber mach nicht nich naß‘, zieht sich wie ein roter Faden durch die österreichische Landschaft der Umfassenden Landesverteidigung und des Zivilschutzes. Das fängt mit der Deklaration des Artikels 9 A (so dankbar wir für dessen Existenz sein können) an und endet bei den ‚Empfehlungen‘ des Arbeitsausschusses ‚Z‘. Sie haben ein gemeinsames Charakteristikum, nämlich: Sie verpflichten niemanden wirklich.

Die Schutzraumregelungen in Österreich haben diesen Grundsatz virtuos gesteigert. Es gibt wohl Gesetze, doch bleiben sie bis zur Erlassung einer entsprechenden Verordnung Papier.

Papier aber ist geduldig, und die österreichische Öffentlichkeit offensichtlich auch, bis – ja bis etwas ähnliches wie Afghanistan, verbunden mit dem Beginn einer neuen Ära in unserem Nachbarland Jugoslawien (gewissermaßen als Tupfen auf dem I) passiert.

In einer solchen Situation kommen Fragen wie ‚Warum nicht‘, oder ‚Wieso nicht‘ zu spät. Für Krisenzeiten muß nämlich zeitgerecht vorgesorgt werden, nach Eintritt der Krise ist meist kaum etwas zu machen. Daher wäre es leichtfertig und unverantwortlich, zur Tagesordnung überzugehen und auf das nächste Afghanistan, das bestimmt kommt, zu warten. Kein Mensch in Österreich könnte dann verstehen, daß aus Kompetenzgründen oder aus der derzeitigen Tendenz heraus, die bösen Zentralstellen möglichst kurz zu halten, nichts geschehen ist.

Im Jahre 1961 fand die erste und bisher einzige Aussprache zwischen den Landeshauptleuten und den beteiligten Bundesministern über Fragen des Zivilschutzes statt. Ich war damals als zuständiger Fachbeamter dabei. Damals war der Zivilschutz offensichtlich Neuland, in dem sich die meisten Tagungsteilnehmer recht unsicher bewegten.

Ich darf die damaligen Ergebnisse in Erinnerung rufen: Grundsätzlich einheitliche Ausrichtung des Zivilschutzes im gesamten Bundesgebiet und Schaffung der dafür tauglichen verfassungsrechtlichen Grundlagen. Vorher wollte man allerdings Erfahrungen sammeln. Das war

wie gesagt im Jahre 1961, also vor 19 Jahren.

Ich bin sicherlich nicht allein der Meinung, daß – nicht zuletzt unter dem Eindruck der letzten weltpolitischen Ereignisse – unter Beteiligung der zuständigen Bundesminister und der Landeshauptleute die nächste Zivilschutz-enquete dringend fällig ist.“

(Wien, Nr. 3–4/80)

**Mehr Hilfe
für Katastrophenopfer**

Euroforum

Die Europäische Gemeinschaft gibt für die Katastrophenopfer in der ganzen Welt humanitäre Hilfe... Seit 1977 gibt es einen besonderen Fonds für Katastrophenhilfe in den EG-Mitgliedsstaaten im EG-Haushalt. Bisher wurden daraus knapp 24 Mio DM verteilt.

... Priorität haben Hilfsaktionen für die Katastrophenopfer. Sie sollen... vor einer Wiederholung geschützt werden. Die Erdbebenopfer Baden-Württembergs erhielten ebenso EG-Hilfe wie die Erdbebenopfer in Umbrien (3,75 Mio DM). Katastrophenhilfe wurde auch an die von einem Hurrikan verwüsteten Überseedepartments Guadeloupe und Martinique, die zur EG gehören, geleistet.

Nach der Überschwemmungskatastrophe in der Toskana, ... – zwei Monate später ... Überschwemmungen ... im Aostatal, in Piemont, in Ligurien und der Lombardei, ... im Dorf Ovada, wo 7000 Wohnungen zerstört wurden, ... – ein Jahr später wurde die Eisenbahnlinie Domodossola-Locarno ... von den Fluten weggespült – ... hat sich die EG mit knapp 8 Mio DM aus dem Katastrophenfonds an der Beseitigung der Schäden beteiligt. Frankreich erhielt aus dem Katastrophenfonds 5 Mio DM zur Beseitigung der Sturm- und Überschwemmungsschäden, die Unwetter im Sommer und Winter 1977 angerichtet hatten. Baden-Württemberg wurde nach den Überschwemmungen im Mai 1978 rund 1,25 Mio DM EG-Hilfe zuteil.

Die ... Ölpest in der Bretagne im März 1978, die ... eine ökologische und ... wirtschaftliche Katastrophe zugleich war, wird in ihren Folgen jahrzehntelang spürbar bleiben. Hier hat sich die Gemeinschaft an der Beseitigung der Schäden mit 1,25 Mio DM beteiligt. Die vorläufig letzte Katastrophenzahlung datiert vom Dezember 1979 an die schottischen Inseln Orkney und Shetland mit 1,25 Mio DM ...

(Brüssel, Nr. 4/80)

Wissenschaft & Technik

Der Notruf „aus dem Handgelenk“

Die Elektronik kommt jetzt auch Allein- stehenden, Behinderten und alten Mit- bürgern zu Hilfe: Ingenieure in Holland haben eine Alarmanlage entwickelt, über die man sich von jedem beliebigen Platz der Wohnung aus über das Telefonnetz Tag und Nacht mit einer Notrufzentrale automatisch verbinden lassen kann. Dar- über hinaus besteht sogar die Möglich- keit, hilfeleistenden Personen die Haus- tür von der Zentrale aus auf Anforde- rung zu öffnen.

Für die Installation des neuen Alarmsys- tems ist kein großer technischer Auf- wand notwendig. Zwischen Telefon und der Amtsleitung wird ein Zusatzgerät, die sogenannte Meldestelle, montiert. Daran schließt man je nach Bedarf belie- big viele Wechselsprechgeräte an, die an der Wand befestigt werden. Im Not- fall braucht man nur eine Taste zu drük- ken, und es wird automatisch die Zen- trale angewählt. Dort werden alle an- kommenden Meldungen mit Datum und Uhrzeit auf einem Bildschirm angezeigt und von einem Drucker protokolliert. Auf besonderen Wunsch kann aber auch die Notrufzentrale von sich aus – etwa in regelmäßigen Abständen – mit dem an- geschlossenen Teilnehmer in Verbin- dung treten oder auch bestimmte Steuerimpulse, z. B. zum Öffnen von Türen, durchgeben.

Zum Auslösen des Notrufes gibt es ne- ben der Taste am Wechselsprechgerät auch noch verschiedene Schalter, so Zugschalter fürs Bad oder Drucktasten mit Kabel zum Betätigen etwa vom Bett aus. Noch größere Sicherheit bietet ein Infrarotsender, den man wie eine Arm- banduhr am Handgelenk trägt und mit dem man von jedem Platz der Wohnung aus drahtlos einen Notruf auslösen kann. Die Impulse dieses Senders wer- den von kleinen in der Wohnung instal- lierten Empfängern aufgenommen und über die Alarmanlage zur Zentrale wei- tergeleitet. Die Vorteile dieses Systems: Alte Mitbürger zum Beispiel können län- ger als bisher in ihrer vertrauten Umge- bung bleiben und brauchen nicht so schnell in ein Altersheim zu gehen.

Das neue Melde- und Kommunikations- system gibt es übrigens in zwei Varian- ten, die sich hauptsächlich nach der Art der Meldungen, die zu übertragen sind, unterscheiden. So leitet die eine Anlage (Meldeanlage für Wahlbetrieb) aus- schließlich digitale Informationen weiter, die z. B. von Glasbruchmeldern, Türkon- taktschaltern, Brandmeldern usw. kom- men können. Sie eignet sich vor allem für Werkschutzstellen, Banken mit Filia- len, die mit einem Bewachungsunter- nehmen zusammenarbeiten, oder auch für Wartungsdienststellen großer Versor- gungsunternehmen. Die andere Anlage dagegen (Kommunikationsanlage für so- ziale Dienste) überträgt nur akustische Informationen, hier also Sprache, und ist mehr für soziale Dienststellen der Kom- munen, freie Wohlfahrtsverbände oder Stiftungen auf privatrechtlicher Basis ge- dacht.

Die erste Anlage dieser Art wird jetzt in den Niederlanden installiert. In der Bun- desrepublik liegt derzeit noch keine fernmelderechtliche Genehmigung der Bundespost vor.



Brandfeste Leitungen

Erhöhte Sensibilität für Umweltgefahren, neue Technologien sowie spektakuläre Schadensfälle lenken das Interesse der Öffentlichkeit verstärkt auf den Brand- schutz. Wenige Minuten Verzögerung bei der Bekämpfung eines Brandes kön- nen über Leben und Tod und über die Erhaltung oder Vernichtung großer Sachwerte entscheiden. Dazu ist es er- forderlich, daß zumindest bestimmte Si- gnal- und Steuerleitungen auch unter den extremen Bedingungen eines Bran- des funktionsfähig bleiben. Nur damit ist gewährleistet, daß Signale zum Auslö- sen von Brandbekämpfungsmaßnahmen gegeben werden können, Notbeleuch- tungen eingeschaltet, Aufzüge, Notstrom- aggregate, Druckerhöhungsanlagen für die Wasserversorgung in Hochhäusern, Fernmeldesysteme usw. weiter betrie- ben werden können.

Die Industrie hat brandfeste Leitungen entwickelt, die wie normale Installations- kabel verlegt werden können. Es wer- den keine zusätzlichen Schutzrohre be- nötigt. Diese Leitung hat Prüfungen nach internationalen Normen bestanden durch Prüfstellen im In- und Ausland. Außerdem unterscheiden sich die brand- festen Leitungen durch die Sicherheits- Signalfarbe und sind daher in Kabel- schächten und Kanälen deutlich sichtbar.

Der Einsatz dieser Leitungen ist beson- ders geboten in Kraftwerken, Versor- gungsbetrieben, U-Bahnen, Hochhäu- sern, Schulen, Krankenhäusern, Waren- häusern, Kongreßzentren, Hotels, in der chemischen und petrochemischen Indu- strie, in Stahlwerken, Industrieanlagen, Flughäfen, im Bergbau und in Datenver- arbeitungsanlagen.

Mehr Unfälle mit Putzmitteln

Jedes Jahr endet für 12000 Kinder, vor- wiegend im Alter zwischen zwei und fünf Jahren, das Spiel mit Putz- und Spülmitteln im Krankenhaus. Die Zahl steigt ständig. Innerhalb von zehn Jah- ren starben 537 Kinder an solchen schweren Vergiftungen. Diese Ergeb- nisse einer Untersuchung teilte eine Versi- cherung in München mit. Die Unfall-Ex- perten kritisierten besonders stark den „unverantwortlichen Leichtsin“ der Hersteller bei der Konstruktion der Ver- schlüsse. Von insgesamt 78 getesteten Packungen seien lediglich vier durch ei- nen kindersicheren Verschluß geschützt gewesen. Sicherheitsverschlüsse forder- te der Versicherer ebenso wie ein Ende der „irreführenden Werbung auf Haus- haltsreinigungsmitteln“.

Neue Bücher

Bericht und Analyse der bisher geheimgehaltenen Atomkatastrophe in der UdSSR

Von Zhores Medwedjew
Aus dem Russischen übertragen von
Anne Herbst-Oltmanns
Hoffmann und Campe Verlag,
Hamburg

Um die Jahreswende 1957/58 ereignete sich in der Sowjetunion das, was heute als Alptraum unserer Zeit gilt, eine nukleare Explosionskatastrophe von ungeheurem Ausmaß.

Im südlichen Ural, zwischen Tscheljabinsk und Swerdlowsk, hatten sich unter der Erde gelagerte Reaktorabfälle mit Gas durchsetzt und durch Zerfallswärme aufgeheizt. Sie gingen in einer Riesenexplosion in die Luft; eine radioaktive Wolke, die durch starke Winde ostwärts trieb, verseuchte eine Fläche von der Größe des Saarlandes. Hunderte von Menschen fanden den Tod, Tausende siechten in den folgenden Jahren dahin. Über zwei Jahrzehnte lang gelang es den sowjetischen Behörden, dieses Unglück vor der Weltöffentlichkeit geheim zu halten.

Der in England lebende Biogenetiker Zhores Medwedjew hat in mühevoller Kleinarbeit die verklausulierten Forschungsberichte seiner sowjetischen Kollegen entschlüsselt. Das Ergebnis dieser Arbeit ist gerade heute, im Zeichen der Auseinandersetzungen über den Bau von Atomkraftwerken, in der westlichen Welt von einiger Brisanz – zumal es bis heute nicht gelungen ist, die Folgen der Explosionskatastrophe einzudämmen. Durch biologische Streuung und Bodenerosion vergrößert sich das radioaktive Gebiet jährlich um Hunderte von Metern.

Die Folgen dieser Verseuchung: Das ökologische Gleichgewicht von Erdbakterien, Insekten, Pflanzen, Bäumen bis zu Säugetieren und Haustieren ist zerstört. Die natürlichen Erbanlagen werden verändert, ganze Tier- und Pflanzenarten sterben aus. Die gefährlichen radioakti-

ven Zerfallsstoffe des Strontium 90 und Caesium 137 haben eine vernichtende Wirkung.

Der Autor war Abteilungsleiter im Institut für Medizinische Radiologie, bis er im Jahre 1969 abgesetzt und im Jahre darauf in eine psychiatrische Klinik eingewiesen wurde. Nach weltweiten Protesten wurde er freigelassen und ausgebürgert. Heute ist er Mitarbeiter des National Institut for Medical Research in London.

Zündstoff Erdöl – Das Ende des Öl-Zeitalters

Von Gerhard Keppner
Meyster Verlag GmbH,
Wien – München

Heute wird Erdöl als etwas sehr Nützliches und Wertvolles begriffen, zumal die Ausgaben dafür immer mehr ansteigen. Aller Voraussicht nach wird Öl gegen Ende dieses Jahrhunderts in einem heute nicht vorstellbaren Ausmaß knapp; es wird dramatische Verteilungskämpfe geben, möglicherweise den Zusammenbruch von Staaten.

Der Autor hat sich der Mühe unterzogen, den Anfängen der Erdölgewinnung nachzuspüren und das Bild der Entwicklung aufzuzeigen. Es ist eine Geschichte der Entwicklung der modernen Technik. Und es ist die Geschichte der Furcht vor dem Ende der Erdölgewinnung. Diese Furcht aber wird verständlich, wenn man einmal auflistet, was alles aus Erdöl gewonnen wird – außer Energie.

Empfehlenswerte Hand- und Sachbücher

**Die Roten Hefte
Feuerwehrfahrzeuge Teil II
Von Josef Schütz
Heft Nr. 8 b, 8. Auflage
Verlag W. Kohlhammer,
Stuttgart – Berlin – Köln – Mainz**

In diesem Heft sind die Hubrettungsfahrzeuge beschrieben, insbesondere die Drehleitern, die Löschfahrzeuge, die Schlauch-, Rüst- und Gerätewagen. In einer Beladelliste ist die feuerwehrtechnische Beladung für die einzelnen Löschfahrzeuge, die Drehleitern und die Schlauchwagen aufgeführt. In Abschnitt 6 werden die Rettungsfahrzeuge kurz beschrieben.

**Wassersicherstellungsgesetz Band II
Von Dr. H. Roeber
8. Ergänzungslieferung,
Stand Dezember 1979.**

**Verlag für Verwaltungspraxis
Franz Rehm, München**

**Krankentransport und Rettungs-
wesen**

**Von Gerdemann/Korbmann/Stramka
Ergänzbare Handbuch –
8. Lieferung, Stand: Februar 1980
Erich Schmidt Verlag,
Berlin – Bielefeld – München**

Die vorliegende Ergänzungslieferung enthält neben dem Entwurf des Gesetzes über den Beruf des Rettungssanitäters (RettSanG) für einige Länder Ergänzungen und Aktualisierungen.

Es geschah in Deutschland – Krisen und Katastrophen in der Bundesrepublik –

**Eine Bild- und Textdokumentation
von Nicolaus Neumann/Jörg Voss
Meyster Verlag GmbH,
Wien – München**

Die dreißigjährige Geschichte der Bundesrepublik Deutschland ist nicht nur die Geschichte wirtschaftlicher Erfolge und einer politisch zufriedenstellenden Entwicklung. Unser Land wurde in dieser Zeit auch von verheerenden Katastrophen und tragischen Unglücksfällen heimgesucht.

Dieses Buch beschwört in Reportagen, Augenzeugenberichten und Dokumenten und einer Fülle von zum Teil bisher unveröffentlichten Aufnahmen die Erinnerung an Schicksalsschläge herauf, die uns alle bewegten – und die durch den Einsatz gut ausgebildeter Hilfsorganisationen, durch hervorragendes technisches Können, durch den Gemeinsinn der Bürger – und vor allem durch den persönlichen Mut einzelner Menschen bewältigt werden konnten.

Hier entstehen vor dem geistigen Auge wieder die Ereignisse, die die Menschen in der Bundesrepublik betroffen gemacht haben, die Schicksalsgemeinschaften entstehen und wieder zerfallen ließen. Es blieb die Trauer – und das Glück der Davongekommenen. Um nur einige Beispiele anzuführen: die Flutkatastrophe von Hamburg, der Großbrand in der Lüneburger Heide, der Terroristen-Überfall im Münchener Olympiadorf, der Bruch des Elbe-Seiten-Kanals. Aber auch: der Bau der Berliner Mauer, der Absturz eines Flugzeugs bei Bremen und die Rettung der Bergleute aus der Erzgrube in Lengede.

Im Anhang des Buches werden die Hilfsorganisationen der Bundesrepublik Deutschland aufgezählt; stellvertretend für die einzelnen Helfer, die bei den Einsätzen fast Übermenschliches geleistet haben.

Helmut Freutel

Das Minimagazin

In diesem Monat: Notverpflegung – Komprimate

Wußten Sie schon, daß . . .

. . . auf dem Markt Lebensmittel-Notrationen in Form von Komprimaten zu haben sind, die eine hervorragende Ergänzung zu dem allgemein empfohlenen Lebensmittel-Notvorrat bilden können? Der Vorteil dieser Komprimate liegt in den Kleinstpackungen mit nur geringem Gewicht, in der jahrelangen Haltbarkeit, der Möglichkeit des leichten Transportes und der schnellen Verteilung an einen größeren Personenkreis.

Diese Lebensmittel- und Getränke-Komprimate sind kalorienreich, schmackhaft, temperatur- und witterungsunempfindlich, mit Proteinen und Kohlehydraten angereichert und daher als eine voll vitaminisierte Kost anzusehen. Auch als Babynahrung sind sie erprobt.

Wegen ihres relativ geringen Volumens eignen sich die Lebensmittel- und Getränkekomprimate gut für die Vorratswirtschaft in Schutzräumen aller Größen sowie bei Einsätzen von Zivil- und Katastrophenschutzeinheiten als auch für die Verteilung an die von Katastrophen betroffene Bevölkerung.

Wußten Sie schon, daß . . .

. . . Lebensmittel-Komprimate bereits seit Jahren erfolgreich im Einsatz erprobt worden sind durch internationale Hilfsorganisationen wie der Liga der Rot-Kreuz-Gesellschaften, Auslandkirchen und Regierungen, z. B. in Skandinavien?

Ein Mensch in gutem ernährungsmäßigem Zustand kann ohne große Probleme kürzere Perioden (einige Tage) ohne Zuführung der wesentlichen Ernährungsstoffe wie Proteine, Vitamine und Minerale auskommen. Es ist ebenfalls bemerkenswert, wie gut der Organismus längere Perioden ohne Energiezufuhr ertragen kann, vorausgesetzt, daß der Bedarf an Vitaminen, Mineralen und Wasser gedeckt ist. Ohne Zufuhr von Wasser wird die Situation jedoch im Laufe kurzer Zeit sehr kritisch. Obwohl der Mensch also längere Perioden ohne Nahrungszufuhr ertragen kann, ist man

sich darüber einig, daß physiologisch bereits nach kurzer Zeit die Zufuhr von Nahrungsmitteln notwendig wird. Denn schon nach einer Woche treten die ersten Anzeichen von Nahrungsmangel auf. Thiamin-Mangel führt beispielsweise schon nach kurzer Zeit zu Schwierigkeiten mit der Muskelkoordination und den Nervenimpulsen.

Auch vom psychologischen Standpunkt her ist längeres Hungern nur schwer zu ertragen. Sowohl die Moral als auch der Überlebenswille können leichter aufrechterhalten werden, wenn Hunger und Durst wenigstens teilweise gestillt werden. Ferner soll das, was wir als „Zufriedenheitsgefühl“ bezeichnen, nämlich die subjektive Auffassung von der Ration, die einigermaßen wohlschmeckend sein und ein zufriedenstellendes Sättigungsgefühl geben muß, gesichert sein.

Wußten Sie schon, daß . . .

. . . insbesondere die in Wasser löslichen Vitamine, wie Vitamin-B-Komplex und Vitamin C, von denen der Körper keine größeren „Lager“ hat, in Notsituationen schnell verbraucht werden? Geht man davon aus, daß ca. 1000 Kcal pro Person und pro Tag, das heißt die Hälfte des totalen Kalorienbedarfs, eine ausreichende Energiezufuhr bedeutet, so lassen sich in eine Tagesration mit einem Gewicht von 200 g alle Nahrungsstoffe einbauen, die notwendig sind, um Mangelerscheinungen vorzubeugen. Gleichzeitig kann bei diesem Gewicht Rücksicht auf die übrigen Anforderungen an eine Notration genommen werden. Eine der wichtigsten ist die, daß kein Durst hervorgerufen wird. Die Ration muß ferner so sein, daß keine Verdauungsstörungen oder Symptome von Ernährungsmangel auftreten. Die Ration muß eine lange Haltbarkeit haben. Sie muß einerseits gut verpackt, andererseits gut zu öffnen sein. Ferner muß die Ration von kleinem Format, also platzsparend sein. Den Mangelerscheinungen wird dadurch vorgebeugt, daß die Ration Protein, Kohhydrate, Fett, Vitamine und Minerale in der richtigen Menge und im richtigen Verhältnis enthält, wodurch auch gleichzeitig ein relatives Wohlbefinden gewahrt wird. Auch sonst erfüllen die heute produzierten Notrationen alle Anforderungen.

Wußten Sie schon, daß . . .

. . . das Lieferprogramm für Lebensmittel- und Getränke-Komprimate sehr va-

riabel ist? So gibt es z. B. Sicherheits-Rationen, Bereitschafts-Rationen, Tages-Überlebens-Rationen für eine Person für die Zeit von einem sowie für vierzehn Tage, Tages-Überlebens-Rationen für vierköpfige Familien für die Dauer von zwölf Tagen. Hier einige Beispiele:

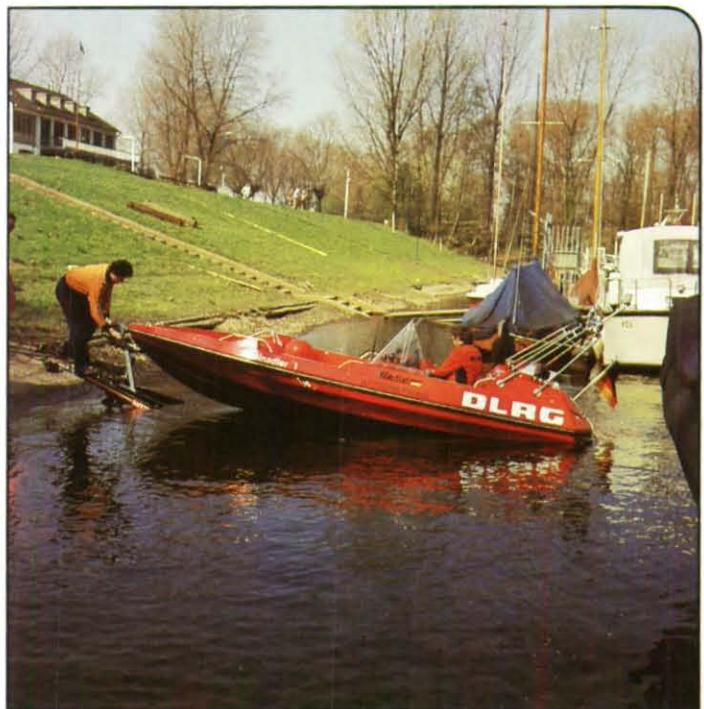
Sicherheits-Ration: Jede Ration wiegt 215 g, 1000 Kcal., vitaminangereicherte, mit Traubenzucker gesüßte Kuchenblöcke mit Frucht-, Vanille-, Schokoladen- und Käsegeschmack. Trockenproviant, so zu verzehren. Lagerfähigkeit sieben bis acht Jahre.

Bereitschafts-Ration: als Reserve-/Notverpflegung für Familien mit Kleinkindern, aber auch für den Zivilschutz und in Katastrophenfällen geeignet. Jede Ration 230 g, 1000 Kcal, vitamin- und mineralienangereicherte, mit Traubenzucker gesüßte Feinkuchenblöcke mit 17% Protein, 12% Fett und 65% Kohlehydrate.

Die Bereitschafts-Ration kann in fester Form verzehrt, aber auch mit Wasser angesetzt, als wohlschmeckender Brei gegessen werden. Als vollwertige Babynahrung anerkannt. Lagerfähigkeit sieben bis acht Jahre.

Tages-Überlebens-Ration 4/1 ist eine Tages-Notration für eine vierköpfige Familie. Diese Ration (ca. 940 g mit 3400 Kcal., Lagerfähigkeit fünf Jahre) ist so zusammengestellt, daß die Verpflegung einer Familie in Krisenzeiten für einen Tag sichergestellt ist. Der Inhalt: 5 komprimierte, mit Traubenzucker gesüßte Kuchenblöcke mit Frucht-, Vanille-, Schokoladen- und Käsegeschmack. Trocken, wie Kuchen zu verzehren. 2 bzw. 3 komprimierte Blöcke Mittagessen, wahlweise mit: 1 Block Gulascheintopf (in Wasser kochen) und 2 Blöcke Reis (in heißem Wasser quellen lassen) oder 2 Blöcke ital. Fleischartopf mit Spaghetti (in Wasser kochen) oder 1 Block Fleischartopf (in Wasser kochen) und 2 Blöcke Reis (in heißem Wasser quellen lassen) oder 2 Blöcke Fleischartopf (in Wasser kochen) und 1 komprimierter Block Kraftbrühe mit Grieseinlage (in 0,5 Liter Wasser kochen) und 1 komprimierter Block Kakaogetränk (in 1 Liter kaltem oder warmem Wasser auflösen) und 1 komprimierter Block Orangensgetränk (in ½ Liter kaltem Wasser auflösen) und 1 komprimierter Block Kuchen mit Zitrusgeschmack als Nachtisch und 2 Päckchen Instant-Kaffee (mit heißem Wasser aufbrühen) und 2 Päckchen Zucker zum Süßen.

Stärker – wendiger – schneller



Auf dem unteren Rheinstrom fordert der zunehmende Sportboot-Verkehr zwischen der noch immer schneller und umfangreicher werdenden Berufsschifffahrt einen Rhein-Rettungsdienst der DLRG mit noch stärkeren, noch wendigeren und noch schnelleren Rettungsbooten. Die neue „Rheinadler“-Serie des DLRG-Landesverbandes Nordrhein wird diesen Anforderungen voll gerecht.

Die wellenschnittigen Bootskörper aus besonders vielschichtigem Glasfasermaterial nehmen die harten Wellenschläge der Berufsschifffahrt extrem weich auf, auch bei hohen Fahrtgeschwindigkeiten bis zu 75 km/h.

Die doppelte Abdeckung des Bugschapps kann zwischen die Sitzbänke ausgelegt werden, so daß im vorderen Bootsteil drei geräumige Liegeplätze für Transport und Behandlung von Verletzten oder Geborgenen mit einem Handgriff zu schaffen sind. Eine Plattform am Heck über dem Jet-Antrieb erweitert die Operationsmöglichkeiten für die Besatzung. 2,4 zu 6,1 m über alles lauten die Normmaße des nach Angaben der DLRG gebauten Bootes. Eine um ca. 1,5 m kürzere Version befindet sich im Bau.

